

EB

ISSN 0341-7905 H 13528 55. Jahrgang

ERWACHSENENBILDUNG
Vierteljahresschrift für Theorie und Praxis

3 | 2009

Sozialethik

Interview mit Gerhard Kruij

Andreas Fisch: Von
Konflikten und Abwägungen

Jürgen Maes:
Gerechtigkeitsmotiv und
sozialethische Orientierung

Johannes Schillo: Caritas,
Veritas et Globalisatio

Weitere Themen

Entpolitisierung und
politische Bildung

Kreatives Problemlösen



THEMA

- 118 »Wir brauchen ein ethisches Frühwarnsystem«. Ein Gespräch mit dem Mainzer Sozialethiker Gerhard Kruijff
- 121 Andreas Fisch: **Von Konflikten und Abwägungen.** Christliche Sozialethik in der Erwachsenenbildung
- 125 Jürgen Maes: **Gerechtigkeitsmotiv und sozialethische Orientierung.** Der Glaube an eine gerechte Welt und seine Implikationen für ethische Werthaltungen
- 129 Johannes Schillo: **Caritas, Veritas et Globalisatio.** Zur neuen Sozialenzyklika.

BILDUNG HEUTE

- 133 Wirtschaftskrise: **Weiter so? Mehr davon?** Kirchliches Sprechen in der Krise
- 136 Dr. Hubert Wissing: **Solidarisch und gerecht.** Position
- 137 Migrantenbildung: **Bericht zur Integration**
- 138 Verbundstatistik: **DIE: aktuelle Daten zur allgemeinen Weiterbildung**
- 139 KBE-Mitgliederversammlung: **Dr. Bertram Blum bestätigt**
- 140 Jubiläum: **50 Jahre Akademie Klausenhof**
- 141 Katholische Soziallehre: **eKath – Solidarität und Gerechtigkeit**

EB Erwachsenenbildung

KBE

Vierteljahresschrift für Theorie und Praxis
Heft 3 | 55. Jahrgang 2009 ISSN 0341-7905
Herausgegeben von der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE).

Vorsitzender: Dr. Bertram Blum

Redaktion: Prof. Dr. Ralph Bergold, Bad Honnef; Prof. Dr. Tilly Miller, München; Johannes Schillo, Bonn; Prof. Dr. Judith Köne-
mann, Münster; Markus Tolksdorf, Bonn; Dr. Michael Sommer,
Hamminkeln (verantw. Redakteur)

Redaktionsbeirat: Prof. Dr. Johanna Bödege-Wolf, Osnabrück;
Dr. Hartmut Heidenreich, Mainz (Vors.); Prof. Dr. Ulrich Müller,
Ludwigsburg; Dr. Wolfgang Riemann, Haselünne; Salome Spiegel,
Köln; Anschrift: Joachimstraße 1, 53113 Bonn, Tel.: (02 28) 9 02
47-0, Fax: (02 28) 9 02 47-29

Internet: www.kbe-bonn.de, E-Mail: kbe@kbe-bonn.de

Bezugsbedingungen: Erwachsenenbildung erscheint vierteljährlich.
Die Zeitschrift kann durch jede Buchhandlung oder direkt beim
Verlag bezogen werden.

Einzelheftpreis: Inland 9,90 €, Ausland 10,40 €. Bezugspreis jährlich:
Inland 30,- €, Vorzugsabo für Studierende 27,- €, Ausland 33,- €,
jeweils einschl. 7% MwSt., zuzüglich Versandkosten.

Abbestellungen müssen spätestens 6 Wochen vor Ablauf des

EUROPA

- 143 Island: **Gemeinsam gegen die Krise**
- 144 Österreich: **In der Not sinkt die Weiterbildungsbereitschaft**

UMSCHAU

- 145 Benedikt Widmaier: **Nichts ist politisch?**
Zunehmende Entpolitisierung fordert die politische
Bildung heraus.

PRAXIS

- 151 Tilly Miller: **Kreatives Problemlösen mit Hilfe der Zufallsmethode.** Methoden der
Erwachsenenbildung in der Praxis
- 152 Michael Sommer: **Auftrag Sozialbildung.** Beispiel
Akademie Klausenhof
- 154 Werner Meyer: **Gesellschaft gerecht gestalten.**
60 Jahre Sozialinstitut Kommende Dortmund
- 156 Ursula Luthe-Rieken: **Pop-Shop ist langweilig.**
Kolping bildet straffällige Jugendliche aus

MATERIAL

Kulturfenster

- 159 Tilly Miller: **Ein Gang durch die Geschichte.**
Theater und politische Bildung. Kulturfenster

Internetrecherche

- 162 Michael Sommer: **1 Hilfestellung gratis**

Rezensionen

- 164 **Literatur zum Thema**
170 **Aktuelle Fachliteratur**

Abonnements beim Verlag eingegangen sein; Jahresabonnements können nur zum Ende des Kalenderjahres gekündigt werden. Gerichtsstand ist Bielefeld, soweit das Gesetz nichts anderes zwingend vorschreibt.

Beiträge und Zuschriften sind an die Redaktion zu richten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte einschließlich Rezensionen wird keine Verantwortung übernommen. Sie gelten erst nach ausdrücklicher Bestätigung als angenommen. Namentlich gezeichnete Beiträge sind Meinungsäußerungen der Autoren und Autorinnen und keine Stellungnahme des Herausgebers oder der Redaktion. Ohne Aufforderung zugestellte Besprechungsstücke werden nicht zurückgesandt. Ihre Rezension liegt im Ermessen der Redaktion. Verlag: W. Bertelsmann Verlag GmbH & Co. KG, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld, Postfach 10 06 33, 33506 Bielefeld, Tel.: (05 21) 9 11 01-0, Fax: (05 21) 9 11 01-79, E-Mail: service@wbv.de, Internet: www.wbv.de, Bankverbindung: Sparkasse Bielefeld, Konto 463, BLZ 48050161, Geschäftsführer: W. Arndt Bertelsmann, Anzeigen: sales friendly, Bettina Roos, Siegburger Straße 123, 53229 Bonn, Tel.: (02 28) 9 78 98-10, Fax: (02 28) 9 78 98-20
Gesamtherstellung: W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld.

© 2009 W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

SOZIALETHIK



Zwei Veröffentlichungen zum selben Thema haben in letzter Zeit nicht nur in der katholischen Welt für Debatten gesorgt: die neue Sozialzyklika von Papst Benedikt XVI. und »Das Kapital« von Erzbischof Marx. Sozialethik hat sozusagen reziprok mit der gefühlten Wirtschaftslage Konjunktur. Sozialethiker sind die Sensoren, das Gewissen der Gesellschaft, die dann nach ihrer Leitmaxime der Gerechtigkeit mahndend das Leben begleiten. Sozialethik ist darum naturgemäß auch Thema für die Erwachsenenbildung, um sich mit diagnostizierten Fehlentwicklungen zu befassen, nach Lösungen zu suchen, aber auch um äußerst praktisch und konkret sozialethisch zu handeln. In diesem Heft haben wir von beiden Aspekten – hoffentlich – Interessantes zusammengetragen. Als Ouvertüre ein Interview mit dem bekannten Sozialethiker Gerhard Kruip, gefolgt von einer aktuellen Situationsanalyse von Andreas Fisch. Jürgen Maes dreht die Perspektive um und beschäftigt sich mit den sozialpsychologischen Erklärungen einer »Gerechte-Welt-Motivation«. Und schließlich darf eine Beschäftigung mit den beiden oben schon erwähnten Werken und deren Rezeption nicht fehlen (Johannes Schillo). Untermauert wird die sozialethische Leistung der (katholischen) Erwachsenenbildung mit Praxisbeispielen, von der Kommende, Kolping und dem Klausenhof, und auch der Umschaubeitrag von Benedikt Widmaier über die Entpolitisierung passt zum Grundanliegen des Heftes.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihr



**Liebe Leserinnen,
liebe Leser!**

Bildserie

Im Dienst der Menschen

Mitarbeitende des Caritasverbandes für die Stadt Oberhausen.
Siehe Seite 131.

Vorschau

Heft 4/2009 Interreligiöse Kompetenz

»Wir brauchen ein ethisches Frühwarnsystem«

Ein Gespräch mit dem Mainzer Sozialethiker Gerhard Kruij

Herr Prof. Kruij, Sie vertreten mit der christlichen Sozialethik eine Disziplin, die in Zeiten der Krise große Aufmerksamkeit erfährt. Bundespräsident Horst Köhler sagte in seiner letzten Berliner Rede, die Krise sei auch eine Folge mangelnder Moral. Manche hätten den Sinn dafür vergessen, »was man nicht tut«. Ist Ethik wieder gefragt? Und was ist in der aktuellen Situation Ihre zentrale Botschaft?

Ohne Zweifel hat die Krise deutlich gemacht, dass wir darauf achten müssen, unsere ethische Sensibilität nicht zu verlieren. Auch wenn in einer modernen, funktional ausdifferenzierten Gesellschaft das Handeln der Menschen zu einem großen Teil über Anreize und die Eigenlogiken der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche geregelt werden muss, brauchen wir eine Art ethisches Frühwarnsystem, damit rechtzeitig gegengesteuert werden kann, wenn etwas aus dem Ruder läuft. Offenbar hat uns das in Hinsicht auf die Finanzmärkte gefehlt. Es gab zwar warnende Stimmen, aber die wurden zu wenig gehört. Die zentrale Botschaft der Ethik muss eine doppelte sein. Erstens: Gesellschaftliche Entwicklungen dürfen nicht als

Naturereignisse betrachtet werden. Vielmehr muss klar sein, dass sie von Menschen hervorgebracht werden und deshalb auch verantwortlich gestaltet werden müssen. Und zweitens muss immer wieder neu über die zentrale Forderung nach umfassender Gerechtigkeit unter allen Menschen nachgedacht werden. Dabei hat Gerechtigkeit heute notwendig eine globale und eine intergenerationelle Dimension, die beide in der Vergangenheit zu wenig berücksichtigt worden sind.

Der Politik wird vorgeworfen, über Jahre mehr Eigenverantwortung des Bürgers ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips eingefordert zu haben, jetzt aber wie der pater familias klassischer Prägung das Heft des Handelns in die eigene Hand zu nehmen, nicht nur bei den Banken, sondern auch in der sog. »Realwirtschaft«. Teilen Sie diesen Einspruch aus sozialetischer Sicht? Und was bedeutet Subsidiarität heute?

Das Verhältnis von staatlicher Verantwortung und der Eigenverantwortung des Bürgers und der Bürgerin lässt sich nicht ein für alle Mal einheitlich

festlegen, sondern ist durchaus auch abhängig von der jeweils aktuellen Situation. Krisen fordern den Staat und die Bürger/innen anders als normale Entwicklungen. Ich halte die derzeit in Deutschland eingeschlagene staatliche Politik für grundsätzlich richtig und letztlich für alternativlos, wenn man ein noch stärkeres Abrutschen in die Krise vermeiden will. Allerdings müssen das hohe Maß an staatlicher Intervention und die Höhe der Staatsausgaben nach der Krise auch wieder zurückgefahren werden. Im Übrigen brauchen wir durchaus auch für den Normalfall einen starken Staat, der eine kluge Rahmenordnung durchsetzt, durch die die Bürger/innen ihre eigene Verantwortung dann auch tatsächlich wahrnehmen können. Insofern stehen staatliche Rolle und die Eigenverantwortung der Bürger/innen gar nicht gegeneinander, wenn berücksichtigt wird, welche Aufgaben beiden jeweils zukommen. So würde ich heute auch das Subsidiaritätsprinzip verstehen, als Forderung nach einer gesellschaftlichen Aufgabenverteilung zur besten Verwirklichung des Wohles aller.

Viel ist von der Gier die Rede, die das Wirtschaftsgeschehen bestimmt habe. Brauchen Unternehmer und Banker mehr Moral, oder hat der Liberale Hermann Otto Solms Recht, wenn er sagt, Wirtschaft sei nicht mit Moral zu regeln, sondern mit einer guten Rahmenordnung, die der Staat zu schaffen habe und die es erlaubt, dass die Kräfte der Marktes sich frei entfalten können?

Moral alleine stünde in wirtschaftli-



Gerhard Kruij (geb. 1957) war bis Juli 2009 Direktor des Forschungsinstituts für Philosophie Hannover und ist seit 2006 Inhaber des Lehrstuhls für Christliche Anthropologie und Sozialethik der Katholisch-Theologischen Fakultät der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Er ist unter anderem Berater der Kommission VI und der Unterkommission für Kontakte mit Lateinamerika der Deutschen Bischofskonferenz und Mitglied der Ethikkommission des Landes Rheinland-Pfalz. Aktuelle Arbeitsschwerpunkte sind Bildungsgerechtigkeit und Ethisches Lernen.

chen Prozessen auf verlorenem Posten. Aber man kann und muss durchaus moralische Regeln so in ökonomische Anreize übersetzen, dass es zu den gewünschten Ergebnissen kommt. Wenn wir beispielsweise in der Wirtschaft grundsätzlich eine längerfristige Orientierung des Handelns brauchen, reicht es nicht, an die Moral der Manager zu appellieren, man muss dann schon Boni-Zahlungen auch von langfristigen Erfolgen abhängig machen. Allerdings braucht es Manager, Unternehmer, Politiker und Wirtschaftswissenschaftler, die solches – möglicherweise auch gegen die herrschende Meinung – mit Nachdruck fordern, wozu moralische Sensibilität und Motivation erforderlich sind.

Um die katholische Soziallehre ist es in den letzten Jahren still geworden, selbst wenn jetzt die neue Sozialenzyklika des Papstes CARITAS IN VERITATE erschienen ist und schon DEUS CARITAS EST dem Sozialen breiten Raum gegeben hatte. Ist dieser Eindruck richtig, und wie begründet er sich?

Einerseits denke ich, dass von vielen die Zeit der 1950er und 1960er Jahre stark idealisiert wird, in der die »katholische Soziallehre« so starken Einfluss gehabt haben soll. Andererseits hängt ein nicht zu leugnender Bedeutungsverlust vor allem damit zusammen, dass das katholische Milieu und insbesondere die katholischen Verbände, die gewissermaßen den Resonanzboden der »katholischen Soziallehre« bildeten, heute ebenfalls weniger homogen sind und nicht mehr dieselbe gesellschaftliche und politische Kraft entfalten wie damals. Aber man muss auch die Vorteile dieser Entwicklung sehen: Innerhalb der Vertreter des Faches christlicher Sozialethik gibt es heute eine weit größere Pluralität als damals. Katholische Christen sind praktisch in allen relevanten politischen Parteien aktiv. Die damals vorherrschende Einheitslinie ließe sich heute gar nicht mehr durchhalten – und dort, wo es versucht wird, führt dies erst recht zu einer Marginalisierung christlicher Sozial-

thik. In dieser Hinsicht wirft die neue Sozialenzyklika dadurch einige Probleme auf, dass sie die Sozialethik und das Eintreten für Gerechtigkeit allzu stark mit der Frage nach der Wahrheit des christlichen Glaubens belastet. Es wäre für die Zukunft der Menschheit fatal, wenn es wirklich so wäre, als müssten wir uns immer zuerst über grundlegende Wahrheiten einig werden, bevor wir die Herausforderungen der aktuellen Probleme gemeinsam annehmen könnten.

Globale Gerechtigkeit

Ein Haupttenor der letzten Sozialenzykliken war das Eintreten für faire Lebenschancen in den armen Ländern. Besteht die Gefahr, dass dieser Impuls in Zeiten der Krise im eigenen Haus aus dem Blick gerät? Hier ist die neue Enzyklika sehr positiv zu würdigen. Denn sie tritt ganz eindeutig ein für globale Gerechtigkeit. Ich hoffe sehr, dass die Politiker/innen und Bürger/innen

unseres Landes inzwischen verstanden haben, dass wir auch unsere ureigensten Interessen gar nicht mehr realisieren können, wenn nicht auch den Menschen aus den armen Ländern faire Entwicklungsmöglichkeiten gegeben werden. Angesichts des Klimawandels, bevorstehender Konflikte um Rohstoffe, in Anbetracht der wachsenden Migrationsströme und drohender interkultureller oder interreligiöser Konflikte gibt es keine Alternative zu einer Weltpolitik nach Maßstäben globaler Gerechtigkeit für die gesamte »Menschheitsfamilie«. Freilich wird es auch weiterhin nötig sein, dass möglichst viele Menschen dies auch immer wieder einklagen. Erfreulicherweise ist die katholische Kirche dabei eine besonders hörbare Stimme.

Sie haben im Rahmen eines Drittmittelprojekts an der Universität Mainz das KBE-Projekt »Ethisches Lernen in der allgemeinen Erwach-



Im Dienst der Menschen | Bruno Baagt, Michaela Kassen – Ergotherapie mit psychisch Kranken

Foto: Sommer

senenbildung« wissenschaftlich geleitet. Was ist für Sie der wesentliche Ertrag dieses Projekts? Wie steht es um das ethische Lernen? Worauf sollten Institutionen achten, die hier verstärkt tätig werden möchten? Dass wir heute angesichts komplexer werdender Lebenswelten »lebenslang« lernen müssen, ist für niemanden mehr etwas Neues. Noch nicht so weit verbreitet ist die Einsicht, dass dieses kontinuierliche Lernen auch die ethischen Kompetenzen umfassen muss, die auch nicht in Kindheit und Jugend ein für alle Mal erworben werden können, um sie dann nur noch von Fall zu Fall anzuwenden. Wir stehen vor so vielen Herausforderungen und wir brauchen zu ihrer Bewältigung in einer demokratischen Gesellschaft ein so waches und differenziertes moralisches Bewusstsein bei den Bürger/innen, dass das ethische Lernen in allen Bereichen dringend gefördert werden muss. Das kann freilich nicht so geschehen, als könnte man Werthaltungen und moralische Motivation einfach lehrmäßig »vermitteln«. Moralische Kompetenz wächst nur im Respekt vor der Autonomie der Einzelnen und im ehrlichen, offenen und wertschätzenden Dialog mit ihnen. Die Menschen akzeptieren heute keine autoritär gesetzten moralischen Normen mehr – und das ist auch gut so. Im Bereich der Erwachsenenbildung kann viel dafür getan werden, ethische Themen, die ja mit vielen anderen Themen eng verbunden sind, aufzugreifen, zu diskutieren und dadurch die moralische Sensibilität zu stärken, ebenso wie moralisch relevante Kenntnisse und die Fähigkeit zum moralischen Urteilen sowie die Motivation, dann auch dementsprechend zu handeln.

In der bildungspolitischen Debatte wird der katholischen Erwachsenenbildung oft attestiert, sie sei »wertbezogen«. Sie selbst reden eher selten von Werten als einem Grundelement ethischen Lernens. Woher rührt Ihre Skepsis?

Der Begriff der »Werte« ist notorisch unklar. Man kann darunter alles Mögliche verstehen, angefangen von Dingen, Zielen, Zuständen, die jemand, weil er sie für wertvoll hält, anstrebt (Glück, Gesundheit, Reichtum etc.). Ein »Wert« ist zunächst einmal eine ökonomische Kategorie. »Werte« sind aber auch moralische Normen, moralische Rechte und Pflichten oder Tugenden bis hin zu religiösen Vorstellungen über den Sinn der Moral. Es kommt im ethischen Diskurs wie beim ethischen Lernen aber sehr darauf an, die Dinge, über die man spricht, möglichst differenziert zu benennen. Sonst kann es passieren, dass man über Dinge streitet, über die man nicht streiten sollte (z.B. je individuelle Vorstellungen eines guten Lebens), weil sie Toleranz fordern, dass man aber andererseits die Meinung eines anderen auch in Fällen meint respektieren zu müssen, wo es um Fragen der Gerechtigkeit geht, in denen sehr wohl zwischen richtig und falsch unterschieden werden muss.

Diskursorientierte Ethik

Ihr Ansatz einer diskursorientierten Ethik kollidiert mit naturrechtlichen Argumentationen, die in kirchlichen Kontexten in aller Regel zur Geltung kommen. Wo liegen die entscheidenden Differenzen? Verlieren Normen nicht ihre Verbindlichkeit, wenn sie nicht im Wesen des Menschen, sondern im faktischen Konsens als Ergebnis diskursiver Anstrengungen begründet werden?

Die Geschichte der katholischen Naturrechtstradition zeigt, dass dieser Ansatz auch keine Garantie dafür geboten hat, dass man sich immer hätte einigen können, sich gesellschaftlich durchgesetzt hätte und immer die richtige Position gefunden hätte. Alles Mögliche ist schon naturrechtlich begründet worden, und die Positionen haben sich in der Geschichte gewandelt. Das sieht man insbesondere am

Wandel der Vorstellungen zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Was macht man, wenn sich Naturrechtler untereinander streiten? In einer säkularen und religiös pluralen Gesellschaft ist nicht mehr plausibel, dass dann eine kirchliche Autorität über die Richtigkeit der Positionen zu entscheiden hätte. Also bleibt nur, einen Diskurs zu führen, in dem alle Perspektiven, Interessen und Folgeabschätzungen in fairer Weise berücksichtigt werden – in der Hoffnung, dass man sich zumindest auf ein bestimmtes Minimum an moralischen Regeln einigen kann. Ob man diese Einigung dann so interpretiert, dass sie auch die Geltung der so gefundenen Normen konstituiert, oder ob man davon ausgeht, nun eben gemeinsam eine höchstwahrscheinlich gültige Aussage über das Wesen des Menschen gefunden zu haben, ist praktisch eigentlich nicht wichtig. Es ist schon paradox: Diejenigen, die sich auf das Naturrecht und auf das Wesen des Menschen berufen, wie zuletzt auch Benedikt XVI. in seiner neuen Enzyklika, meinen, dadurch ihrer Ethik ein besonders sicheres Fundament zu geben. Faktisch aber berufen sie sich auf eine höchst umstrittene Grundlage, die längst nicht von allen geteilt wird, so dass sie mit dieser Argumentationsstrategie das eigene Ziel oft selbst untergraben. Gerade als Christen sollten wir es als Ziel ansehen, möglichst alle Menschen moralisch zu sensibilisieren, in einen offenen und verständigungsorientierten Dialog einzutreten und so praktische Konsense zu finden, anstatt zu versuchen, alle auf ein bestimmtes moraltheoretisches Konzept zu verpflichten, das in der katholischen Tradition eine Zeit lang dominant war und heute auch unter katholischen Ethiker/innen höchst strittig ist.

Das Gespräch führte Reinhard Hohmann.

Andreas Fisch

Von Konflikten und Abwägungen

Christliche Sozialethik in der Erwachsenenbildung

Ausgehend von den Prämissen der katholischen Soziallehre beschäftigt sich dieser Beitrag mit den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie den entsprechenden Herausforderungen für die Erwachsenenbildung.

In den Menschen, besonders denen am Rande der Gesellschaft, begegnen Menschen dem Sakrament der Präsenz Christi (Johannes Paul II.). Im tätigen Einsatz gestalten Christ/innen anfanghaft das in seiner Vollendung noch ausstehende Reich Gottes mit und arbeiten Gott entgegen. – Doch wenn sich die Fragen der Christlichen Sozialethik konkret um die Höhe von Boni und Managergehältern drehen, um legitime Rechte von Migrant/innen oder die angemessenen Instrumente, um dem Klimawandel zu begegnen, dann zerbricht oft der vermeintliche Konsens unter Christen. Will sich die Christliche Sozialethik innerhalb der aktuellen Herausforderungen als Orientierung bewähren, bedarf sie selbstverständlich geeigneter Methoden. Manchen wird es nicht verwundern, dass es ein katholischer Jugendverband – nämlich die belgisch-französische Christliche Arbeiterjugend (CAJ bzw. JOC) – gewesen ist, der mit dem starren deduktiven Ansatz in der Ka-

tholischen Soziallehre brach und seinen eigenen entwickelte, nämlich den Dreischritt Sehen–Urteilen–Handeln. Diese moderne Methodik setzt bei der sozialen Realität an, bewertet diese im Licht des Glaubens und leitet daraus Folgerungen für praktische Aktionen ab. Dieser methodische Weg vom Glauben zur gesellschaftlich-politischen Praxis wurde 1961 von Johannes XXIII. höchst offiziell zum Grundsatz der Katholischen Soziallehre erhoben, nämlich in seiner Sozialenzyklika *Mater et magistra* (236).

Die erste Aufgabe: die Zeichen der Zeit erkennen

Das theologische Konzept der »Zeichen der Zeit« deutet Ereignisse in der Welt und ihrer Geschichte als relevant für Christen, nämlich »zu unterscheiden, was darin wahre Zeichen der Gegenwart oder der Absicht Gottes sind« (Gaudium et spes 11). In Bewegungen für die Menschenrechte von Migrant/innen lässt sich Gottes Anruf ebenso finden wie in den Nöten von Arbeitnehmern, die ihre Arbeit im Zuge der Wirtschaftskrise weltweit zu verlieren drohen. Im Hören auf die Menschen der Gegenwart, ihren Bedürfnissen und Wünschen, wird Theologie kontextuell und gesellschaftsbe-

zogen. Denn die Herausforderungen in einem Land, in dem die Todesstrafe praktiziert wird, ist eine andere als in einem Land, das das Menschsein von Arbeitsmigrant/innen auf ihre Arbeitskraft reduziert. In menschenverachtenden und ungerechten Ereignissen gilt es, die wunden Punkte einer Gesellschaft zu erkennen, in denen das Evangelium seine heilsame Wirkung entfalten kann – eine anspruchsvolle geistliche Aufgabe!

Daraus folgt für eine katholische Erwachsenenbildung, die sich sozial-ethischen Themen stellt, dass es eines ihrer Fundamente ist, sich mit den Lebensbedingungen der Menschen, besonders derer am Rande der Gesellschaft vertraut zu machen. Hierbei kann sie auch über das Netzwerk Kirche »sehen«. So hat der Jesuitische Flüchtlingsdienst erkannt, dass Menschen ohne Aufenthaltspapiere (»Illegale«) oft von grundlegenden Menschenrechten abgeschnitten sind, zum Beispiel wenn Frauen schwanger werden oder wenn Kinder zur Schule gehen wollen. Hier müsste die Kirche Pionierarbeit leisten und Studien finanzieren, um Licht in diese Schattenwelt der deutschen Gesellschaft zu werfen. Bildungshäuser können solche »versteckten« politischen Themen dann für ihre Bildungsarbeit aufgreifen. Andere Zeichen der Zeit drängen sich förmlich auf: die ärmsten Länder, die nicht von der Globalisierung profitieren, Kinderarmut, Arme trotz Arbeit (»working poor«), eine ungenügende Ordnung der internationalen Finanzsysteme ...



Dr. theol. Andreas Fisch ist Dozent für Wirtschaftsethik an der Kommende Dortmund, Sozialinstitut des Erzbistums Paderborn. Seine Themenschwerpunkte sind Wirtschafts- und Unternehmensethik, Migrationsethik, Sozialethik, kirchliche Praxis und biblische Grundlagen gesellschaftlichen Engagements.

Die zweite Aufgabe: die Ursachen analysieren

In der Arbeit mit Gruppen zum Thema »Barmherzigkeit und Gerechtigkeit« gehört es bei mir zum Standardprogramm die Mitwirkenden in folgendes Gedankenexperiment einzuführen: Nach der Hilfe des barmherzigen Samariters im Lukasevangelium wird wieder jemand auf der Straße überfallen, jede Woche ein halbes Dutzend, manchmal Erschlagene, für die jede Hilfe zu spät kommt. Es wird offensichtlich, dass karitative Hilfe im ersten Moment unabdinglich ist, doch dass nach den Ursachen für Ungerechtigkeit und Not geforscht werden muss, um beides von vornherein zu verhindern. Darum ist die Analyse ein wesentlicher Bestandteil der Christlichen Sozialethik. Erst die genaue Kenntnis eines Sachverhalts deckt die anstehenden ethischen Fragen auf und eröffnet die vorhandenen Handlungsräume. Im Unterschied zur Moraltheologie, die sich am Individuum und dessen Verantwortung für sein Handeln orientiert, ist es die Aufgabe der Sozialethik, sich mit der Gestaltung gesellschaftlicher Strukturen und Systeme auseinanderzusetzen, weil

Menschen nur in gesellschaftlicher Verbundenheit leben können und die Gesellschaft die Rahmenbedingungen für ihre Entfaltung setzt.

Analysiert werden einerseits die Strukturen der Sünde (so der theologische Fachbegriff), andererseits die Geisteshaltungen, die diese Strukturen bestehen lassen. So diskriminierten Vorbehalte gegen Frauen im Berufsleben noch lange deren Berufschancen, als alle diskriminierenden Gesetze längst abgeschafft waren. So erhält eine Institution wie die Todesstrafe in den USA durch das gesellschaftliche Klima ihre ideologische Unterstützung, die ihre Abschaffung wirksam verhindert.

In der Bildungsarbeit bedeutet dies, angesichts oberflächlicher und oft unerschütterlicher Meinungen, den unverzichtbaren Schritt der Analyse einzuschieben. Und eine ehrliche Analyse beinhaltet immer Zumutungen an alle Seminarteilnehmer, nämlich festgefahrene Meinungen in Frage zu stellen, aber auch die intellektuelle Zumutung, Mechanismen und größere Zusammenhänge zu überblicken. Wer bei der wachsenden Schere zwischen Arm und Reich nur die absoluten Zahlen präsentiert und die Globalisierung vehement kritisiert, versäumt, die veränderte Nachfrage nach Hoch-

qualifizierten und einfachen Arbeitern zu erklären, er verschweigt, dass jeder von Gewerkschaften ausgehandelte prozentuale Lohnanstieg und sogar die Sozialausgaben diese Schere öffnen, weil Letztere überproportional dem Mittelstand und den Gutverdienenden zu Gute kommen. Mit solchen Analysen leistet die Erwachsenenbildung einen Beitrag, schwer zugängliche Themenkomplexe verständlicher zu machen und Zusammenhänge aufzuzeigen, die dadurch erst gestaltbar werden. Die Populisten unter den Politikern und Stammtischgästen müssten solch eine Bildungsarbeit zu Recht fürchten.

Die dritte Aufgabe: reflektiertes Urteilen ermöglichen

Erzbischof Reinhard Marx ist in seinem Buch »Das Kapital«¹ unbedingt zuzustimmen, wenn er die Funktionalisierung der Kirche als »Moralproduzentin« ablehnt, dass sie fehlende Moral irgendwie herbeischaffen soll. Marx reagiert mit dieser Aussage auf die laute Forderung nach mehr Tugenden, wenn – wie in der Finanzkrise – gesellschaftliche Schäden überhand nehmen. Analog hierzu sind manche Forderungen an Bildungshäuser zurückzuweisen, dass diese Werte »produzieren« sollen, als müsse man die Teilnehmer damit nur auffüllen. Zudem trägt der Rekurs auf abstrakte Werte wie Solidarität, Gemeinwohl usw. die Gefahr in sich, dass von allen Seiten leichten Herzens Zustimmung erfolgt, obwohl die ausgestaltete Praxis völlig unterschiedlich, ja nicht selten gegensätzlich ausfiele. Zudem hat man es mit mündigen Erwachsenen in einer pluralistischen, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft zu tun, denen eine einfache »Vermittlung« oft nicht genügt und auch nicht den Umständen entspricht, in denen sie für ihre Überzeugungen einstehen müssen. Damit sind die Herausforderungen der Christlichen Sozialethik umrissen. Sie schöpft ebenfalls aus den christlich-jüdischen Quellen der Heiligen Schrift, zieht die lehrantli-



Im Dienst der Menschen | Sandra Kanczyk, Heike Vogt (v. li.) – Kontaktstelle für psychisch Kranke Foto: Sommer

che Sozialverkündigung zu Rate und beachtet die soziale Reflexion der Christen mit ihrem Glaubenssinn, um gegebene Zustände und kommende Reformen auf ihre ethische Legitimität zu überprüfen und mit ihrer Argumentation Kirche, Politik und Gesellschaft zu überzeugen.

Eine Schwierigkeit stellt sich sowohl der Christlichen Sozialethik wie der katholischen Erwachsenenbildung, dass nämlich viele christliche Grundüberzeugungen gar nicht bekannt sind. Sie bekannt zu machen und in ihrem Gehalt für die Gegenwart als hilfreich und überzeugend zu erarbeiten ist die Grundvoraussetzung für eine freiwillige Annahme der christlichen Weltsicht selbst bei Christ/innen. Gegenüber kirchlichen Kreisen ist es mir immer wieder eine Freude, wenn ich anonymisiert die Positionen der Parteien und der Kirche zum angemessenen Umgang mit »Illegalen« nach einem langen Arbeitstag zum Thema austeile, die Teilnehmenden sich auf eine Position einigen und ich zurückmelden darf: »Bleiben Sie katholisch! Dies ist genau die Position der katholischen Kirche!«

Bewusst möchte ich dafür werben, auch vor einem nicht-christlichen Publikum christliche Positionen als Orientierung anzubieten. Solange diese nicht autoritär, sondern mit ihren Argumenten und in ihrer Vorstellungswelt präsentiert werden, habe ich die Erfahrung gemacht, dass glaubensferne Professoren gerade die biblischen Darlegungen in ihrem Kontext und ihrem Problembewusstsein als sehr inspirierend lobten. Eine andere Erfahrung ist es, in Ostdeutschland (wo der katholische Glaube in kirchenfernen Kreisen manchmal auf einer Stufe mit Wünschelruten steht!) mit der Jugendorganisation der SPD über Zuwanderung zu diskutieren und an vielen Stellen auf gleiche Wertüberzeugungen zu treffen und sie immer mit den gleichen Worten zu kommentieren: »Wir in der katholischen Kirche fassen das unter dem Begriff der globalen Solidarität, der Menschheitsfamilie, einem ganzheitlichen Verständnis des Menschen, der nicht auf seine Ar-



Im Dienst der Menschen | Reinhard Messing – Marketing und Betreuung Ehrenamtlicher

Foto: Sommer

beitskraft reduziert werden darf usw.« Da kann man manchmal als Referent echtes Erstaunen ernten.

Dennoch muss sowohl die Christliche Sozialethik als auch jede Bildungsarbeit über den kirchlichen Raum hinaus überzeugen wollen. Ein Weg dahin ist, säkulare Gerechtigkeitstheorien kritisch einzubeziehen, die mit einem anderen philosophischen Ansatz und anderen Grundüberzeugungen zu Ergebnissen führen, die auch die Kirche vertritt, etwa die Gerechtigkeitstheorie des 2002 verstorbenen liberalen Philosophen John Rawls². Die Naturrechtslehre ist ein solcher Ansatz, der aber nach heutigem Stand der Wissenschaft philosophisch wenig überzeugend. Eine säkulare und überzeugendere Neuauflage dieses aristotelischen Denkansatzes bietet Martha Nussbaums Fähigkeitenansatz³.

Werte und Überzeugungen für sich zu finden, sollte für die Bildungsarbeit bedeuten, nicht abstrakt, sondern konkretisiert an aktuellen Diskussionsfeldern (Wirtschaftsethik, Migration, Klimawandel usw.) ethische Orientierungen vorzustellen und diskursiv im Wissen um die Zusammenhänge und Folgen Lösungsansätze zu bewerten. Zu dem Schatz des sozialen Lehrens der Kirchen zählt vor allem die gleiche Menschenwürde als Abbild Gottes aller Menschen, die Menschheitsfamilie in weltweiter Verstrickung, das Wohl des ganzheitlichen Menschen ohne Reduktion auf Schönheit oder Funktionsfähigkeit, konkret wird dies in den

Menschenrechten. Darüber hinaus helfen Optionen, Maßstäbe und Leitbilder, in konkreten Fällen Orientierung zu geben: Freiheit, Subsidiarität und Partizipation; Weltgemeinwohl und globale Solidarität; die vorrangige Option für die Armen; Recht und Billigkeit; Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit; das Recht auf Eigentum, immer mit einer sozialen Hypothek belegt; Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Generationengerechtigkeit und weitere mehr. Und in einem in Kursen präsentierten Spektrum von Überzeugungen sollten ausdrücklich von der Kirche abgelehnte Prämissen (etwa nur nationales Gemeinwohl, Lebensrecht nur für Nichtbehinderte) und die Wirklichkeit verzerrende Positionen vorkommen (etwa Armut generell als individuelles Versagen), einerseits, weil die Auseinandersetzung mit ihnen eine gute Voraussetzung für die Gespräche ist, die außerhalb der katholischen Bildungsstätte stattfinden werden, andererseits, weil sich das Profil der christlichen Positionen an ihnen bewähren und schärfen muss. Gezielt sollten ideologische Positionen und pauschalisierende Vereinfachungen entlarvt werden. Ferner gilt es, bestehende und unumgängliche Streitpunkte bewusst zu machen und dann abzuwägen statt mit einer vorgegaukelten Harmonie den entscheidenden Konflikten auszuweichen. Das heißt auch, so bitter es ist, mit der Gefahr zu leben, dass ein Teilnehmer am Ende die nationalsozialistische

Position für sich als die überzeugendere auswählt. Dann wird ohnehin die Grenze erreicht, wo Überzeugungen nicht nur kognitiv und diskursiv, sondern über gemeinschaftliches Engagement und persönliche Begegnungen mit Menschen in ganz anderen Lebenswirklichkeiten, eben den anderen, vermittelt werden – der Horizont für ganz neue Formen katholischer Erwachsenenbildung...

Die vierte Aufgabe: Handeln anregen und ermöglichen

Viele kennen René Magrittes Bild einer Pfeife mit dem Titel »Dies ist keine Pfeife« (Ceci n'est pas une pipe, 1929). Es führt den Betrachter mit dem Schalk im Nacken dahin, die Wirklichkeit und ihre Abbildung genau zu unterscheiden. In ihren Publikationen verwechseln beim Schritt »Handeln« leider gerade Sozialethiker/innen das »Handeln« mit einem »Schreiben übers Handeln« oder dem »Beschreiben der notwendigen Reformen«. Analog kann auch die Erwachsenenbildung nicht das karitative und politische Handeln ersetzen, aber sie kann zum Ort werden, in dem zum Handeln motiviert wird, auch dadurch, dass weiterführende und ungeahnte Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Gott sendet Moses zum Pharao und dieser kann nur schluckend entgegen: »Wer bin ich, dass ich zum Pharao gehen könnte?« (Ex 3,11) Wer kann angesichts der geforderten Umgestaltung der Globalisierung nicht mit Moses mitempfinden? Doch dem Moses stellte Gott seinen Bruder Aaron zur Seite, Christen hat Jesus Brüder, Schwestern und Mütter in der Gemeinschaft der Kirche verheißen und in der Regel handeln die Christen mit allen Menschen guten Willens. Mittlerweile ist das Modell dreier Träger des sozialen Lehrens der Kirche stärker ins Bewusstsein gedrungen, Erzbischof Reinhard Marx greift es selbstverständlich auf. Dieses Modell entspricht der Wirklichkeit, dass das soziale Lehren der Kirche sich nicht

in der lehramtlichen Sozialverkündigung erschöpft, sondern innerhalb der Glieder der Kirche unterschiedliche und sich überschneidende Aufgaben beim Entdecken von Gottes Anruf in der heutigen Zeit, bei der Urteilsfindung, bei öffentlichen Äußerungen und beim konkreten Einsatz kennt, nämlich (1.) die gesellschaftlich engagierten Christ/innen, (2.) die akademische Wissenschaft und (3.) die lehramtliche Verkündigung. Ein solches Modell kann helfen die gefühlte Überforderung als Einzelner zu überwinden⁴.

Bekannt ist das karitative Handeln vom Spenden für wohlthätige Zwecke bis zur Wertschätzung der Arbeit der Caritas. Jenseits dieses Horizonts, aber gerade für die Sozialethik entscheidend, ist weitgehend das politische Handeln von Christen, Gruppen und Verbänden. Politisches Handeln lässt sich *eng* definieren als parteipolitisch, das heißt einer bestimmten Partei beizutreten und von dort aus zu wirken. Ein *weites* Verständnis von Politik umfasst jedoch auch den zivilgesellschaftlichen Raum öffentlicher Meinungsbildung als Handlungsfeld von Kirche. Wie ein solches politisches Handeln organisiert und erfolgreich sein kann, lässt sich am eindrücklichsten an konkreten Beispielen illustrieren, etwa der Bewegung »erlassjahr.de« zum Schuldenerlass von Entwicklungsländern⁵. Von einer solchen Kampagne lässt sich exemplarisch lernen, welche Voraussetzungen nötig und welche Widerstände zu erwarten sind, wenn man eine neue Soziale Bewegung ins Leben rufen möchte (oder bestehende aktiv unterstützen mag).

Eine solche gleichermaßen politische und sozialetische Bildungsarbeit macht Bürger/innen politikfähig, weil gegen alle gefühlte Ohnmacht konkrete Handlungsoptionen freigelegt werden. Die Politiker/innen, auf die viel Verdrossenheit geschüttet wird, erscheinen in solch einer Kampagne immer auch als Verbündete, die in fast allen Parteien zu finden sind und die für die Durchsetzung der Ziele einer Kampagne unabkömmlich sind. Rollenspiele, die in die Zwänge und

Probleme von politischen Entscheidungen einführen, verdeutlichen zum einen die vielen Interessen, die sich als Gemeinwohl darstellen, und die Dilemmata politischer Entscheidungen und machen manche politische Kompromisse nachvollziehbar. Gegen die aktuelle Tendenz, Politiker/innen pauschal zu verteufeln und sich »starke Führer« zu wünschen, ist diese Bildung ein nicht zu unterschätzender Dienst an der Demokratie.

Abschluss

Sogar angesichts der angsterzeugenden Umwälzungen im Zuge der Globalisierung gibt es einen tröstlichen Hoffnungsschimmer: Schon einmal gab es einen solch tief greifenden Umbruch, nämlich zur Zeit der industriellen Revolution. Auch sie ging einher mit prekären Notlagen in bislang unbekanntem Ausmaß – die »Soziale Frage« des 19. Jahrhunderts. Tröstlich daran ist im Rückblick, dass Antworten auf diese Herausforderungen gefunden worden sind. Der durch die Industrie wachsende Wohlstand konnte mit sozialen Grundrechten für alle verbunden werden – in der sozialen Marktwirtschaft. Die Kirche hat damals ihre Berufung in politischen und gesellschaftlichen Fragen neu erkannt und dazu beigetragen, diese schwierige Zeit zum Guten zu wenden. Eine vergleichbare Herausforderung steht im Zeitalter der Globalisierung mit erneuter Dringlichkeit vor ihrer Bearbeitung – der Errichtung einer globalen sozialen Marktwirtschaft.

ANMERKUNGEN/ LITERATUR

- 1 Marx, R. (2008): Das Kapital. München.
- 2 Rawls, J. (2003): Gerechtigkeit als Fairness. Frankfurt a. M.
- 3 Nussbaum, M. (2009): Gerechtigkeit oder Das gute Leben. Frankfurt a. M.
- 4 Fisch, A. (2002³): Option für die Armen konkret. Zur sozialetischen Kompetenz der Kirche in Deutschland. Münster.
- 5 Fisch, A. (2003): Globalisierung der Solidarität? Das Insolvenzrecht für Staaten... In: Große Kracht, H. J. (Hg.): Solidarität institutionalisieren. Münster, S. 193–221.

Jürgen Maes

Gerechtigkeitsmotiv und sozialetische Orientierung

Der Glaube an eine gerechte Welt und seine Implikationen für ethische Werthaltungen

Dieser Beitrag gibt einen sozialpsychologischen Überblick über die Forschung zur »Gerechte-Welt-Motivation« und zieht Schlussfolgerungen für die Erwachsenenbildung.

Gerechtigkeit ist allgegenwärtig: Als Schlagwort und Leitbegriff hören wir von ihr in Expertendiskursen über aktuelle ethische Fragestellungen ebenso wie in der politischen Debatte, in Fernseh- und Stammtischdiskussionen. Auf Schritt und Tritt begegnen wir in unseren Städten Darstellungen der Iustitia und anderen Gerechtigkeitsymbolen. Klassische Sagen, Märchen und Legenden berichten ebenso vom Kampf für das Gute und Gerechte wie Hollywood-Filme der Gegenwart; selbst Studien zum Suchtpotential sogenannter MMORPGs (»massively multiplayer online role-playing games«, moderne Onlinerollenspiele wie »world of warcraft«) geben erste Hinweise, dass diese Spiele auch deshalb so beliebt sind, weil deren virtuelle Welt als gerechter erlebt wird als die reale¹. Historische Umbrüche und gesellschaftliche Veränderungen waren häufig mit dem Ruf nach Gerechtigkeit verbunden².

All dies könnte vermuten lassen, dass es sich bei Gerechtigkeit um ein zen-

trales menschliches Motiv handelt und dass die Psychologie als Wissenschaft vom menschlichen Erleben und Verhalten auf eine lange Forschungsgeschichte zu diesem Motiv zurückblicken kann. Erstaunlicherweise ist dies nicht der Fall: In klassischen Ansätzen der Motivationspsychologie werden zahlreiche Motive diskutiert, Gerechtigkeit aber kaum; in psychologischen Lexika sucht man das Schlagwort »Gerechtigkeit« zwischen »Genuss« und »Geschlecht« meist vergebens. Verständlich ist dies vor allem vor dem Hintergrund eines vor allem in den Sozialwissenschaften und der Ökonomie lange dominierenden Zeitgeists, der individuelle Bedürfnisse betonte und die Maximierung des eigenen Nutzens als oberstes Handlungsziel propagierte³. Erste Ansätze gerechtigkeitspsychologischer Forschung finden sich in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts vor dem Hintergrund der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung bei Psychologen aus den Vereinigten Staaten. Besonders bekannt geworden ist Lawrence Kohlbergs Modell der Moralentwicklung. Dieses allerdings ist vielfach kritisiert und in Frage gestellt worden⁴ – vor allem wurde darauf hingewiesen, dass es sich hier nicht um ein Modell der moralischen Motivation, sondern der Argumentation und des Wissens

um moralische Begründungsmuster handle.

Auch erste Laborexperimente zum Aufteilungsverhalten (Entscheidungen für das Leistungs-, das Gleichheits- oder das Bedürfnisprinzip bei der Verteilung unterschiedlicher Güter⁵) und Melvin Lernalers frühe Experimente zum »Gerechte-Welt-Phänomen« begründeten die moderne gerechtigkeitspsychologische Forschung. Im Gegensatz zur verbreiteten Annahme, dass die Maximierung des eigenen Nutzens das wesentliche, wenn nicht gar das einzige Handlungsmotiv sei, stellt Lernalers Konzeption Gerechtigkeit als zentrales menschliches Motiv heraus. Sie soll deshalb hier ausführlicher betrachtet werden.

Entwicklung der Gerechte-Welt-Motivation

Lerner und seine Mitarbeiter haben in zahlreichen Experimenten seit den 1960er Jahren⁶ gezeigt, wie die Suche nach Gerechtigkeit zum entscheidenden Motiv unterschiedlichster Verhaltensweisen werden kann. Die Gerechtigkeitsmotivation entsteht nach Lernalers Konzeption in jener Entwicklungsphase, in der sich das Kind zunehmend weg vom Lustprinzip und hin zum Realitätsprinzip orientiert. Ursprünglich drängt das Kind darauf, alles zu bekommen, was es gerade möchte, muss dann aber lernen, dass es soziale Regeln gibt, dass es sich an seiner Mitwelt orientieren und kurzfristige Bedürfnisse zugunsten von langfristigen Orientierungen zurückstellen muss. In Lernalers meta-



Prof. Dr. Jürgen Maes ist Professor für Pädagogische Psychologie (i. V.) am Institut für Psychologie und Empirische Pädagogik der Universität der Bundeswehr München.

phorischer Konstruktion verpflichtet sich das heranwachsende Kind in einem »persönlichen Vertrag« (PV) mit seiner Umwelt, augenblickliche, vom Lustprinzip diktierte Bedürfnisse zurückzustellen, und erwirbt dafür den Anspruch, für langfristig angelegte Investitionen später umso angemessener belohnt zu werden. Im Rahmen der Entwicklung dieses »Vertrages« werden die in einer Gesellschaft akzeptierten Zuteilungsregeln gelernt, internalisiert und zunehmend als verbindlich erlebt. Im PV erklärt sich ein Individuum bereit, bestimmte Dinge zu tun und andere zu unterlassen, unter der Voraussetzung, dass ihm bestimmte positive Konsequenzen daraus erwachsen, dass es einen Anspruch auf sie erwirbt. Es übernimmt Verpflichtungen und erwirbt Rechte. Ist der PV einmal herausgebildet, erhält das Verhalten des Individuums eine neue motivationale Basis: Es bemüht sich nun nicht mehr zu bekommen, was es will, sondern was es verdient.

Um in einer komplexen Umwelt langfristig agieren zu können, ist das Individuum darauf angewiesen, dass die

»Vereinbarungen« des PV Gültigkeit haben und von allen relevanten Sozialpartnern gleichermaßen beachtet werden. Beobachtungen von Ungerechtigkeit und Regelbruch stellen Bedrohungen für die Gültigkeit des PV dar. In einem zusätzlichen sozialen Vertrag (SV) verpflichtet sich das Individuum daher, auch dafür zu sorgen, dass andere das bekommen, was ihnen gerechterweise zusteht. Die Orientierung an PV und SV ist für Lerner ein Kennzeichen erfolgreicher Sozialisation in westlichen Gesellschaften. Experimentell zeigte sich, dass schon Grundschulkinder im Sinne der im PV festgelegten Anspruchsberechtigungen sich bei Verteilungsentscheidungen nicht mehr an ihren Wünschen, sondern an Konzeptionen des Verdienens orientierten⁷. »Persönlicher Vertrag« und »Sozialer Vertrag« sind miteinander verschränkt, der eine ist nicht gültig ohne den anderen. Das Individuum verfolgt daher gleichzeitig seine eigenen Ziele und tritt dafür ein, dass andere ihre Ziele verfolgen können, beides unter Beachtung der internalisierten Gerechtigkeitsstandards; es möchte bekommen, was

es verdient, aber gleichzeitig auch erleben, dass andere bekommen, was sie verdienen.

Wirkungen der Gerechte-Welt-Motivation

Das so von Lerner beschriebene Gerechtigkeitsmotiv sollte aber nicht zu voreiligem Optimismus in sozial-ethischen Fragen verführen. Die Gerechtigkeitsmotivation führt keineswegs automatisch zur Vermehrung von Gerechtigkeit in der Welt. Im Gegenteil kann gerade die Stärke und Dringlichkeit dieses Motivs sogar zu weiterer Ungerechtigkeit beitragen. Nach Leners⁸ Konzeption wollen Menschen gerne glauben, dass sie in einer gerechten Welt leben, in der jeder bekommt, was er verdient, und verdient, was er bekommt. Dieser Glaube an Gerechtigkeit ist geradezu lebensnotwendig, weil er Menschen ermöglicht, Vertrauen in andere aufzubauen, sich in zukunftsgerichteten Aktivitäten zu engagieren und die Ereignisse ihres Lebens sinnvoll zu interpretieren. Müssten Menschen ständig mit dem Hereinbrechen ungerechter Ereignisse rechnen, machten viele Aktivitäten keinen Sinn, wären alle Investitionen in die Zukunft nutzlos. Beobachtungen von Ungerechtigkeit im Alltag bringen deshalb leicht die Lebensgrundlagen ins Wanken und bedrohen den existenziell wichtigen Glauben an Gerechtigkeit.

Solche Situationen erfordern daher Bewältigung, die zum Beispiel durch aktives Eintreten für Opfer von Ungerechtigkeiten erfolgen kann. Ist das Individuum aber nicht in der Lage, selbst zur Wiederherstellung von Gerechtigkeit beizutragen, weil dies nicht in seiner Macht steht, weil die Ungerechtigkeiten zu groß oder ihre Ausschaltung zu kostenintensiv ist, versucht es sich häufig einzureden, es sei überhaupt nichts Schlimmes passiert oder das Opfer habe sein Schicksal aufgrund von Verhaltensfehlern oder eines schlechten Charakters verdient. Zahlreiche Experimente belegen, dass der Glaube an eine



Im Dienst der Menschen | Antonia Schlun – Kinderhaus Arche

Foto: Sommer

gerechte Welt (GGW) auf diese Weise zur Abwertung unschuldiger Opfer und zur Bewunderung von Gewinnern führen kann.

In einem Experiment⁹ beobachteten die Probanden zwei Stimulus-Personen, die im Labor an Anagramm-Aufgaben arbeiteten. Unabhängig von der tatsächlichen Leistung und unabhängig auch von der ursprünglichen Sympathie für einen der beiden Akteure bewerteten sie denjenigen der beiden als eifriger und geschickter, der für die Aufgaben eine zufällige Belohnung (Losentscheid) bekommen hatte. Sie schienen sich selbst davon überzeugen zu wollen, dass er die zufällige Belohnung auch verdient hatte. In einem anderen Experiment¹⁰ glaubten die Probanden, an einem Experiment zur Personenwahrnehmung teilzunehmen und zu diesem Zweck die Versuchspersonen eines anderen Experiments zu beobachten, das zeitgleich am Institut durchgeführt würde. Hinter einer Einwegscheibe sahen sie, wie ein anderer Student in einem Lernexperiment für Fehlleistungen scheinbar schwere elektrische Schocks erhielt. Je schlimmer und länger anhaltend das ungerechtfertigte Leiden des Opfers war, desto negativer wurde es im Anschluss von seinen Mitstudierenden bewertet. Wenn die Versuchspersonen die Chance hatten, durch Abstimmung das Leiden des Opfers zu beenden, nutzten sie diese Möglichkeit; aber nur, wenn sie sicher sein konnten, dass ihre Abstimmung auch zum gewünschten Erfolg führte, reduzierte das auch die negative Bewertung des Opfers. Alles zur Wiederherstellung von Gerechtigkeit getan zu haben und trotzdem nicht sicher sein zu können, ob die Ungerechtigkeiten damit auch wirklich beendet sind, ist offensichtlich besonders bedrohlich und wird durch negative Bewertungen der Opfer bewältigt. Am schlimmsten wurde das Opfer übrigens in einer sogenannten »Märtyrer-Bedingung« bewertet, in der es sich nur aus altruistischen Motiven den experimentellen E-Schocks unterwarf.

Im Anschluss an diese frühen Studien haben mehrere hundert Experimente

und Fragebogenstudien den Gerechte-Welt-Glauben immer wieder als antisoziales Phänomen porträtiert, das Menschen dazu bringt, Minderheiten auszugrenzen und unschuldige Opfer eines negativen Schicksals abzuwerten und mit Vorwürfen zu verfolgen (»blaming-the-victim-Phänomen«). So hatte der individuelle Gerechte-Welt-Glaube Einfluss auf die Verantwortungszuschreibung an Vergewaltigungsoffer oder Opfer anderer aggressiver Übergriffe, auf Abwertung von und Schuldzuweisungen an Menschen mit finanziellen und gesundheitlichen Problemen, Opfern von Armut in der Dritten Welt, Arbeitslosen, AIDS-Kranken, Krebskranken und vielen anderen Opfergruppen¹¹. Ganz gleich, ob den Versuchspersonen positive oder negative Schicksale von anderen vorgestellt wurden, versuchten sie die Ereignisse so zu konstruieren, dass sie als verdient und gerecht erscheinen konnten. So führt der Gerechte-Welt-Glaube zur Ausgrenzung und Abwertung von Opfern oder Verlierern und zur Aufwertung und Bewunderung von Gewinnern, Erfolgreichen, Glücklichen.

Implikationen für Bildungsprozesse

Man hat dies auch als »Gerechtigkeitsparadox« bezeichnet: Ausgerechnet der Glaube an Gerechtigkeit führt dazu, dass ohnehin schon Not leidende Opfer zusätzlich noch mit den Vorwürfen und Abgrenzungen ihrer Mitmenschen belastet und damit »sekundär viktimisiert« werden. Das Gerechte-Welt-Phänomen spiegelt also eher unreife Formen sozialetischer Orientierungen. Melvin Leners Theorie der Gerechte-Welt-Motivation ist eine kognitive Theorie: Es geht nicht um Gerechtigkeit in der äußeren Welt, sondern um Gerechtigkeit in den Köpfen. Es geht darum, die Illusion von Gerechtigkeit oder zugespitzt einen lieb gewonnenen Kinderglauben zu bewahren. Natürlich ist es erstrebenswert, diese Haltung durch reifere Formen sozialetischer Orientierungen zu ersetzen.

Wer dies, etwa im Rahmen von Bildungsprozessen, versucht, muss allerdings mit erheblichem Widerstand rechnen. Menschen brauchen ihren Glauben an Gerechtigkeit und sind deshalb nicht leicht bereit, ihn bei



Im Dienst der Menschen | Thomas Sallatzkat – Wohnungslosenhilfe, Übergangsheim

Foto: Sommer

widerstreitenden Wahrnehmungen und Erfahrungen einfach aufzugeben. Carolyn Hafer konnte zum Beispiel zeigen, dass die Abwertung von Opfern besonders dann stark ist, wenn Menschen auf Gerechtigkeit angewiesen sind: Personen, die sich zuvor in einem Aufsatz mit ihren langfristigen Studienzielen beschäftigt hatten, neigten eher zu gerechtigkeitsmotivierter Abwertung von Opfern als Personen, die zuvor einen Aufsatz zu einem neutralen Thema geschrieben hatten. Zur Verwirklichung ihrer langfristigen Ziele müssen Menschen glauben, dass ihnen die verdienten Ergebnisse zuteil werden. Sie sind insofern für Gerechtigkeitsverletzungen verwundbarer und bewältigen diese Bedrohung dadurch, dass sie sich einreden, Ungerechtigkeiten seien gar nicht geschehen. Sie huldigen nicht dem Gerechte-Welt-Glauben, weil er so schön und einfach ist oder gar weil sie ihren Mitmenschen Böses wollten, sondern weil er elementare Funktionen für ihr Alltagsleben erfüllt.

Denn nur in einer gerechten Welt können Menschen langfristig zielgerichteten Aktivitäten nachgehen, Vertrauen in andere Menschen und gesellschaftliche Instanzen aufbauen und die Ereignisse des Lebens mit Sinn und Bedeutung versehen¹². Würden wir ständig mit dem Hereinbrechen ungerechter Ereignisse rechnen, dann hätten viele zukunftsgerichtete Handlungen keinen Sinn, dann erscheint es plausibler, sich in erster Linie um die Befriedigung aktueller Bedürfnisse zu kümmern, als Zeit und Energie in längerfristige Aktivitäten und Zukunftsplanungen zu investieren.

Die gerechtigkeitspsychologische Forschung seit Mitte der 1990er Jahre hat sowohl die Folgen eines intakten als auch eines verletzten Gerechtigkeitsglaubens demonstriert. Zahlreiche Studien der letzten 15 Jahre beleuchten den Gerechte-Welt-Glauben als positive Ressource, die günstige Voraussetzungen für gelingendes Lernen und Leistungsmotivation schafft, Personen vor Stress und gesundheitlichen Beeinträchtigungen schützt und den Umgang mit schwierigen

und verlustreichen Situationen sowie negativen Emotionen wie Ärger erleichtert¹³. Auf der anderen Seite zeigen Daten von Montada¹⁴, dass Verletzungen und Frustrationen des Gerechtigkeitsglaubens von negativen Gefühlen und einer zunehmenden ichbezogenen Orientierung ausschließlich am eigenen Nutzen begleitet werden.

Ein Bildungsziel könnte daher lauten, die realitätsverzerrenden Aspekte des Gerechte-Welt-Glaubens und den Schaden für die Mitwelt der Gerechtigkeitsgläubigen zu reduzieren, ohne die positiven Funktionen eines intakten Gerechtigkeits sinns aufzugeben. Die kindliche Form des Gerechte-Welt-Glaubens kann nicht abgebaut werden, ohne eine konstruktive Alternative an ihre Stelle zu setzen. Es wird dann darum gehen, die Vermischung von Wunsch und Wirklichkeit, die sich im Gerechte-Welt-Glauben zeigt, aufzulösen, einen schonungsloseren Blick auf die Wirklichkeit zu wagen, der gegen schnelle Resignation und Enttäuschung abgepuffert ist, und Kraft auch aus dem Wunsch nach Gerechtigkeit zu schöpfen.

Die gerechtigkeitspsychologische Forschung zeigt, dass die Bedeutung von Gerechtigkeit im menschlichen Leben viel größer ist als häufig angenommen. Damit Gerechtigkeit auch im sozialen Leben ein realistisches Gewicht bekommen kann, gilt es aufzuklären, sowohl über die überschätzte Macht des Eigeninteresses als auch über mancherlei Illusionen von Gerechtigkeit. Auch wenn subjektive Wahrnehmungen von Gerechtigkeit häufig illusionär sind, stellt doch das Bedürfnis nach Gerechtigkeit eine starke verhaltenswirksame Macht dar.

ANMERKUNGEN

- 1 Hagen, Maes, Schuster 2009.
- 2 Gurr 1970.
- 3 Maes 2004.
- 4 Zusammenfassend: Montada, Boll 1984.
- 5 Vgl. Deutsch 1975.
- 6 Zusammenfassend: Lerner 1980.
- 7 Lerner 1974.
- 8 Nach Lerner 1980.
- 9 Lerner 1965.
- 10 Lerner, Simmons 1966.

11 Zum Überblick: Maes 1998; Furnham 2003, Hafer, Bègue 2005.

12 Lerner 1980.

13 Zusammenfassend: Dalbert 2001.

14 Montada 2003.

LITERATUR

- Dalbert, C. (2001): The justice motive as a personal resource: Dealing with challenges and critical life events. New York.
- Deutsch, M. (1975): Equity, equality, and need: What determines which values will be used as the basis of distribution justice? *Journal of Social Issues* 31(3), S. 137–149.
- Furnham, A. (2003): Belief in a just world: Research progress over the past decade. *Personality and Individual Differences*, 34, S. 795–817.
- Gurr, T. (1970): Why men rebel. Princeton, NJ.
- Hafer, C.L.; Bègue, L. (2005): Experimental research on just-world theory: problems, development and future challenges. *Psychological Bulletin*, 131, S. 128–167.
- Hagen, F.; Maes, J.; Schuster, J. (2009): World of Warcraft – eine gerechtere Welt? Posterpräsentation auf der 12. Tagung der Fachgruppe Sozialpsychologie der Deutschen Gesellschaft für Psychologie in Luxemburg am 2.9.2009.
- Kohlberg, L. (1963): The development of children's orientation toward a moral order. I: Sequence in the development of moral thought. *Vita Humana*, 6, S. 11–33.
- Lerner, M. J. (1965): Evaluation of performance as a function of performer's reward and attractiveness. *Journal of Personality and Social Psychology*, 1, S. 355–360.
- Lerner, M.J. (1974): The justice motive: »equity« and »parity« among children. *Journal of Personality and Social Psychology*, 29, S. 539–550.
- Lerner, M. J. (1980): The belief in a just world. A fundamental delusion. New York.
- Lerner, M. J.; Simmons, C. H. (1966): The observer's reaction to the »innocent victim«: Compassion or rejection? *Journal of Personality and Social Psychology*, 4, S. 203–210.
- Maes, J. (1998): Eight Stages in the development of research on the construct of belief in a just world? In: Montada, L.; Lerner, M. J. (Eds.): Responses to victimizations and belief in a just world. New York, S. 163–185.
- Maes, J. (2004): Gerechtigkeit und Eigennutz. Macht und Mythos zweier Motive. In: Horstmann, K.; Hüttenhoff, M.; Koriath, H. (Hg.): Gerechtigkeit – eine Illusion? [= Symposium. Anstöße zur interdisziplinären Verständigung, Band 5]. Münster, S. 125–143.
- Montada, L. (2003): Maximierung von Eigennutz: ein Erziehungsziel? Schriftliche Fassung des Festvortrages gehalten anlässlich der Verabschiedung von Frau Prof. Dr. Bärbel Kirsch. Universität Potsdam: Humanwissenschaftliche Fakultät – Institut für Psychologie.
- Montada, L.; Boll, T. (1984): Moralisches Urteil und moralisches Handeln. Berichte aus der Arbeitsgruppe »Verantwortung, Gerechtigkeit, Moral«, Nr. 27. Trier: Universität Trier, Fb 1 – Psychologie.

Johannes Schillo

Caritas, Veritas et Globalisatio

Zur neuen Sozialenzyklika

Seit dem Sommer ist, mit zweijähriger Verzögerung, die Sozialenzyklika »Caritas in veritate« von Benedikt XVI. auf dem Markt der Meinungen präsent. Hier ein Streiflicht auf die neue Positionsbestimmung

Die Politik bezog sich wie zu erwarten strategisch auf die Papstäußerung – von der CDU bis zur Linkspartei. Jeder suchte sich Passendes heraus oder machte Zitate passend. Auf einem anderen Blatt steht die öffentliche Kommentierung: »Katholisches Selbstgespräch« und »hermetischer« Text (FAZ), seltene »Weltfremdheit« (SZ), »kein großer Wurf« (Bonner General-Anzeiger) lauteten typische Kritikpunkte. Doch da mag auch die illusorische Erwartung mitgespielt haben, der Papst werde den Weg aus der wirtschaftlichen Misere weisen – und man brauche ihm nur zu folgen. Demgegenüber betonte Erzbischof Marx: »Konkrete Lösungsvorschläge sind in einer Enzyklika nicht zu erwarten.« (FAZ-Interview, 10.7.2009)

Die Tradition

Anknüpfungspunkt Benedikts ist, dem Brauch katholisch-sozialer Traditionsbindung folgend, die Enzyklika »Populorum progressio« (1967) von Paul VI. Diese Schrift bedeutete eine mar-

kante Positionierung im damaligen Kalten Krieg zwischen West und Ost und angesichts des eskalierenden Nord-Süd-Konflikts. Für die Befreiungsbewegungen und jungen Nationalstaaten der Dritten Welt war sie eine Ermutigung, im Ostblock wurde sie als die kirchliche Stellungnahme mit den »meisten progressiven Aussagen«, z.B. der Brandmarkung der »Praktiken des imperialistischen Neokolonialismus«, gewürdigt (Philosophisches Wörterbuch der DDR, 1970). Bezeichnenderweise erinnerte Bischof Marx im Gespräch mit der FAZ daran, dass diese Zeitung damals »einen Hauch von Marxismus durch die Kirche wehen« spürte.

Von einem solchen Hauch ist nichts geblieben. Natürlich verleugnet die Enzyklika »Caritas in veritate« nicht die Tradition, die in »Rerum novarum« von Leo XIII. 1891 ihren ersten signifikanten und viel beachteten Ausdruck fand. Sie greift auf zahlreiche Dokumente früherer Päpste zurück und kann, wie der DBK-Vorsitzende, Erzbischof Robert Zollitsch, erklärte, als »ein bedeutender Schritt in der Fortschreibung der Katholischen Soziallehre« verstanden werden. Und der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Hans Joachim Meyer, hob hervor, dass sie »ein weites Panorama der gegenwärtigen Menschheitsproble-

me« umreißt und diesen »die Grundsätze und Angebote der katholischen Soziallehre« gegenüberstelle.

Ein gewisses Unverständnis der Öffentlichkeit anlässlich der jüngsten Sozialenzyklika geht wohl auf das generelle Missverständnis zurück, hier schreibe ein unabhängiger Autor, der sich mit Zeitfragen auseinandersetze und das Ergebnis seiner Überlegungen in den öffentlichen Diskurs einbringe – und der dann an den Kriterien der Originalität oder Aktualität zu messen sei. Dem ist nicht so. Der Papst verwaltet einen Traditionsbestand und versucht dabei neue Zugänge und Zeitbezüge herzustellen. Dass auf diese Weise nichtsdestotrotz Verschiebungen und Veränderungen erfolgen, soll im Folgenden an einer Argumentationslinie der neuen Enzyklika verdeutlicht werden.

Der Markt

Die neue Enzyklika ist eine unverhohlene Apologie des Marktes – und in dieser Form ein Novum im Korpus der autoritativen kirchlichen Texte. »Es muss die Sichtweise jener als unrichtig verworfen werden, nach denen die Marktwirtschaft strukturell auf eine Quote von Armut und Unterentwicklung angewiesen sei, um bestmöglich funktionieren zu können«, heißt es zu Beginn des dritten Kapitels (Nr. 35). Unverkennbar wird hier auf den Marxismus angespielt, der sonst in der Enzyklika keine Rolle spielt. Während Bischof Marx in der deutschen Debatte seinem Gegenspieler Karl Marx gewissermaßen ein ganzes Buch gewidmet hat (s.u.) und darin gerade von der Aktualität der Marxschen Kritik



Johannes Schillo ist freier Journalist im Bereich Bildung / Kultur und als Redakteur für die Fachzeitschrift »Praxis Politische Bildung« tätig.

der politischen Ökonomie ausgeht, ist für Benedikt der Marxismus samt der davon inspirierten Kritik an Neoliberalismus oder Globalisierung ein erledigter Fall. Während der deutsche Erzbischof die »totalitäre« Entwicklung und das Scheitern des realen Sozialismus nicht als definitives Urteil über den Theoretiker Karl Marx gelten lässt, ist für den Papst nach »Centesimus annus« jeder Gedanke an eine Systemkritik oder -alternative zu verwerfen bzw. verwerflich.

Benedikt: »Der Markt ist an sich nicht ein Ort der Unterdrückung des Armen durch den Reichen und darf daher auch nicht dazu werden. Die Gesellschaft muss sich nicht vor dem Markt schützen, als ob seine Entwicklung ipso facto zur Zerstörung wahrhaft menschlicher Beziehungen führen würde.« (Nr. 36) Nun ist der Arbeitsmarkt, auf dem Menschen, die nichts als ihre Arbeitskraft besitzen, auf Kapitaleigner und deren Interesse an der Anwendung fremder Arbeit stoßen, die unmittelbare Widerlegung der positiven Wertung. In diesem Markt trifft eine existenzielle Notlage auf eine

geschäftliche Kalkulation, die den Einsatz von Arbeit am Kriterium der Rentabilität misst und entsprechend den Lohn als eine zu begrenzende Größe behandelt, eventuell auf den Ankauf von Arbeitskraft verzichtet oder angewandte »freisetzt«. Die Senkung der Lohnkosten ist, wie auch die aktuellen Sanierungsfälle belegen, ein vorrangiges Mittel, die Ertragslage von Unternehmen zu stärken, damit sie sich angesichts der Konkurrenz, die dasselbe macht, behaupten können.

Die katholische Soziallehre hat diese Konstellation von Anfang an als ein gesellschaftliches Zentralproblem betrachtet und sowohl auf dem Recht der gewerkschaftlichen Gegenwehr wie der Notwendigkeit staatlicher Eingriffe bestanden – was ihr ebenfalls von Anfang an den Verdacht sozialistischer Parteilichkeit eingebracht hat. Damit hat sie bestätigt, dass der Markt, zumindest an dieser Stelle, »ipso facto« für die Lebensinteressen der arbeitenden Menschheit zerstörerisch und nur für das Gewinninteresse der Arbeitgeber förderlich wirkt, dass also erst durch eine Zusatzveranstal-

tung der Markt dazu gezwungen wird, »menschliche Beziehungen« zuzulassen. Ein Zwang übrigens, der durchaus im Interesse der Marktwirtschaft liegt, wie die Arbeiterbewegung ihren Kontrahenten in langen Kämpfen klar gemacht hat: Der Staat tritt, angestoßen durch gewerkschaftliche Gegenmacht, als »ideeller Gesamtkapitalist« (Friedrich Engels) in Erscheinung, gebietet der kapitalistischen Selbstzerstörung Einhalt und gewährleistet den Systemerhalt.

Diese Tradition ist Benedikt XVI. natürlich bekannt. Die Gewerkschaften werden in seiner Enzyklika erwähnt, doch ist auch hier eine eigentümliche Veränderung bei der Aufgabenbestimmung festzustellen: »In Überwindung der eigenen Grenzen der kategorialen (?) Gewerkschaften sind die Gewerkschaftsorganisationen dazu aufgerufen, sich um die neuen Probleme unserer Gesellschaft zu kümmern: Ich beziehe mich z.B. auf die Gesamtheit der Fragen, die die Sozialwissenschaftler im Konflikt zwischen Arbeitnehmer und Konsument ermitteln« (Nr. 64). Woran der Papst hier denkt, ist etwas unklar (Lohn-Preis-Spirale?). Klar ist aber eins: »Die Verteidigung der Interessen der eigenen Mitglieder« hat nur noch untergeordnete Bedeutung, sie muss sich an vielerlei Dingen relativieren, so an der Existenz noch ärmerer Menschen, »der ausgebeuteten und nicht vertretenen Arbeitnehmer« anderswo, die es im Zeitalter der Globalisierung reichlich gibt.

Die Globalisierung

Die Arbeitnehmer hierzulande haben also den Gürtel enger zu schnallen aus Solidarität mit ihren armen Kollegen weltweit. Es ist interessant, dass die Enzyklika die Schattenseiten der Globalisierung gerade in einem solchen Kontext zur Sprache bringt. Sonst ist das G-Wort meist positiv besetzt, wie man es etwa aus den Jahren der rotgrünen Regierung kennt, als Kanzler Schröder, dem die Globalisierung keine Alternative ließ, moderne Wirtschaftspolitik im internationa-



Im Dienst der Menschen | Buchhaltung – Sarah Smeets, Simone Gramms, Iris Ekens (v. re.)

Foto: Sommer

len Standortwettbewerb machen wollte und dazu einen Umbau des Sozialstaats in die Wege leitete. Globalisierung galt als Verheißung eines nationalen Aufstiegs, für den die sozialen Opfer gern zu bringen und gut angelegt seien. Inzwischen, ein Jahrzehnt später, nach internationalen Hunger- und Elendsberichten und nationaler Armuts- und Reichtumsberichterstattung, nach einigen Finanz- und Wirtschaftskrisen, nach der Diagnose der industriell verursachten Klimakatastrophe, hat sich die Tonlage geändert.

Aber nicht bei Benedikt. »Die Explosion der weltweiten wechselseitigen Abhängigkeit, die inzwischen unter der Bezeichnung ›Globalisierung‹ allgemein bekannt ist, ... war der Hauptantrieb für das Heraustreten ganzer Regionen aus der Unterentwicklung und stellt an sich eine große Chance dar.« (Nr. 33) Ähnlich wie bei Marktwirtschaft und dazugehörigem Finanzwesen, die als »an sich gute Mittel« (Nr. 36) eingestuft werden, soll als Erstes die grundsätzliche Güte dieses Sachverhalts gelten. Dass die Globalisierung heute nicht nur eine »Chance«, also eine Möglichkeit, sondern eine Wirklichkeit ist, die man beurteilen könnte, dass seit rund 20 Jahren, seit die Globalisierungsrhetorik en vogue ist, eine ganze Bibliothek zur Kritik an dieser neuesten Sachzwangsideologie und des damit etikettierten Weltzustandes entstanden ist, wird dabei vornehm übersehen. Aber verschwiegen werden die Kosten und Opfer dieses Prozesses nicht.

Dass es arme Länder gibt, dass ihre Armut sich teilweise verschlimmert hat, spricht der Papst aus. Doch ist auch hier der Kontext bemerkenswert. Ganz dem »neoliberalen« Zeitgeist



Im Dienst der Menschen | Das Team von der Suppenküche

Foto: Sommer

der letzten Jahrzehnte verpflichtet – »Trade, not aid« hieß es bereits in der Clinton-Ära –, wird zunächst das Misstrauen in die Leistung der Entwicklungshilfe bestätigt: Diese könne »jenseits der Absichten der Geber mitunter ein Volk in einer Lage der Abhängigkeit halten oder sogar Situationen von lokaler Herrschaft und Ausbeutung begünstigen« (Nr. 58). Armut kommt von Almosen, könnte man zugespitzt zu dieser Analyse sagen. Die Entwicklungszusammenarbeit soll aber nicht eingestellt werden, denn dem steht das Solidaritätsprinzip entgegen. Es verlange weiterhin Hilfsleistungen der entwickelten Staaten, die ihre internationalen Verpflichtungen einhalten sollen. »Sie können dies u.a. durch eine Revision der Politik der Fürsorge und sozialen Solidarität in ihrem Innern tun, indem sie das Prinzip der Subsidiarität anwenden und besser integrierte Systeme sozialer Vorsorge mit aktiver Teilnahme der Privatpersonen und der Zivilgesellschaft schaffen« (Nr. 60).

Im Klartext: Der Abbau des Sozial-

staates in den Industrienationen – es geht ja explizit darum, »Geldmittel zu sparen« (Nr. 60) –, der bislang als wirtschaftspolitische Notwendigkeit im weltweiten Standortwettbewerb zur Senkung der Lohn(neben)kosten dargestellt wurde, erfährt hier eine weitere sozialethische Legitimation. In den reichen Ländern gibt es viele arme Leute; die sozialen Transferleistungen dokumentieren diese Armut, denn von sich aus verfügen die Betroffenen über keine Mittel, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Diese Armen, die mit ihrer aktiven Teilnahme im Wirtschaftsleben gescheitert sind, sollen auf sich selbst und mildtätige Organisationen alias »Zivilgesellschaft« verwiesen werden, damit man an ihrem Lebensstandard weitere Kosten einsparen kann. Und das Ganze wird zudem als eine der wegweisenden »Lösungen in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise« (Nr. 60) vorgestellt. In der Tat, hier hat ein Papst, via et ratione et in veritate, das Soziale neu gedacht.

ZU DEN BILDERN IN DIESEM HEFT

»Im Dienst der Menschen« zeigt Mitarbeitende des Caritasverbands für die Stadt Oberhausen in ihren verschiedenen Tätigkeitsfeldern. Von der Suppenküche bis zur Jugendhilfe, von der Arbeit mit psychisch Kranken bis zur Wohnungslosenhilfe. Die Fotos stellen dabei bewusst die handelnden Menschen in den Vordergrund, die mehr als nur einen normalen Job tun, sondern sich ganz ihrer sozialen Aufgabe widmen.

Titelbild: Christiane Beusing – Großküche Wohnungslosenhilfe (Foto: Sommer)

OECD vergleicht Bildungsniveaus

OECD-Bildungsbericht 2009: Internationale Niveaus und Bedingungen von Bildungssystemen auf einen Blick

Welche Bildungssysteme sind effizient? Was kann man von der Bildungspolitik anderer Länder lernen?

Die aktuelle Ausgabe von „**Bildung auf einen Blick – OECD Indikatoren**“ ermöglicht jedem Land, sein eigenes Bildungssystem im Verhältnis zu anderen Ländern zu betrachten: OECD-Indikatoren vergleichen die Bildungsniveaus und Bedingungen für Bildung der OECD-Länder untereinander. Sie erfassen, wer sich am Bildungswesen beteiligt, was dafür aufgewendet wird, wie Bildungssysteme operieren und welche Ergebnisse sie erzielen. Vom Vergleich von Schülerleistungen in Schlüsselfächern über den Zusammenhang zwischen Abschlüssen und Einkommen bis hin zu den Aufwendungen für Bildung und den Arbeitsbedingungen für Pädagogen legt die Studie umfassendes statistisches Material vor.



OECD (Hg.)
**Bildung
auf einen Blick 2009**

OECD-Indikatoren

2009, 526 S.,

Einzelbezug:

69,- € (D)/112,- SFr

Günstiger im Abonnement:

53,- € (D)/86,- SFr

ISBN 978-3-7639-3512-3

Best.-Nr. 6001821c

www.wbv.de

W. Bertelsmann Verlag

Bestellung per Telefon **0521 91101-11** per E-Mail service@wbv.de



WIRTSCHAFTSKRISE

Weiter so? Mehr davon?

Kirchliches Sprechen in der Krise

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Befassung mit den Grundsatzfragen unserer Wirtschaftsordnung neu auf die Tagesordnung gesetzt. Genauer gesagt: Sie hat die Zweifel daran, dass hier im Prinzip alles in Ordnung ist, nachdrücklich bestätigt. Sie hat, nach zahlreichen Anfragen und Anklagen, die in den letzten Jahren an die Weltwirtschaft und ihre Hüter gerichtet wurden, unübersehbar gemacht, dass die universelle Ausbreitung der Marktwirtschaft die Menschheit an den Rand des Abgrunds zu bringen vermag. Im Angesicht des drohenden Kollapses müsse man unverzüglich handeln, hieß es allgemein, analysieren könne man später. Die Politik jedenfalls wollte nicht warten und reagierte als Feuerwehr – auch in unkonventioneller Weise, mit Maßnahmen, wie sie früher kaum Linksparteien zu fordern wagten. Sie reklamierte die staatliche Zuständigkeit, rettete Banken, leitete Konjunkturförderung in die Wege, kurzum: stabilisierte den »Blutkreislauf« unseres Wirtschaftslebens, die Geldzirkulation.

Besinnung und Reflexion

Wie die Sache weitergeht, ist ungewiss. In Deutschland wird, nachdem das Superwahljahr nun zu Ende ist, die Politik in Folge des selbst auferlegten Handlungszwangs wohl eine Stunde der Wahrheit einläuten. Und es wird sich zeigen, was die finanzpolitischen Rettungsaktionen – die den wirtschaftlichen Flächenbrand mit demselben Mittel bekämpften, das ihn auslöste, nämlich mit einer gigantischen Geldzufuhr – für das wirtschaftliche Leben erbracht haben. Man darf hoffen, dass dies auch eine Stunde der Analyse und Reflexion wird und zu einer breiten

Diskussion führt. Die Erwachsenenbildung wird auf jeden Fall einen Beitrag zu leisten haben (vgl. den Kommentar »Ökonomische Bildung« in EB 4/08) – und sie hat ja kirchlicherseits einiges an Ermunterung erfahren. Speziell die katholische Soziallehre hat sich in der deutschen Diskussion prononciert zu Wort gemeldet, Erzbischof Marx kam mit seinem »Kapital« genau zum richtigen Zeitpunkt auf den Markt (vgl. die Vorstellung in EB 1/09).

Die Forderung nach einer ethischen Besinnung findet angesichts der allseits festgestellten Profitgier breite Zustimmung, hier rennen die kirchlichen Ermahnungen offene Türen ein. Gefragt ist jetzt aber eine deutlichere Bestimmung dessen, was im Wirtschaftsleben im Argen liegt. Reinhard Marx, Vorsitzender der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), formulierte im Frühjahr 2009 Eckpunkte einer kirchlichen Positionierung, nachdem sich die Vollversammlung der deutschen Bischöfe mit einem Studienteil der »Frage nach dem kirchlichen Sprechen in der Krise« gestellt hatte. Im Sommer 2009 veröffentlichte auch der Rat der EKD seine Schrift »Wie ein Riss in einer hohen Mauer« über die globale Finanz- und Wirtschaftskrise; darin fordert die evangelische Kirche eine ethische Neuorientierung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft (s.u.).

Mit dem öffentlichen Interesse wird ein altes Thema der katholischen Soziallehre wieder virulent: das Verhältnis von Gesinnungs- und Strukturreform. Marx hatte Ende 2008 im Spiegel-Interview (44/08) betont, dass man wohl »auch Strukturen verändern« müsse. Zum Erscheinen der Sozialzyklika von Benedikt XVI. erklärte er im FAZ-Interview (10.7.2009), dass es dem

Erwachsenen-BAföG

Ein steuerfinanziertes Erwachsenen-BAföG sowie die Einhaltung des Ausbildungspaktes hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) im Sommer 2009 als Konsequenz aus seiner neuesten Studie gefordert. Diese hatte ergeben, dass in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise besonders jüngere und ältere Menschen von steigender Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die Studie analysiert die Entwicklung der ersten fünf Monate des Jahres 2009 anhand von Daten der Bundesagentur für Arbeit. Demnach werden die Älteren häufig wegen angeblich geringerer Leistungsfähigkeit entlassen und die Jüngeren schaffen nur schwer den Einstieg ins Arbeitsleben. »Jetzt müssen Unternehmen alles tun, um die Ausbildungslücke zu schließen und wenigstens den Versprechungen aus dem Ausbildungspakt nachzukommen«, forderte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Zudem brauche es ein steuerfinanziertes Erwachsenen-BAföG, um das Motto »lebenslanges Lernen« konkret umzusetzen und auch Erwachsenen zu ermöglichen, Schul- und Berufsabschlüsse nachzuholen.

Neu: eMagister

Eine der Aufgaben der zum Deutschen Bildungsserver gehörenden Kurssuchmaschine InfoWeb Weiterbildung (IWWB) ist die fortlaufende Einbindung von Datenbanken mit Weiterbildungsangeboten, um eine möglichst umfassende Kursuche zu ermöglichen. Mit der zum Sommer 2009 aktuell integrierten Datenbank emagister.de stehen weitere 55.000 Kursangebote zur Recherche zur Verfügung. Die Kurse von emagister.de und die Kurse aus 66 weiteren Datenbanken sind aktuell beim InfoWeb Weiterbildung (IWWB) recherchierbar. Netzadresse: www.iwwb.de.

Papst »um eine neue Zuordnung von Staat, Markt und Gesellschaft unter den neuen Bedingungen einer umfassenden Globalisierung« gehe. »Dass eine Erklärung der Finanzkrise durch individuelles Fehlverhalten fehlerhaft und unzulässig« ist, machte z.B. der katholische Sozialethiker Friedhelm Hengsbach in seinem Plädoyer »Für eine Wirtschaftsdemokratie ohne Finanzkapitalismus« (Blätter für deutsche und internationale Politik 5/09) in pointierter Weise deutlich.

Hengsbach verwies auch auf die gezielte Desinformationsleistung, die mit der Reduktion auf eine persönliche Gesinnungs- und Haltungsfrage verbunden ist. Die moralische Empörung der Bevölkerung werde »durch Schimpfkanonaden der Politiker aufgewühlt«, mit der Folge, dass die eigentlichen Ursachen des Desasters aus dem Blick gerieten. Der Personalisierung des Problems assistiere eine auf reißerische Berichterstattung eingestellte Öffentlichkeit, wobei Hengsbach als »Gipfel verharmlosender Individualisierung« die Spiegel-Titelstory (11/09) über den Zweikampf des US-Finanzministers mit dem Chairman von Lehman Brothers anführte. Weitere Beispiele lassen sich in den populären Enthüllungsberichten, Anklageschriften, Schmähungen unfähiger »Bankster« etc. finden (vgl. die Buchvorstellung in EB 2/09). Es wäre in der Tat, auch wenn die juristische Klärung einzelner Fälle nötig ist, ein fragwürdiger Schluss, das Problem auf einzelne Bankvorstände oder Anlageberater zu verschieben und den wirtschaftspolitischen Kurs der letzten Jahrzehnte freizusprechen.

Marktwirtschaft ahoi?

Man muss die Lage beim Namen nennen: Eine Milliarde Menschen hungert in der globalen Marktwirtschaft; jedes Jahr sterben mehrere Millionen Kinder an Unterernährung, heilbaren Krankheiten, schlechtem Trinkwasser – solche Hungersnöte werden sonst in Schwarzbüchern aufgeschrieben und den betreffenden Regimen angelastet. Zur Halbzeit der Milleniumsziele wird klar, dass das »ehrgeizige« Ziel der

Halbierung der extremen Armut (es würden nur noch 500 Millionen hungern!) wohl nicht erreichbar ist – weil der politische Willen fehlt und nicht die Ressourcen. Zur gleichen Zeit werden sich die UN über die Bedrohung durch die Klimakatastrophe klar: Die globalisierte Marktwirtschaft erweist sich als zukunftsunfähig, »der Klimawandel« dokumentiert »das größte Versagen des Marktes, das die Welt je gesehen hat«, wie der ehemalige Weltbank-Ökonom Nicholas Stern 2006 in seinem berühmten Bericht für die UN schrieb, der zu dem neuen weltpolitischen Konsens in Sachen Klima führte (vgl. EB 1/09).

Angesichts einer solchen Situation auf den Markt als Allheilmittel zu setzen und ein »Weiter so« zu fordern kann, wie etwa Bischof Wolfgang Huber bei der Präsentation der EKD-Schrift betonte, nicht das Gebot der Stunde sein. Und Reinhard Marx hat in seinem Aufsatz über »die soziale Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung« (Politische Meinung, Juni 2009) daran erinnert, dass es in der katholischen Soziallehre eine Tradition der Kapitalismuskritik gibt, die dem Markt mit seinem Prinzip des freien Wettbewerbs »eher ablehnend« gegenübersteht. Als wichtiges Dokument wäre hier die Enzyklika »Quadragesimo anno« (1931) von Pius XI. zu nennen. Doch ist leider von dieser Traditionslinie heute wenig zu spüren. Bei Marx hat man z.B. den Eindruck, dass er die Überwindung dieser Traditionslinie für einen Fortschritt hält, und sein Lob der Marktwirtschaft im genannten Aufsatz weist ebenfalls in diese Richtung.

Effizienz und Gerechtigkeit sind laut Marx die beiden Momente, durch die sich die Marktwirtschaft auszeichnet. Das ist ein erstaunliches Lob. Nicht nur, dass die Finanzkrise die merkwürdige Leistungsfähigkeit dieses Wirtschaftssystems offenbart hat, sich bis zur Selbsterstörung vorzuarbeiten – der Wirtschaftswissenschaftler und »Wirtschaftsweise« Peter Bofinger hat letzt den Destruktionskräften des Marktes ein ganzes Buch gewidmet (»Ist der Markt noch zu retten?«, 2009).

Hinzu kommt, dass auch in den konjunkturellen Phasen des Aufschwungs, die regelmäßig in einem Abschwung enden, die Effizienz darin besteht, ein Wirtschaftswachstum zustande zu bringen, das in erfolgreicher Kapitalvermehrung besteht und nicht in der Versorgung der Bevölkerung. Davon legt die Überprüfung des anderen Kriteriums, der sozialen Gerechtigkeit, Zeugnis ab. Wie etwa die seit zehn Jahren in Deutschland stattfindende Armuts- und Reichtumsberichterstattung belegt, öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr, zeigt sich also wachsende Ungerechtigkeit. Bischof Marx hat in seinem »Kapital« dazu eine erschreckende Bilanz vorgelegt.

Kompliziert wird die Diagnose dadurch, dass im Blick auf Deutschland, so auch im Aufsatz von Marx, immer wieder von der sozialen Marktwirtschaft die Rede ist; Marx sieht sie »vom Leitbild eines dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus« geprägt. Diese Redeweise, die der Papst in seiner neuen Sozialenzyklika übrigens nicht verwendet (und die auch von seinem Vorgänger verworfen wurde), hat etwas Verschleiernes an sich. Rund 50 Jahre lang hieß es in der Bundesrepublik, dass der Kapitalismus überwunden sei – und das K-Wort war auch aus der politischen und wissenschaftlichen Debatte verbannt. Nach dem Ende des realen Sozialismus kam es wieder in Umlauf und mit der neuesten Krisenlage zeigt sich allenthalben, dass es der Wirtschaftsordnung in Deutschland angemessen ist: Diese ist eben kein Drittes, sondern integraler Bestandteil des Weltkapitalismus, sie kann sich seiner Krisendynamik nicht entziehen, sie hat teil an seinen weltweiten Verelendungsprozessen und setzt unvermindert die »soziale Frage« auf die Tagesordnung – also die Herausforderung, die im 19. Jahrhundert zur Entstehung der sozialistischen Arbeiterbewegung wie der katholischen Sozialbewegung führte.

Wenn Bischof Marx die soziale Marktwirtschaft als Lösung betrachtet und daran erinnert, dass deren Gründerväter vom christlichen Menschenbild

ausgegangen sind, dann muss man das Debakel dieses Programms zur Kenntnis nehmen: Entweder ist es ein Projekt, das noch gar nicht in Gang gekommen ist und das als wirkliche Alternative erst noch zu bestimmen wäre, oder es war eben nicht mehr als der fromme Wunsch, dass der in Deutschland nach 1945 wieder installierte Kapitalismus dank diverser sozialstaatlicher Maßnahmen (die ja nicht erst von Adenauer erfunden wurden) mit seinen Widersprüchen versöhnt sei. Das bei Christlich-Sozialen wie Heiner Geißler oder Norbert Blüm anklingende Argument, soziale Marktwirtschaft sei während ihrer Amtszeit verwirklicht gewesen und erst nachher durch »neoliberale« Politiker ruiniert worden, klärt hier nichts. Denn auch dann bleibt es dabei, dass diese Form der Marktwirtschaft keine wirkliche Substanz hat, umstandslos in den Sog der weltwirtschaftlichen Dynamik hineingerissen wird und schlussendlich wie alle anderen Nationalökonomien bei der schwersten Krise landet, die die Welt seit 1929 gesehen hat. Soziale Marktwirtschaft ist nicht viel mehr als eine Illusion, könnte man belehrt durch den Verlauf von 60 Jahren Wirtschaftsgeschichte resümieren.

Dass Politiker wie Merkel oder Steinbrück die soziale Marktwirtschaft als Ausweg aus der Krise propagieren, mag man als Notwendigkeit des politischen Betriebs interpretieren, in schweren Zeiten Optimismus zu verbreiten; denn die seltsame Welt des Finanzkapitalismus könnte ja, wie man jetzt erfährt, schon allein durch pessimistische Prognosen und Vertrauensverlust in den Absturz getrieben werden. Man sollte aber nicht vergessen, dass solche auf G 20- und anderen Gipfeln gemachten Ansagen zur Überlegenheit des deutschen Wirtschaftsmodells auch eine Anmaßung darstellen: Soll die Welt wieder einmal am deutschen Wesen genesen? Außerdem gibt es zum Anspruch auf eine solche spezielle Problemlösungskompetenz in der deutschen Situation, siehe oben, gar keinen Grund. Aber vielleicht wird das internationale Krisenmanagement ja gar nicht durch Sachkompetenz

bestimmt, sondern ist schlicht eine Machtfrage?

Diskussionsangebot

Was Marx als Ergebnis der Frühjahrs-Vollversammlung formuliert hat, ist wichtig als Anregung und Anstoß für einen Diskussionsprozess, der nicht mit einem fertigen Modell beginnt, sondern Selbstvergewisserung mit Klärungsangeboten verbindet. Sieben Eckpunkte werden in dem DBK-Papier genannt. Erstens heißt es: »Im Mittelpunkt steht immer der Mensch.« Es kann also nicht um einen Wachstums- oder Stabilitätsfetischismus gehen, vorrangig ist vielmehr die Option für die Armen, die Parteilichkeit für die Opfer. Zweitens wird die Notwendigkeit der Ursachenforschung betont. Klar sei so viel: »Es gibt eine Krise im System.« Aber ein Systemwechsel sei nicht gewollt, sondern eine »Erneuerung im Sinne einer Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft«. Diese ist also so gut wie tot und muss erst wieder neu belebt werden...

Drittens werden – bei aller Zurückhaltung im Blick auf ein fertiges Reformprogramm – durchaus Vorschläge zur Reform der internationalen Finanz-

märkte gemacht (Bankenregulierung, realistische Renditeziele, maßvolle Managergehälter, an Geldstabilität orientierte Geldpolitik). Viertens sei das Verhältnis von Staat und Markt zu überdenken und neu zu justieren. Fünftens fällt zum wiederholten Male ein Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, die auch auf internationaler Ebene wegweisend sein soll. Sechstens wird eine Wirtschaftspolitik angemahnt, die den Welthandel im Blick hat und den Standpunkt nationaler Krisenrettungsprogramme überwindet. Siebtens wird bereits über das Krisenmanagement hinaus gedacht: Die enorme Staatsverschuldung müsse wieder abgebaut, gleichzeitig aber der Blick auf die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts (Ernährungssicherheit, Armutsbekämpfung, Klimawandel) gerichtet werden.

In die Eckpunkte mag die eine oder andere wirtschaftspolitische Festlegung, die selbst noch zu diskutieren wäre, eingeflossen sein, insgesamt wird hier aber das Bewusstsein deutlich, dass man »Partner im Dialog« sein muss und sein will, um die notwendigen Veränderungen des wirtschaftlichen Ordnungsrahmens auf den Weg zu bringen. *Johannes Schillo*

EKD: Wirtschaft muss Vertrauen erneuern

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Wolfgang Huber, hat an die Arbeitgeber appelliert, das Vertrauen in die Wirtschaft zu erneuern. Huber erklärte im Sommer 2009, die Akteure selbst müssten sich bemühen, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Dies müsse neben der Bewältigung der Finanzkrise und deren Folgen für die Unternehmen höchste Priorität haben. Wenn in Umfragen nur noch jeder zehnte Bürger angebe, er könne der Wirtschaft und dem Markt vertrauen, sei dies ein »Alarmzeichen«. Vertrauen sei schwerer aufzubauen als neues Kapital. Unternehmer und Manager als Personen des öffentlichen Lebens müssten Tugenden vorleben.

Huber verwies auch auf die Stellungnahme der EKD »Wie ein Riss in einer hohen Mauer« zur Wirtschafts- und Finanzkrise (EKD-Texte, Nr. 100, Bezug: www.ekd.de). Darin fordert die evangelische Kirche eine ethische Neuorientierung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Mit Blick auf die neue Sozialzyklika von Papst Benedikt XVI. sagte Huber, er sei nicht der Auffassung, dass eine einzige Instanz eine Art Weltethos repräsentieren könne. Vielmehr müsse man die Pluralität der Werte und Religionen ernst nehmen, das Gemeinsame erkennen und den Konsens in ethischen Fragen zu stärken versuchen. Christen könnten »das Ihre selbstbewusst, aber nicht mit einem Alleinvertretungsanspruch einbringen«, resümierte Huber.

POSITION

Dr. Hubert Wissing



Referent für Gesellschaftspolitik
beim Kolpingwerk Deutschland

Solidarisch und gerecht

**Die Sockelrente als sozialetisch
motivierte Herausforderung
für Sozialpolitik und politische
Erwachsenenbildung**

Die Rente ist wieder im Gespräch. Nach einschneidenden Reformen in den letzten zehn Jahren werden mehr und mehr Stimmen laut, dass nicht allein der demografischen Entwicklung begegnet werden müsse, sondern auch dem künftig wieder steigenden Altersarmutsrisiko. Die Wohltaten für die aktuelle Rentengeneration im Wahljahr sind sicherlich nicht dazu angetan, diesen beiden langfristigen Herausforderungen gerecht zu werden. Aber in der rentenpolitischen Diskussion wird auch über den Tag hinaus gedacht, um die Rentenversicherung dauerhaft tragfähig auszugestalten. Dabei sticht der Vorschlag von fünf katholischen Verbänden, darunter das Kolpingwerk Deutschland, hervor, der durch eine dezidiert sozialetische Motivation gekennzeichnet ist.

Solidarität und Gerechtigkeit

Unter der Überschrift »Solidarisch und gerecht« präsentieren die Verbände ein Sockelrentenmodell als sozialpolitische Reformoption und berufen sich auf die sozialetischen

Prinzipien Solidarität und Gerechtigkeit.

Solidarität heißt dabei, dass mehr als im geltenden Recht die starken Schultern für die Schwächeren einstecken, dass es also eine Umverteilung von über- zu unterdurchschnittlichen Rentenanwartschaften geben sollte. Noch stärker ist allerdings der Impuls, dass jedes Mitglied der Versicherungsgemeinschaft solidarisch Verantwortung für sich und andere übernehmen und dazu in die Lage versetzt werden muss.

Es muss sich also auch für die Geringverdiener lohnen, den Generationenvertrag einzuhalten und zur Alterssicherung beizutragen. Wer einzahlt, muss daher im Alter über dem Grundsicherungsniveau liegen. Damit kommt auch der Aspekt der Gerechtigkeit ins Spiel. Gerade für die Bezieher unterdurchschnittlicher Erwerbseinkommen droht der rentenpolitische Grundsatz der Äquivalenz (Leistungs- und Beitragsgerechtigkeit) in kommenden Jahren mehr und mehr obsolet zu werden, da sich ihre Rentenanwartschaften nach den Anpassungen der Rentenformel unter der rotgrünen Bundesregierung in vielen Fällen nicht mehr signifikant von der Grundsicherungsschwelle abheben werden. Gerechtigkeit spielt weiterhin auch hinsichtlich der Anerkennung der spezifischen Lebensleistung von Frauen und Männern eine Rolle, u.a. bei der Berücksichtigung der Kindererziehung und der Pflege in der Rente. All diese sozialetischen problematischen Punkte der derzeitigen Rentenpolitik werden im Modell der katholischen Verbände aufgegriffen. Zentrales Element ist eine von der Erwerbsbiografie unabhängige Sockelrente, die für alle Einwohner/innen ein Mindestniveau absichern soll und damit zugleich armutsvermeidend wirkt und Anreize für den Erwerb zusätzlicher Rentenanwartschaften setzt.

Mit ihrem Modell haben die katholischen Verbände inzwischen eini-

ge rentenpolitische Aufmerksamkeit erfahren, was u.a. einem Gutachten des Münchener ifo Instituts für Wirtschaftsforschung zu verdanken ist, das dem Modell die Finanzierbarkeit und die Verfassungskonformität attestiert. Das Sockelrentenmodell bietet den Verbänden als sozialkatholischen Akteuren aber nicht nur die Chance, sozialetische Prinzipien politisch zu kommunizieren. Ebenso groß ist die Chance und Herausforderung, diesen Zusammenhang von Sozialetik und Sozialpolitik auch im eigenen Umfeld präsent zu machen.

Christliche Werte ernst nehmen

Hier könnte die Stunde der politischen Erwachsenenbildung schlagen. Zahlreiche Bildungsangebote zu diesem Thema innerhalb des Kolpingwerkes wie auch bei den anderen beteiligten Verbänden leisten hier bereits einen Beitrag zur sozialetischen und -politischen Profilierung nicht nur nach außen, sondern auch nach innen. Die rentenpolitische Reformalternative mit sozialkatholischer Handschrift verdient auch über die Grenzen der beteiligten Organisationen hinaus Gehör zu finden. Es gilt mit diesem Profil auch in die so genannte Amtskirche auszustrahlen und über die solidarische und gerechte Rente in Pfarrgemeinden, Räten und Akademien sowie auch konfessionsübergreifend ins Gespräch zu kommen. Denn es ist an der Zeit, christliche Werte von der Politik nicht nur in Sonntagsreden aller Art global einzufordern, sondern sie auch konkret politisch auszubuchstabieren und so zu verdeutlichen, dass es den Christen mit ihren Werten sehr ernst ist und sie politisch ernst zu nehmen sind.

Weitere Informationen und Materialien für die Bildungsarbeit unter www.buendnis-sockelrente.de

MIGRANTENBILDUNG

Bericht zur Integration

Staatsministerin Maria Böhmer stellte zum Sommer 2009 den »Ersten Integrations-Indikatorenbericht« vor. »Der Indikatorenbericht bestätigt den Kurs der Bundesregierung in der Integrationspolitik. Wir haben seit 2005 die richtigen Schritte eingeleitet. Die Maßnahmen des Nationalen Integrationsplans zeigen erste Erfolge. Unser Ziel haben wir jedoch noch lange nicht erreicht«, erklärte Böhmer zu dem Bericht, den das Bundeskabinett zustimmend zur Kenntnis nahm. Der Indikatorenbericht untersucht Stand und Verlauf der Integration in Deutschland von 2005 bis 2007. Er wurde unter Leitung wissenschaftlicher Experten erstellt, wobei er an ein Set von 100 Integrationsindikatoren anknüpft, das das Bundeskabinett 2008 verabschiedet hatte. Das Indikatorenset beinhaltet 14 Themenfelder, u.a. die Bereiche Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt, soziale Integration und Einkommen, Wohnen, Gesundheit, Mediennutzung und Kriminalität.

Laut Indikatorenbericht konnten vor allem im Bildungsbereich Fortschritte erzielt werden. So sank die Zahl ausländischer Schulabbrecher von 17,5 % im Jahr 2005 auf 16,0 % 2007. Bei den in Deutschland geborenen Kindern aus Zuwandererfamilien liegt der Anteil 2007 mit 2,2 % bereits unter dem Niveau für die Gesamtbevölkerung (2,3 %). »Diese Zahlen machen Mut und belegen: Bildungsfortschritte sind möglich. Zugleich dürfen wir bei unseren Bemühungen nicht nachlassen. Bildung ist der Schlüssel für Integration und zugleich das Schutzschild gegen Arbeitslosigkeit. Deshalb ist es wichtig, dass die Länder ihre im Nationalen Integrationsplan gemachten Zusagen einhalten und insbesondere Schulen mit einem Migrantenanteil speziell fördern«, erklärte die Integrationsbeauftragte. Wichtig für einen Bildungserfolg der Migranten sei die Beherrschung und die Anwendung

der deutschen Sprache, insbesondere auch im Elternhaus, weshalb die große Resonanz auf die Integrationskurse des Bundes umso erfreulicher sei, erklärte Böhmer. Mehr als eine halbe Million Menschen hätten sich seit 2005 entschieden, in den Kursen Deutsch zu lernen. Laut Indikatorenbericht haben mehr als zwei Drittel der Prüfungsteilnehmer den Sprachkurs erfolgreich bestanden. »Über diesen großen Erfolg freue ich mich sehr. Denn er zeigt: Immer mehr Migranten erkennen, wie wichtig es ist, die deutsche Sprache zu beherrschen. Ohne Sprachkenntnisse ist man nur

Zaungast in unserem Land«, so die Ministerin.

Fortschritte gibt es laut Bericht auch in anderen Themenfeldern wie bürgerschaftliches Engagement und Wohnen. Migranten, die in Deutschland geboren wurden, sind demnach fast genauso häufig ehrenamtlich tätig wie Menschen ohne Migrationshintergrund. Noch keine Erfolge konnten bisher auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gemacht werden. Jugendliche aus Zuwandererfamilien haben es nach wie vor deutlich schwerer als gleichaltrige Einheimische, einen Ausbildungsplatz zu finden. Chancen und Defizite der Integrationspolitik spielten auch im Wahlkampf 2009 eine Rolle. So forderte das Deutsch-Türkische Forum in der nordrhein-westfälischen CDU einen Bundesintegrationsminister.

60 Millionen für die Weiterbildung

Die besten Konzepte deutscher Kommunen für innovative regionale Bildungsangebote im Rahmen des Projektes »Lernen vor Ort« wurden vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ausgezeichnet. »Mit dem 60 Millionen Euro umfassenden Programm stärken wir in einer einmaligen Partnerschaft aus Bund, Kommunen und Stiftungen den Standortfaktor Bildung«, sagte die Staatssekretärin im BMBF, Cornelia Quennet-Thielen, in Berlin.

Bei den nun ausgewählten Kommunen sind Großstädte ebenso vertreten wie kleine und mittlere Kommunen in Ballungszentren und in ländlichen Regionen. Zur Umsetzung ihrer Ziele richten viele Kommunen Bildungsbüros ein. Hier werden erstmals die auf verschiedene Ämter und Dezernate verteilten Bildungszuständigkeiten koordiniert. Die Bürgerinnen und Bürger können sich bei dieser zentralen Anlaufstelle über die (Weiter-)Bildungsangebote ihrer Kommunen informieren und sich beraten lassen.

An einer ersten Auswahlrunde im Februar dieses Jahres hatten sich über 200 Kreise und kreisfreie Städte beteiligt. 57 Standorte wurden daraufhin zur Antragstellung aufgefordert. Eine Jury hat aus dieser Gruppe nun 40 Konzepte ausgewählt, die ab September 2009 an den Start gehen sollen. Bei den ausgewählten Kommunen handelt es sich um 17 Kreise und 23 Städte aus 15 Bundesländern.

»Lernen vor Ort« ist ein zentraler Bestandteil der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung, die unter dem Motto »Aufstieg durch Bildung« Bildungsangebote innovationsbereiter Kommunen zunächst drei Jahre lang fördert. Besonders erfolgreiche und transferfähige Vorhaben können um weitere zwei Jahre verlängert werden. Hierfür stellen das BMBF und der Europäische Sozialfonds 60 Millionen Euro zur Verfügung. Ein aus 29 Stiftungen bestehender und eigens gegründeter Stiftungsverband, dem über 80 weitere Stiftungen assoziiert sind, unterstützt die Kommunen durch Patenschaften. Jeder ausgewählte Standort kann von einer Stiftung in einer »lokalen Grundpatenschaft« unterstützt werden. Neben der Grundpatenschaft können die Stiftungen auch »Themenpatenschaften« zu einzelnen Schwerpunkten der kommunalen Projekte übernehmen.

VERBUNDSTATISTIK

DIE: aktuelle Daten zur allgemeinen Weiterbildung

Zum sechsten Mal veröffentlicht das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE), Bonn, die »Weiterbildungsstatistik im Verbund«, in der Daten aus fünf großen Organisationen allgemeiner und politischer Weiterbildung zusammengefasst sind. Das kommentierte Tabellenwerk enthält umfassende Informationen zu Rechtsformen, Personal, Finanzierung und Veranstaltungsprofilen der beteiligten Weiterbildungsorganisationen und steht kostenlos im Internet zur Verfügung.

Am »Verbund Weiterbildungsstatistik« sind der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (BAK AL), die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) und die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) beteiligt. Hinzu kommt als assoziierter Partner der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV). Von ca. 1.960 Einzeleinrichtungen dieser Dachverbände lagen Daten für das Jahr 2007 vor, die vom DIE ausgewertet wurden. Die Verbundstatistik deckt etwa ein Fünftel der Einrichtungen der organisierten Weiterbildung in Deutschland ab und leistet einen wichtigen Beitrag zur Transparenz über einen bedeutenden Teilbereich der Weiterbildungslandschaft.

Wichtige Ergebnisse aus der Verbundstatistik 2007 (auf die Grundgesamtheit von ca. 2.286 Einrichtungen hochgerechnet):

- Im Verbund wurden rund 1,1 Millionen Weiterbildungsveranstaltungen durchgeführt.
- Das Zeitvolumen der durchgeführten Veranstaltungen betrug insgesamt 22 Millionen Unterrichtsstunden.

- 2007 wurden 19 Millionen Teilnehmenden an Veranstaltungen der beteiligten Organisation gezählt.
- Die eingesetzte Personalkapazität umfasste bei den hauptberuflichen Mitarbeitenden 14.000 Stellen. Darüber hinaus waren bei den Einrichtungen 264.000 Menschen ehrenamtlich, neben- oder freiberuflich tätig.

- Die Teilnehmenden trugen über Entgelte und Gebühren 36 % der für die Weiterbildung eingesetzten finanziellen Mittel. 26 % wurden von den Trägern der Einrichtungen aufgebracht (inkl. kommunale Träger bei Volkshochschulen), 28 % stammten aus verschiedenen öffentlichen Haushalten. Die Einrichtungen warben 10 % sonstige Mittel ein. Das gesamte Finanzvolumen lag bei 1,4 Milliarden Euro.

Neben der Auswertung und Veröffentlichung der Daten bietet das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung auch individuell zugeschnittene statistische Auswertungen für die Verbundpartner sowie für Wissenschaft, Politik und Praxis.

Studie zu Familienzentren erschienen

Während des Fachkongresses »Familienzentren in Nordrhein-Westfalen – Eine Zwischenbilanz im Dialog mit den Nachbarn« in Aachen stellte das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes Familienzentren (s. EB 4/2008) vor.

Für die Studie wurden unter anderem Jugendämter, die Kooperationspartner Familienbildung und Familienberatung sowie Eltern befragt. Alle Befragten stellen den Familienzentren gute Zeugnisse aus. Eltern wünschen sich von den Familienzentren vor allem die Förderung der Bildungschancen ihrer Kinder, konkrete Hilfestellungen bei der Erziehung und gut ausgebaute Betreuungsangebote, um Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können. Die wissenschaftliche Begleitung wurde von der Pädagogische Qualitäts-Informationssysteme gGmbH (PädQUIS) unter der Leitung von Professor Dr. Wolfgang Tietze durchgeführt.

Einen wesentlichen Teil der Familienbildungsarbeit gewährleisten in den

Familienzentren die Einrichtungen der Familienbildung. In der Broschüre »Familienzentren in Nordrhein-Westfalen – Neue Zukunftsperspektiven für Kinder und Eltern – Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung im Überblick« wird der Beitrag der Familienbildungsstätten und sonstiger Einrichtungen der Familienbildung positiv bewertet. Allerdings verweisen die wissenschaftlichen Ergebnisse auch auf politischen Handlungsbedarf bezüglich der zur Verfügung zu stellenden Ressourcen: »Mit Blick auf die Zukunft wird eindringlich darauf hingewiesen, dass bei einer wachsenden Anzahl von Familienzentren und der gewünschten Intensität und bedarfsgerechten Abstimmung der Zusammenarbeit ohne weitere finanzielle und Personalressourcen ein Qualitätsverlust bei den Bildungsangeboten zu befürchten ist.«

In Nordrhein-Westfalen wurden bereits rund 1.500 Familienzentren verwirklicht. Bis zum Jahr 2012 sollen sich insgesamt 3.000 Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren weiterentwickeln.

KBE-MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Dr. Bertram Blum bestätigt



Nach der Vorstandswahl in München: Bundesgeschäftsführer Markus Tolksdorf, Vorsitzender Dr. Bertram Blum, und die Vorstandsmitglieder Elisabeth Vanderheiden (stellv. Vorsitzende), Dr. Hartmut Heidenreich, Franz-Josef Volmert, Domkapitular Dr. Helmut Gabel, Dr. Alois Becker (stellv. Vorsitzender) und Prof. Dr. Ralph Bergold

Auf der Mitgliederversammlung der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) im Kardinal-Wendel-Haus der Katholischen Akademie in Bayern vom 15. bis 17. Juni 2009 wurde Dr. Bertram Blum (Eichstätt) für weitere drei Jahre als Bundesvorsitzender bestätigt. Weiterhin wurden gewählt: die beiden stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Alois Becker (Hamminkeln) und Elisabeth Vanderheiden (Mainz) sowie vier weitere Vorstandsmitglieder: Prof. Dr. Ralph Bergold (Bad Honnef), Domkapitular Dr. Helmut Gabel (Würzburg), Dr. Hartmut Heidenreich (Mainz) und Franz-Josef Volmert (Paderborn).

Die Mitgliederversammlung verabschiedete während ihrer Konferenz ferner Korrekturen an der Satzung, die der effizienteren und noch profilierteren inhaltlichen Arbeitsweise und verbindlicheren Kommunikation dienen.

Inhaltlicher Schwerpunkt war die Vorstellung des Grundlagenpapiers der KBE zur Intergenerationellen Bildung »Leben. Miteinander. Lernen«, das von Professor Dr. Alois Baumgartner (München) und Professor Dr. Tilly Miller (München) als zukunftsweisende und mutige Positionierung gewürdigt wurde. Das Papier, das

die KBE-Kommission »Altenbildung« erstellt hat, wurde im Rahmen eines Gespräches auch dem Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Siegfried Schneider (CSU) zusammen mit dem Jahresbericht 2008 übergeben.

Positionierung innerhalb der Kirche

Ein wichtiges Thema für die KBE ist die Positionierung innerhalb der Kirche. Der Vorsitzende stellte in seinem Bericht zur vergangenen Amtsperiode klar, dass sich die katholische Erwachsenenbildung als Teil des kirchlichen Handelns sieht, aber mit eigenständigen Strukturen und sachgerechten Arbeitsweisen. Er verwies in diesem Zusammenhang auf Gespräche der KBE mit dem Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz, in denen ein »grundsätzliches Wohlwollen« des Sekretariats gegenüber der KBE spürbar gewesen sei.

Die Kooperation mit anderen katholischen Verbänden innerhalb der Erwachsenenbildung ist ein weiteres und anhaltendes Thema für die KBE. Gefragt nach den zukünftigen Schwerpunkten seiner Arbeit sagte Blum im Anschluss an die Versammlung, dass

etwa das Thema Familie, das von der zuständigen Bundesarbeitsgemeinschaft vertreten wird, ein »ganz wesentliches Element unserer Bildungsarbeit als Gesamtleistung« sei. Hier soll vor allem die Kooperation mit der BAG verstärkt werden. Thematisch werde sich die KBE außerdem in seiner neuen Amtsperiode mit der Engagementförderung und dem interreligiösen Dialog beschäftigen. Im Bereich der intergenerationellen Bildung habe die KBE bundesweit eine führende Rolle, was auch in Zukunft ausgebaut werden solle. Weiterhin werde sich die KBE für die allgemeine Weiterbildung stark machen und sich besonders im Feld der wertorientierten Bildung positionieren. Hier wolle die KBE enger mit der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung DEAE kooperieren.

Nicht neu, aber deswegen nicht unwichtig sei für Blum die bildungspolitische Arbeit – vor allem um in der derzeitigen schwierigen Situation die finanzielle Basis der KBE zu sichern. Hier seien weitere Gespräche mit dem Verband Deutscher Diözesen (VDD) nötig, aber auch jedes einzelne Mitglied sei gefordert, seinen Teil beizutragen.



Das neue Grundlagenpapier zur intergenerationellen Bildung

JUBILÄUM

50 Jahre Akademie Klausenhof

»Ihre Aufgabe ist unersetzlich!« Zum 50-jährigen Jubiläum der Akademie Klausenhof brachte die NRW-Ministerin für Schule und Weiterbildung, Barbara Sommer, viele lobende und anerkennende Worte mit. Rund 200 Vertreter aus Politik, Bildung und Wirtschaft waren in die Akademie gekommen, um das Jubiläum des Hauses, das 1959 von Kardinal Frings eingeweiht wurde, zu feiern. Der Klausenhof nehme daher eine hohe Verantwortung wahr, die sich in seiner katholischen, werteorientierten Ausrichtung zeige: »Die Menschen wollen Werte, sie leben und weitertragen.«

Damit bezog sie sich direkt auf Weihbischof Franz-Josef Overbeck (Münster), der betonte, dass Kirche einen Sozialauftrag für alle habe und so auch daran mitwirkt, dass Arbeit professionell werde. Diese Ausrichtung auf die Professionalität sei das Ethos der Arbeit, ein Ethos, der auch die Grundlagen des Glaubens darstellt. Der Klausenhof mit seiner Weiterbildung und katholischen Ausrichtung habe den Auftrag, dass »die Arbeit der Würde des Menschen zuträglich ist. Jede Bildungsarbeit will einen Beitrag leisten, der den Menschen dient und gleichzeitig auch Gott«.

Die Akademie Klausenhof wurde von der katholischen Landjugend als zentrale Bildungsstätte gegründet. Als ein freier Träger hat sich der Klausenhof in den 50 Jahren gut behaupten können. Problematisch sei derzeit, so der Bundesgeschäftsführer der katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in einer Diskussionsrunde, Markus Tolksdorf, dass kontinuierliche Bildungsarbeit schwieriger werde, da die Regelförderung zugunsten einer Projektförderung derzeit reduziert werde.

Als größte Sorge für die Zukunft bezeichnete der Direktor der Akademie,

Dr. Alois Becker, dass das Internat – die Akademie Klausenhof verfügt über 600 Übernachtungsplätze – immer weniger Beachtung finde, obwohl diese intensive Form der Bildungsarbeit gerade bei schwierigen Gruppen sehr erfolgreich sei. Er bitte außerdem um mehr Unterstützung für die Kurse mit jungen Migranten, die mittlerweile nicht mehr ausreichend öffentlich gefördert werden, obwohl sie seit mehr als 30 Jahren anerkannte Arbeit leisten. Außerdem kritisierte er die überbordende Bürokratie und den Preisverfall vor allem bei einigen Lehrgängen der Arbeitsagentur.

Seit seiner Gründung haben insgesamt 330.000 Teilnehmende die verschiedenen Kurse im Klausenhof besucht. Heute reicht das Spektrum der Bildungsarbeit von beruflicher Umschulung und Qualifikation über Schulabschlusskurse für junge Migranten, berufsvorbereitende Lehrgänge und außerbetriebliche Ausbildungen für Jugendliche und Sprachkurse für Menschen aus aller Welt bis hin zu kurzfristigen Schulungen und Seminaren (siehe dazu auch den Praxis-

bericht in diesem Heft).

Als größte katholische Bildungseinrichtung ist die Akademie Klausenhof seit vielen Jahren auch eng mit der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung verbunden. So ist der derzeitige Direktor Dr. Alois Becker stellvertretender Vorsitzender der KBE, die Geschäftsstelle der KBE arbeitet eng bei der Umsetzung von Projekten mit dem Klausenhof zusammen – wie derzeit beim EU-Projekt »European InfoNet Adult Education«. Außerdem ist die Akademie Klausenhof für die Redaktion der KBE-Zeitschrift »Erwachsenenbildung« zuständig.

50

KBE-Tagung »Wertvoll in die Zukunft«

Mit den Ergebnissen einer Studie zum ethischen Lernen in der Erwachsenenbildung innerhalb des KBE-Projekts »Ethisches Lernen in der allgemeinen Erwachsenenbildung« befasst sich eine Tagung am 8. Oktober 2009 im Franz-Hitze-Haus in Münster. Die Studie wurde von Gerhard Kruijff und seinen Mitarbeitern am Lehrstuhl für Christliche Anthropologie und Sozialethik in Mainz zusammen mit über 60 Erwachsenenbildnern erstellt. Anmeldung und Information: www.kbe-bonn.de



NRW-Ministerin für Schule und Weiterbildung Barbara Sommer und Klausenhofdirektor Dr. Alois Becker

KATHOLISCHE SOZIALLEHRE

eKath – Solidarität und Gerechtigkeit

Erfolgreich gestartet ist das Projekt »eKath« des Heinrich Pesch Hauses in Ludwigshafen. Gemeinsam mit dem Institut für Gesellschaftspolitik der Hochschule für Philosophie, Philosophische Fakultät S. J. in München wurde ein internetbasiertes Informations- und Kommunikationsangebot zu aktuellen Herausforderungen katholischer Soziallehre für den Einsatz in Schule, Hochschule, Erwachsenenbildung und Fortbildung bereitgestellt.

Expertenchat und Forum

»Da die katholische Soziallehre aus den Lehrbüchern vollständig verschwunden ist, möchten wir nun mit dem vom Heinrich Pesch Haus angebotenen Projekt die Gelegenheit nutzen, diese wichtige Verbindung zur katholischen Soziallehre herzustellen«, beschreibt ein Lehrer seine Motivation zur Teilnahme an diesem bundesweiten Projekt. Neben Expertenchats, von Wissenschaftlern moderierten Internetforen und einem Fotowettbewerb, bietet die Plattform nicht zuletzt die Möglichkeit, sich mit anderen Interessierten auszutauschen. Mit der Initiative eKath ergänzt das Heinrich Pesch Haus sein Weiterbildungsangebot konsequent durch online-basierte Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten (z.B.: www.e-globalisierung.de). Die Basis bildet eine eigens für diese Zwecke entwickelte online-basierte Lernumgebung. Das Konzept der Internetplattform baut auf bisherige Erfahrungen und didaktisch-methodische Kompetenzen im Weiterbildungsbe- reich auf und sucht andererseits den Veränderungen und aktuellen Herausforderungen am Weiterbildungsmarkt Rechnung zu tragen.

Für die wissenschaftlich fundierte Erstellung der Informationsbausteine

und die Beisteuerung von Informationen für das verwendete Grafik- und Bildmaterial konnten namhafte deutschsprachige Sozialethikerinnen und Sozialethiker gewonnen werden. Diese auf der Plattform bereitgestellten Inhalte und Materialien werden in den kommenden Wochen als Ringordner vorliegen. Neben den von den Autorinnen und Autoren verfassten Texten umfasst dieser die zugeordneten relevanten Quellentexte der katholischen Soziallehre, signifikante Literaturangaben, weiterführende Internetressourcen, veranschaulichende Grafiken sowie Aufgaben zur didaktisch-methodischen Erschlie-

ßung der Inhalte. Das eigens für den Online-Kurs erstellte Grafikmaterial wird aufbereitet und als einheitlicher Foliensatz in einem eigenen Ordner zusammengestellt. Beide Ordner können demnächst zu einem Preis im Set von 149 Euro erworben werden. Zurzeit plant die AKSB in Zusammenarbeit mit dem Heinrich Pesch Haus eine Ausweitung des Projektes auf weitere Zielgruppen in der Erwachsenenbildung.

Weitere Informationen finden Sie auf der Website des Projekts www.ekath.de. Informationen erteilt auch Katrin Zimmermann, zimmermann@hph-kirche.org.

ERZBISTUM PADERBORN

Stiftung für Bildung errichtet

Das Erzbistum Paderborn hat die Stiftung »Bildung ist Zukunft« errichtet. In einer Feierstunde in der Bildungsstätte Liborianum in Paderborn überreichte die Detmolder Regierungspräsidentin Marianne Thomann-Stahl die Stiftungsurkunde. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Hermann Kues, hielt den Festvortrag zum Thema »Gesellschaft lebt vom engagierten Miteinander«.

In seiner Festrede machte der Parlamentarische Staatssekretär Hermann Kues deutlich, dass die Stiftung des Erzbistums Paderborn den Nerv der Zeit getroffen habe: »Ob wir den Wandel annehmen und gestalten, oder ob wir ihn über uns ergehen lassen, das hängt entscheidend von der Bildung ab«, sagte er. Weiter führte Kues aus, dass es in der Bildung nicht nur auf Qualifikation und Wissen ankomme, sondern ebenso auf das Musische, die Herzensbildung, auf Neugier, auf Charakterbildung, auf Wertebewusstsein und nicht zuletzt auf Religion.

»Die Kirchen haben mit ihren Bildungszentren und Akademien Zentren geschaffen, die immer noch beispielgebend sind für das, was unsere Gesellschaft braucht: Debatte, Kontroverse, Dialog – das alles bei Achtung der Meinung des anderen und getragen von der Suche nach der besten Lösung der strittigen Probleme«, stellte Kues heraus.

Die Stiftung hat ein Startkapital von rund drei Millionen Euro, mit dem die kirchliche Bildungsarbeit unterstützt werden soll. Gefördert werden sollen innovative Projekte, insbesondere bei Kooperation und Vernetzung mehrerer katholischer Bildungsträger. Weiterhin können Anschubfinanzierungen für innovative Maßnahmen geleistet werden.

Außerdem wird die Stiftung eigene Maßnahmen wie Fachtagungen, Kongresse oder Vergabe von Innovationspreisen durchführen.

VON PERSONEN

Dr. Ralph Bergold, Leiter des Katholischen Sozialinstituts (KSI) in Bad Honnef, ist jetzt auch als außerplanmäßiger Professor für Religionspädagogik an der Universität Bamberg tätig. Bergold war zuvor Geschäftsführer der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) und gehört der Redaktion der Zeitschrift Erwachsenenbildung an.

Dr. Rainer Dvorak hat zum 1. September 2009 die Leitung der Katholischen Akademie Domschule Würzburg in Nachfolge von **Dr. Jürgen Thomassen** übernommen.

Dr. Hans-Hermann Henrix, von 1988 bis 2005 Direktor der Bischöflichen Akademie Aachen, ist von der Universität Salzburg der Titel eines Honorarprofessors verliehen worden.

Dr. Volker Otto, langjähriger Direktor des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (DVV) und in verschiedenen Funktionen als Theoretiker, Organisator und Experte für die Erwachsenenbildung tätig, ist im März 2009 verstorben.

Die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) hat auf ihrer Mitgliederversammlung 2009 neue Vorstandsmitglieder gewählt: Die langjährigen Vorsitzenden **Christina Wohlfahrt** und **Hans-Gerhard Klatt** wurden durch **Heike Wilsdorf** und **Wilhelm Niedernolte** abgelöst. Neu im Vorstand ist ferner **Dietmar Freiherr von Blittersdorff**.

Kurt Koddenberg (Foto li.) ist auf der Mitgliederversammlung in der Akademie Klausenhof zum neuen Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaft für Kath. Erwachsenen- und Familienbildung in Nordrhein-Westfalen (LAG KEFB) gewählt worden. Er löst **Dr. Heinz-Jörg Eckhold** ab.



EUROPA

Demokratie für Europa

Neben dem InfoNet-Netzwerk für die Fachöffentlichkeit der Erwachsenenbildung gibt es weitere europäische Netzwerke der Bildungsarbeit, so DARE, das die Aufgabe hat, der Demokratie- und Menschenrechtsbildung in Europa eine Stimme zu geben. Diese Stimme war im Frühjahr 2009 vor dem Ausschuss für Kultur und Bildung des Europaparlaments zu hören, wohin DARE zu einer Anhörung (exchange of views) geladen war. Frank Elbers von der niederländischen Mitgliedsorganisation HREA machte die Parlamentarier mit den Aufgaben des Netzwerks und seiner Mitgliedsorganisationen bekannt. Praktische Beispiele – auch aus dem Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) als Mitgründer und Hauptmotor des Netzwerks – verdeutlichten die Arbeit der Organisationen. In Form von vier Empfehlungen erläuterte Elbers im Anschluss, wie sich DARE eine Verbesserung des europapolitischen Rahmens für die Demokratie- und

Menschenrechtsbildung vorstellt.

Die Reaktionen der anwesenden 60 Europaabgeordneten und Vertreter/innen anderer europäischer Gremien waren positiv und ermutigend. Ausgesprochen offen zeigten sich mehrere Abgeordnete – insbesondere für den Vorschlag, entsprechende Forschungsvorhaben zu unterstützen. Doris Pack (EVP), die das Hearing für DARE initiiert hatte, bestärkte die Netzwerkvertreter darin, die Kontakte mit den Europapolitikern und -politikerinnen zu intensivieren. Der AdB wertete das Hearing als großen Erfolg, es bestätigte den Verband in seiner Überzeugung, dass politische Erwachsenenbildung auf europäischer Ebene vor allem im Rahmen eines europäischen Zusammenschlusses Gehör finden wird.

Weitere Informationen zu DARE und zu dem Hearing des Europaparlaments unter: www.dare-network.eu. Pressekontakt: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, E-Mail: info@adb.de.

Europe-Direct Zentren nehmen Arbeit auf

(InfoNet – Michael Sommer) Um Europa mehr auf lokaler Ebene sichtbar zu machen hat die Europäische Union das Netzwerk der »Europe-Direct« Zentren erweitert. Diese Zentren sollen alle Fragen rund um die EU schnell und unkompliziert beantworten und außerdem durch Events und Aktionen auf das Thema Europa aufmerksam machen. Nach der Ausschreibung für die Periode 2009–2012 mit einem Finanzvolumen von 11,4 Mio. Euro haben jetzt 500 Informationszentren ihre Arbeit aufgenommen. Rund ein Viertel dieser Büros ist bei Bildungseinrichtungen angesiedelt, die Mehrheit bei regionalen Verwaltungen. Deutschland hat mit 59 die meisten Zentren, gefolgt von Frankreich (56) und Spanien (48).

Die Statistik für 2008 zeigt, dass die Italiener am häufigsten den Kontakt zu den Zentren suchen (280.000 Anfragen insgesamt), während in anderen, vergleichbaren Ländern wie etwa Spanien das Angebot kaum genutzt wird. Neben allgemeinen Fragen zur EU ist eines der wichtigsten Themen für die Bürger vor Ort die Weiterbildung, vor allem Fragen nach Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten im europäischen Ausland. Zum Angebotsspektrum der Zentren gehören auch Studienfahrten zum Europäischen Parlament nach Brüssel oder Straßburg. Die Mitarbeiter der Büros erhalten regelmäßige Schulungen und werden zu einem jährlichen Meeting nach Brüssel eingeladen.

Intergenerationelle Datenbank

(InfoNet – Simone Kaufhold) Im Juli 2009 wurde im Rahmen des TRAMP (Transnational Mobility of Older People)-Projektes eine Datenbank mit intergenerationellen Projekten freigeschaltet, in der intergenerationelle Handlungsansätze und Methoden für die Planung und Durchführung von Austauschprogrammen für Senioren veröffentlicht werden.

Vor dem Hintergrund der demographischen Veränderungen möchte die Europäische Union die Potentiale älterer Menschen durch »aktives Altern« fördern. Einerseits soll die Beschäftigungsfähigkeit älterer Menschen erhalten bleiben, andererseits soll ihnen nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben die Möglichkeit

zu freiwilligem Engagement eröffnet werden. Ziel des TRAMP-Projektes ist es, für ältere Menschen mit geringen Fremdsprachenkenntnissen den Zugang zu Europa zu vereinfachen und ihre transnationale Mobilität zu erhöhen.

Das Projekt bietet älteren Menschen die Möglichkeit, sich aktiv an handwerklich orientierten Teamarbeitsprojekten zu beteiligen, bei denen die Teilnehmenden über ihre gemeinsame Arbeit zusammenfinden. Kommunikationsschwierigkeiten infolge mangelnder Sprachkenntnisse können die Teilnehmenden durch ergänzende nonverbale Möglichkeiten der Verständigung, insbesondere über die praktische Arbeit an der gemeinsamen

Aufgabe wettmachen. Zusätzlich verfolgt das Projekt einen intergenerationellen Ansatz, bei dem ältere Menschen mit jungen Teilnehmern zusammenarbeiten und gleichzeitig ihre Fremdsprachenkenntnisse verbessern. Neben den genannten Aktivitäten bietet das TRAMP-Projekt eine kostenlose Datenbank mit intergenerationellen europäischen Projekten für die Suche nach möglichen Kooperationspartnern und als Austauschplattform für bewährte Praktiken an.

Die Projektdauer beträgt zwei Jahre, von Dezember 2007 bis Dezember 2009. Das Projekt wird durch die Europäische Kommission im Rahmen des ENEA-Programms zur Förderung der Mobilität älterer Menschen finanziert und unter Beteiligung von Partnern aus Deutschland, Frankreich, Österreich und der Tschechischen Republik durchgeführt.

ISLAND

Gemeinsam gegen die Krise

(InfoNet – Sigrún Kristín Magnúsdóttir) Bis Oktober 2008, als Island schwer von der Finanzkrise getroffen wurde und alle großen Banken im Land verstaatlicht werden mussten, war die Arbeitslosigkeit jahrelang auf einem relativ niedrigen Niveau. Infolge der Finanzkrise stieg die Arbeitslosenquote jedoch innerhalb kurzer Zeit von unter 2 % auf etwa 10 %. Arbeitsverwaltung und Bildungssystem waren gezwungen, rasch zu reagieren, um die neue Situation mit ihren knappen wirtschaftlichen Ressourcen zu bewältigen. Die Erfahrungen auf der Reykjanes-Halbinsel verdeutlichen, dass Innovation und Kreativität für die Mobilisierung von Arbeitssuchenden hilfreich sein können. Das Virkjun Resource Centre ist ein Ort für Menschen, die offen für neue Chancen sind.

Stadtverwaltungen, Gewerkschaften, Unternehmen, die Arbeitsverwaltung und Bildungseinrichtungen, wie Keilir (Universitätszentrum), FS (Gym-

nasium) und MSS (Volkshochschule), haben ihre Kräfte gebündelt, um eine breite Palette an Weiterbildungs- und Beratungsangeboten auf die Beine zu stellen. Am 15. Januar wurde das Virkjun Resource Centre in den Räumen der ehemaligen Personal- und Lohnverwaltung des US-Militärstützpunktes in Keflavik, der zwei Jahre zuvor geschlossen worden war, eröffnet. Anna Lóa Ólafsdóttir, Bildungs- und Berufsberaterin der MSS, berichtet, wie es dazu kam: »Auf die Initiative des örtlichen Sozialamtes hin wurde im Oktober eine Gesprächsrunde zur Erörterung der Arbeitsmarktsituation einberufen. Eingeladen wurden Vertreter der örtlichen Behörden, der Kirche, der Bildungseinrichtungen, der Arbeitsverwaltung, der Polizei, des Rotes Kreuzes sowie Sozialarbeiter, Psychiater und andere. Die Teilnehmenden beschlossen die Gründung der Arbeitsgruppe »Arbeitsmarkt«, deren Aufgabe darin bestehen sollte, Initiativen für Menschen ins Leben

zu rufen, die ihren Arbeitsplatz bereits verloren hatten oder in naher Zukunft verlieren würden«, so Anna Lóa Ólafsdóttir. Die Arbeitslosenquote auf der Reykjanes-Halbinsel zählt nicht zuletzt wegen der 900 Menschen, die bei der Schließung des US-Militärstützpunktes vor zwei Jahren ihre Arbeit verloren, zu den höchsten in Island. Noch während die Idee zur Einrichtung des Resource Centre reifte, bot die staatliche Entwicklungsgesellschaft KADECO der Arbeitsgruppe Räume mit einer Fläche von 1500 m² auf dem Gelände des ehemaligen Militärstützpunktes an. Das Objekt mit seinen gut ausgestatteten und für Weiterbildungsmaßnahmen geeigneten Räumen, einer Kantine, Büroräumen etc., erwies sich als ideal für das geplante Resource Centre.

Chancen aufzeigen

Der Verlust des Arbeitsplatzes kann eine dramatische Erfahrung sein. Das

Virkjun soll, so Anna Lóa Ólafsdóttir, eine Begegnungsstätte für Menschen sein, die diese dramatische Erfahrung in neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt verwandeln wollen. Die Mitarbeiter des Virkjun betonen, wie wichtig eine einladende Atmosphäre und organisierte Aktivitäten sind, die in erster Linie darauf abzielen, neue Möglichkeiten in einer schwierigen Situation zu finden. Dazu gehört zum Beispiel auch die Teilnahme an den kostenlosen Weiterbildungsmaßnahmen oder Freizeit- und Kulturangeboten. »Verschiedene Theorien zur Arbeitslosigkeit besagen, dass es extrem wichtig ist, dass Arbeitslose aktiv bleiben. Bei uns können sie an einem Programm teilnehmen, das diverse Aktivitäten, Weiterbildung, Sport und – last but not least – Unterstützung bei der Realisierung neuer Ideen umfasst«, so Anna Lóa Ólafsdóttir. Die Teilnahme an organisierten Aktivitäten stellt für Arbeitssuchende ohne Beschäftigung eine Präventionsmaßnahme dar, mit der das Risiko familiärer Probleme bzw. einer Depression oder Sucht verringert wird.

Die Volkshochschule MSS bietet kostenlose Bildungs- bzw. Berufsberatung sowie Kurzurse mit den drei Schwerpunkten Selbstvertrauen, Kompetenzportfolio und Arbeitsstellensuche an. Für Menschen mit einer unzureichenden Bildung gibt es ein umfassenderes Weiterbildungsangebot mit 600 Unterrichtsstunden. Im Rahmen des Kurses wird die Kompetenz der Teilnehmenden in den Bereichen Lesen, Schreiben, mündliche Kommunikation, Alltagsmathematik und IT gestärkt sowie ein für erwachsene Lernende geeigneter Lernstil erarbeitet. Eine weitere Maßnahme, die an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben soll, ist die Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen. Dieses Angebot wird vom isländischen Innovationszentrum durchgeführt und vom örtlichen Labour Market Council finanziert.

Aktive Menschen

Das Projekt hat viel in der Region

bewirkt: Eines Sonntagnachmittages sprachen zwei aktive Teilnehmer des Projektes in einer vollen Kirche über ihre Erfahrungen. Sie sprachen von ihren Hoffnungen und Erwartungen und darüber, wie wichtig es ist, den Glauben an eine bessere Zukunft nicht zu verlieren. Getragen wird das Projekt größtenteils von ehrenamtlichen Helfern und einigen engagierten und begeisterten Arbeitslosen, die zwar Arbeitslosenunterstützung erhalten, aber trotzdem im Projekt mitarbeiten dürfen. Alle in der Gemeinde wurden aufgefordert, sich am Projekt zu beteiligen, und der Aufforderung wurde nachgekommen. So findet sich immer ein Fachmann, Berufsberater,

Priester oder Psychiater, der einem Hilfebedürftigen beisteht. Auch einige Privatpersonen, die Kurse geben oder ihre Erfahrung teilen möchten, haben ihre Hilfe angeboten. Eine von ihnen ist eine Architektin, die von Kreativität und Innovation überzeugt ist. Sie sucht Interessierte für eine Gruppe, die im Rahmen von Virkjun und Keilir neue Ideen in die Realität umsetzen wollen. Ihrer Meinung nach gibt es eine Fülle von Ideen, die nur darauf warten, realisiert zu werden. Sie wirbt unter dem Motto »Ideen suchen Leute!«

In den vergangenen Monaten sind in Island weitere Resource Centre entstanden.

ÖSTERREICH

In der Not sinkt die Weiterbildungsbereitschaft

(InfoNet – Stefan Steinmeyer) Erstmals seit dem Einsetzen der ökonomischen Krise wurde in Österreich eine Erhebung zum Weiterbildungspotenzial und -verhalten durchgeführt. Fazit: Die Krise wirkt sich auf die persönliche Weiterbildung deutlich negativ aus.

Der Verband Österreichischer Volkshochschulen (VÖV) hat von Januar bis März 2009 eine Repräsentativerhebung bei 2.000 Befragten (Fehlerschwankungsbreite +/- 2,24 %) durchgeführt. Die Frage, ob man sich vorstellen kann, innerhalb der nächsten drei Jahre einen Kurs zur »persönlichen Weiterbildung« zu besuchen, wird von 40 % mit »sicher« oder »eher noch vorstellen«, das heißt mit ja beantwortet. In der Vergangenheit waren die Vergleichswerte deutlich höher: 2002 55, 1998 57 und 1994 42 %.

Das Weiterbildungsverhalten ist nach den Ergebnissen der Befragung deutlich rückläufig. Auf die Frage, ob sich jemand derzeit oder innerhalb der

letzten sechs Monate weitergebildet hat oder es in den nächsten sechs Monaten »sicher vorhat«, also »unmittelbar weiterbildungsaktiv ist«, antworteten 24 % mit »ja«, 2002 waren es 36 %. Frauen liegen mit 26 % etwas über den Männern mit 22 %. Bei den GrundschulabsolventInnen sind 15 % »unmittelbar weiterbildungsaktiv«, bei den Befragten mit Matura oder Universitätsabschluss 40 %.

Der rückläufigen Entwicklung liegen materielle Ursachen zugrunde. Weiterbildungsformen, deren Inanspruchnahme mit Kosten verbunden ist, zum Beispiel Kurse, sind rückläufig, Weiterbildungsmöglichkeiten, die keine Kosten verursachen, wie der Konsum von Bildungssendungen im Fernsehen, werden sogar mehr genutzt.

Das Internet ist als Bildungsmedium bei den ÖsterreicherInnen noch nicht angekommen. Zu Bildungszwecken nutzen es 26 % der »Weiterbildungsaktiven«, 2002 waren es 25 %.

Benedikt Widmaier

Nichts ist politisch?

Zunehmende Entpolitisierung fordert die politische Bildung heraus

Passend zur Bundestagswahl beschäftigt sich Benedikt Widmaier mit dem vielfach nachlassenden Interesse am Politischen und entsprechenden Folgerungen für die politische Bildung.

Der Begriff der Politikverdrossenheit gehört heute zum Repertoire unserer Alltagssprache – nicht nur in Deutschland. Dass damit auch Herausforderungen für politische Bildung verbunden sind, braucht nicht eigens betont zu werden. Wir werden jedoch sehen, dass die Befunde zur Politik-, Parteien-Politiker- oder Partizipationsverdrossenheit, um nur einige sprachliche Varianten für das letztlich gleiche Phänomen zu benennen, höchst ambivalent sind. Die folgenden Ausführungen gehen von der Prämisse aus, dass die intensive Beschäftigung mit Politikverdrossenheit und die Suche nach Strategien dagegen unumgänglich sind, solange wir in einem demokratischen politischen System leben wollen.

In meinen Ausführungen will ich in drei Schritten Diskussionsanregungen zum Thema geben. Zunächst werden einige aktuelle empirische Untersuchungen vorgestellt, die deutlich machen, was ich meine, wenn ich von Ambivalenzen im Hinblick auf den Begriff der Politikverdrossenheit spreche. Im zweiten Teil stelle ich einige Überlegungen zu einer zeitgemäßen politikdidaktischen Demokratietheo-

rie an und stelle Leitbilder des »Bürgers« vor, die zurzeit in der politischen Bildung diskutiert werden. Abschließend werde ich versuchen den Blick auf den Begriff der Partizipation, den ich für die Zielperspektive der politischen Bildung halte, zu schärfen und einige praktische Anregungen für eine partizipationsorientierte Praxis der politischen Bildung geben.

Politikverdrossenheit – ein offenbar unumstrittener Befund?

Eine im vergangenen Jahr vom Bundesministerium für Bildung und Forschung herausgegebene Studie untersucht den Wandel politischer Orientierungen von Studentinnen und Studenten¹. Dieser so genannte »Studierendensurvey« ist deshalb besonders aufschlussreich, weil die dafür verantwortlichen Konstanzer Sozialwissenschaftler unter Federführung von Werner Georg und Tino Bargel auf vergleichbare Untersuchungen seit 1983 zurückgreifen konnten. Dadurch werden im Rahmen eines empirischen Längsschnitts auch Veränderungen über fast 25 Jahre deutlich und die Zahlen sind deshalb aussagekräftiger als einmalige Befragungen.

Die wichtigsten Ergebnisse des Studierendensurveys sind insofern schnell zusammenzufassen, als es sich um sehr eindeutige Befunde handelt: Während 1983 noch 54 % der Studierenden (in Westdeutschland) Interesse an poli-

tischen Fragen bekundeten, sind es 1993 noch 46 % (nun für Deutschland insgesamt). 2007 bekundeten nur noch 43 % Interesse an der Politik. Diese Tendenz der Entpolitisierung wird mit anderen Ergebnissen noch untermauert. Beispielsweise hielten 1983 noch 46 % der Studierenden eine kritische Opposition für ein wichtiges politisches Prinzip, 2007 waren es nur noch 24 %. Der Mythos, dass sich junge Erwachsene immer noch stark für ökologische Fragen interessieren, wird deutlich enttarnt. Das Interesse fällt von 74 % (1983) auf 44 % (2007). Im gleichen Zeitraum ist die subjektive Einschätzung der Bedeutung der Familie für die Befragten enorm gestiegen, und zwar von 46 % (1983) auf 72 % (2007).

Zu solchen Szenarien gibt es durchaus widersprüchliche Gegenbefunde, oder mindestens solche, die versuchen, empirische Ergebnisse so zu interpretieren, dass sie weniger als Schreckensszenarien wahrgenommen werden. Bernd Wessels wagt in den aktuellen Mitteilungen des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung die These, dass von einer Krise der Repräsentation keine Rede sein könne². Seine Daten stammen aus Umfragen im Zusammenhang mit den Bundestagswahlen 2002 und 2005. Es falle zunächst auf – so Wessels –, dass das Gefühl der Wähler/innen, gut vertreten zu sein, höher ist als das Vertrauen in die Parteien. Immerhin fühlen sich 60 bzw. 62 % der Befragten durch eine/n Spitzenkandidaten/in repräsentiert, immerhin 58 % (in 2002 und 2005) fühlen sich von einer Partei repräsentiert.

Wessels geht davon aus, dass in Ländern mit repräsentativen demokratischen Systemen Repräsentation nicht nur durch einzelne Abgeordnete



Benedikt Widmaier studierte Politikwissenschaft und ist seit 1998 Direktor der Akademie für politische und soziale Bildung des Bistums Mainz, Haus am Maiberg. Er ist Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft katholisch-soziale Bildungswerke in Deutschland (aksb).

te, sondern auch als kollektive Repräsentation durch Parteien gewährleistet wird. Wähler geben ihre Stimme einer Partei entsprechend ihrer Präferenzen für Programm und Personal dieser Parteien. Und aufgrund der Parteilichkeit von Parteien sei es durchaus vernünftig, wenn Wähler in ihrem allgemeinen Urteil über die Parteien diesen nicht insgesamt das Vertrauen aussprechen. Vertrauen schenken sie eben nur der eigenen Partei und nicht den politischen Konkurrenten.

Die eigentümliche Spannung und Ambivalenz wird jedoch vollends deutlich, wenn Wessels am Ende resümiert, dass die Kritik an (gegnerischen) Parteien ein positives Zeichen für den Zustand unserer Demokratie wäre. Denn freier politischer Wettbewerb und politischer Konflikt seien gerade diejenigen Prinzipien, die für eine Demokratie zentral sind. Der Kontrast zum Studierendensurvey, wo nur noch 24 % eine starke Opposition für wichtig halten, ist deutlich. Wessels Interpretation ist deshalb in der aktuellen Situation als eigentümliche Beschwichtigung wahrzunehmen und nur schwer einzuordnen. Sie widerspricht vielen Befunden der vergangenen Jahre, etwa dem der abnehmenden Parteibindung, der zunehmenden Wechselwählerschaft und der geringen – und deshalb für Wähler nur schwer wahrnehmbaren – programmatischen Unterschiede zwischen den großen Volksparteien der »politischen Mitte«.

Demokratiebegriff und Bürgerbild der politischen Bildung

Politische Bildung ist ein normatives, auf demokratische Politik ausgerichtetes Projekt. Die Träger der politischen Bildung sollten sich deshalb demokratietheoretisch verorten, was angesichts der Fülle an Angeboten nicht einfach ist. Denn wer glaubt, dass die demokratietheoretische Debatte nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem vermeintlichen Sieg des liberalen westlichen Demokratiemodells zum Stillstand gekommen ist, also quasi

dem seinerzeit beschworenen »Ende der Geschichte« (Francis Fukujama) anheim gefallen ist, sieht sich getäuscht. Vor allem durch Europäisierung und Globalisierung stellt sich die Frage nach einer demokratischen Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in der »Zweiten Moderne« (Ulrich Beck) neu und vehement. Jüngstes Beispiel dafür, wie tief greifend die dynamischen Veränderungen und zukünftigen Entwicklungen unserer Zeit diesbezüglich sein könnten, ist die ausgesprochen ernsthafte Hypothese, dass wir uns an der Schwelle zur »Postdemokratie« (Colin Crouch) befinden.

Politische Bildung muss diese und andere Entwicklungen in den demokratietheoretischen Debatten in ihre aktuellen Reflexionen und die Weiterentwicklung ihrer Arbeit einbeziehen und sich dazu positionieren. In Anbetracht der Fülle der in den letzten Jahren allein in deutscher Sprache erschienenen Beiträge zur Demokratietheorie sollte sich diese Reflexion vorrangig auf Demokratiemodelle konzentrieren, die für den Gegenstand der politischen Bildung besondere Relevanz besitzen.

Bei den für politische Bildung wichtigen Demokratietheorien handelt es sich vor allem um republikanische und andere so genannte input-orientierte Theorien, die davon ausgehen, dass der Erfolg und die Effizienz politischer Systeme sowie deren Legitimation von der politisch-sozialen Integration und einer hohen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger abhängt. Das ist nicht selbstverständlich, denn die sehr anerkannten liberalen Demokratietheorien neigen dazu, im Hinblick auf Demokratiezufriedenheit und Systemvertrauen der Bürger/innen dem Output, also den sichtbaren und spürbaren (wirtschaftlichen) Erfolgen politischer Systeme eine höhere Bedeutung beizumessen als dem Input – also der teilnehmenden Mitgestaltung und Mitentscheidung.

In der politischen Bildung und der Demokratiepädagogik sind in den vergangenen Jahren vor allem zwei partizipatorische Demokratietheorien

diskutiert und präferiert worden: die »deliberative Demokratie« (Jürgen Habermas, für die politische Bildung z.B. Bettina Lösch) und die »starke Demokratie« (Benjamin Barber, für die politische Bildung/Demokratiepädagogik z.B. Gerhard Himmelmann & Anne Sliwka). Beide Theorien können als partizipatorische Demokratietheorien bezeichnet werden, weil sie der Teilnahme möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger im politischen Prozess und an öffentlichen Debatten eine entscheidende und Demokratie erst konstituierende Rolle zuschreiben. Die dafür notwendigen politischen Kompetenzen bzw. die politische Bildung der Bürgerinnen und Bürger werden hier wechselseitig als Voraussetzung, aber auch als Folgeerscheinung von politischer Partizipation verstanden.

Der Schritt von der idealtypischen sozialwissenschaftlichen Theoriebildung zur pädagogischen Praxis und zur Zielbeschreibung politischer Bildung ist nicht einfach. Andererseits ist die Orientierung an entsprechenden normativen Demokratietheorien unumgänglich für eine professionelle politische Bildung. Dass sich in der aktuellen politikdidaktischen Diskussion kaum Vertreter einer reinen Lehre finden, scheint deshalb plausibel und sinnvoll. In der eklektizistischen politikdidaktischen Theoriebildung mischen sich in der Regel Elemente aus unterschiedlichen partizipatorischen Demokratietheorien.

Eine für die politische Bildung ausgesprochen wichtige Frage ist die nach dem Kern des Politischen, also nach der Politik im engeren Sinne. Diese Frage ist vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher und bildungspolitischer Entwicklung wieder stärker in den Blick zu nehmen: Zum einen hat in der gesellschaftlichen Entwicklung seit 1989 die Zivil- und Bürgergesellschaft in der politischen Diskussion enorm an Bedeutung gewonnen – auch wenn der Höhepunkt der demokratischen Überhöhung der Zivilgesellschaft inzwischen überschritten zu sein scheint. Parallel dazu hat die so genannte Demokratiepädagogik einen unerwarteten

Aufschwung genommen und genießt in der Bildungspolitik – wie etwa die jüngsten Beschlüsse der Kultusministerkonferenz vom März 2009 zeigen – zeitweise größere Aufmerksamkeit als die politische Bildung.

Die in beiden Entwicklungen – der Überhöhung der Zivilgesellschaft und dem Plädoyer für Demokratie-Lernen statt Politik-Lernen – zu beobachtende Hinwendung zum vor-politischen Raum und zum sozialen Lernen sind deshalb kritisch zu beobachten, weil sie auch als ein Zugeständnis an eine wachsende Politikverdrossenheit und eine entsprechende Entpolitisierung interpretiert werden können. Damit soll weder der Stellenwert von zivilgesellschaftlichem Engagement noch der eines demokratischen Habitus – der von jeher ein zentrales Ziel mindestens der non-formalen politischen Bildung war – in Abrede gestellt werden. Politische Bildung sollte aber im Zweifelsfall ihr eigenes Profil in Abgrenzung zu diesen Bereichen schärfen oder sich – im Sinne eines stufentheoretischen Modells (Gerhard Himmelmann) – als profilierte und ins Politische hinein führende Ergänzung zu zivilgesellschaftlichem Engagement und Demokratiepädagogik darstellen.

In den vergangenen Jahren ist auch die Frage nach einem angemessenen Bürgerbild in der non-formalen politischen Bildung wieder aufgegriffen worden. Namhafte Politikdidaktiker warnen in dieser Hinsicht übereinstimmend vor »demokratischen Märchenerzählungen« (Joachim Detjen) und empfehlen, bei der Entwicklung von Bürgerbildern nicht die »Realität der Demokratie zu verfehlen« (Peter Massing).

In der wissenschaftlichen Politikdidaktik, die sich mehr oder weniger ausschließlich der politischen Bildung im schulischen Unterricht verschrieben hat, wird heute in der Regel von vier Bürgertypen gesprochen: dem politisch Desinteressierten, dem informierten und urteilsfähigen Zuschauer, dem interventionsfähigen Bürger und dem Aktivbürger. Dabei gilt der urteilsfähige Zuschauer als Minimal-

ziel, der interventionsfähige Bürger als das »zukunftsfähige Leitbild« (Paul Ackermann), während der Aktivbürger für die schulische politische Bildung eher als »utopisches Ziel« (Massing) beschrieben wird.

Die non-formale politische Bildung darf sich – auch vor dem Hintergrund der eben angestellten demokratietheoretischen Überlegungen – mit gutem Recht gegen die Projektion eines pessimistischen Bürgerbilds auf ihr Arbeitsfeld wehren. Die subjekt- und teilnehmerorientierte Praxis, eines der wesentlichen Kennzeichen der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung, hat schon immer dazu geführt, dass non-formale politische Bildung näher an den Interessen der Teilnehmenden arbeiten konnte und gearbeitet hat. Deshalb sollte es auch

weiterhin ihr selbstverständliches Ziel bleiben, Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht nur kognitiv, sondern auch affektiv zu mobilisieren. Ziele der non-formalen politischen Bildung sind demokratischer Habitus wie politisches Bewusstsein gleichermaßen, vor allem aber auch politische Partizipation und aktive politische Teilnahme im engeren Sinne. Deshalb ist der Aktivbürger für non-formale politische Bildung ein reales Ziel und permanente Herausforderung gleichermaßen.

Active Citizenship und Weltbürgertum

Aktive Bürgerschaft (active citizenship) spielt in der europäischen Debatte über Bildung und Weiterbildung



Im Dienst der Menschen | Monika Pfeiffer – Seniorenheim

Foto: Sommer

eine zentrale Rolle. Im »Memorandum über lebenslanges Lernen« der EU (2000) wird »active citizenship« neben »employability« (Beschäftigungsfähigkeit) als zentrales Ziel der Weiterbildung benannt. Mit der so genannten Lissabon-Strategie der EU vom März 2000 und dem hochgesteckten Ziel, die »Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen«, erhält das lebenslange Lernen endgültig eine herausragende strategische Bedeutung für die EU. 2001 betitelt die Europäische Kommission eine ihrer Mitteilungen »Einen Europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen« und nennt dort als die vier allgemeinen und komplementären Ziele des lebensbegleitenden Lernens: persönliche Entfaltung, aktive und demokratische Bürger, soziale Eingliederung sowie die Beschäftigungs-/Anpassungsfähigkeit.

Ausdrücklich wird an gleicher Stelle betont, dass diese Zielbeschreibung für das gesamte Spektrum des lebenslangen Lernens gilt, also für das formale, das non-formale und informelle Lernen gleichermaßen. Im Jahr 2002 beschloss der Europäische Rat, also die Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten, ein konkretes Arbeitsprogramm zur Umsetzung der »Allgemeinen und beruflichen Bildung 2010«, über dessen Fortschritt alle zwei Jahre Bericht erstattet wird. Auch wenn, das wird vor allem im Zwischenbericht von 2004 deutlich, der Schwerpunkt hier eindeutig auf der beruflichen Bildung (Employability/Beschäftigungsfähigkeit) liegt, wird unter den acht wichtigen Themengebieten lebenslangen Lernens erneut die »aktive Bürgerschaft« genannt.

Neben der aktiven europäischen Bürgerschaft ist in den letzten Jahren auch der Begriff des »Weltbürgers« wieder zunehmend in die politiktheoretische und sehr zögerlich auch in die öffentliche Diskussion gekommen. Mit dem »Weltbürger« und einer damit verbundenen Strategie der Kosmopolitisierung – als Gegenbegriff zur immer noch einseitig wirtschaftlich

verstandenen Globalisierung – könnte ein in vielerlei Hinsicht angemessenes Bürgerleitbild für die Zweite Moderne beschrieben werden. Unter den Neuerscheinungen der politischen Publizistik hat im Winter 2008/2009 ein Buch von Harald Schumann und Christiane Grefe mit dem Titel »Der globale Countdown. Wege aus der Weltkrise« Aufmerksamkeit erregt. Es beschäftigt sich mit der Globalisierung, ihren Folgen und den Möglichkeiten ihrer humanen politischen Gestaltung. Gemessen daran, dass Globalisierung oft als unbezähmbares Naturereignis beschrieben und wahrgenommen worden ist, zeigen Schumann/Grefe viele Wege auf, wie die vermeintliche politische Machtlosigkeit und Hilflosigkeit – auch des einzelnen Bürgers – überwunden werden kann. Ein Kapitel des Buches ist mit »Weltmacht Weltbürger« überschrieben.

Aus den Reihen der großen gesellschaftlichen Gruppen hat sich u.a. die Europäische Bischofskonferenz in einem grundlegenden Papier zur »Global Governance« ausgesprochen umfassend mit dem Weltbürgertum beschäftigt³. Der Weltbürger wird hier als sozialetische Kategorie und Herausforderung auf gleiche Stufe mit zentralen Begriffen der Sozialethik wie Gerechtigkeit, Teilhabe, Solidarität, Subsidiarität u.Ä. gehoben.

Zentriert um den Begriff des Weltbürgers lässt sich meiner Ansicht nach ein inhaltlich zeitgemäßer Kanon von Inhalten und Aufgaben der politischen Bildung beschreiben, wie er in der schulischen Politikdidaktik zurzeit unter den Begriffen »Kerncurriculum«, »Standards« und »Basiskonzepte« diskutiert wird. In Bildungsplänen einiger Bundesländer, etwa in Baden-Württemberg, wird der/die »Weltbürger/in« bereits explizit als Bildungsziel genannt, dort aber inhaltlich nicht weiterentwickelt.

Partizipation als Bildungsziel

In jüngster Zeit sind aus der schulischen Politikdidaktik (Sybille Rein-

hardt) und aus der non-formalen Politischen Bildung (Benedikt Widmaier) Stimmen laut geworden, Soziales Lernen und Politische Bildung als unterschiedliche pädagogische Domänen zu betrachten. Beide haben in Frage gestellt, dass lebensweltliches und zivilgesellschaftliches Engagement gewissermaßen automatisch zu politischer Partizipation führt. Diese so genannte Spillover-Hypothese steckt implizit wie explizit sowohl in der Theorie der Starken Demokratie (Benjamin Barber) als auch in der Theorie des Sozialen Kapitals (Robert Putnam). Beide Theorien besitzen hohe Popularität und sind die demokratietheoretischen Kronzeugen sowohl der Demokratiepädagogik als auch einer »Education for Democratic Citizenship«, wie sie vom Europarat und der Europäischen Kommission in den vergangenen Jahren vorgeschlagen und entwickelt wurden.

Mit der Spillover-Hypothese versuchen heute nicht nur Demokratiepädagogen, sondern auch Jugendforscher und politische Pädagogen die Bedeutung von zivilgesellschaftlichem Engagement als (vermeintlichen) Prädiktor und Auslöser späterer politischer Partizipation zu begründen⁴. Dabei ist die empirische Validität der Hypothese ausgesprochen schwach. Interessanterweise berufen sich die meisten aktuellen Beiträge zur Untermauerung ihrer – in unterschiedlichen Nuancen vorgetragenen – Spillover-Hypothesen gerne auf eine Studie von Youniss und Yates aus dem Jahr 1997. Dort wurde ein Service-Learning-Einsatz von Schüler/innen in einer Suppenküche in Washington wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Am weitesten geht dabei Reinders, mit seinem Zirkelschluss, dass der Umgang mit bedürftigen Menschen dazu beitrage, dass Jugendliche sich zunehmend als Teil ihrer Gesellschaft begreifen und dass das gewachsene gesellschaftliche Bewusstsein in der Folge dazu führe, dass solche Jugendliche »auch eher die damit verbundenen Verantwortlichkeiten einer aktiven Gestaltung des politischen Systems« wahrnehmen⁵.

Inzwischen hat jedoch Youniss selbst seine Ergebnisse von 1997 im Hinblick auf eine durch soziales Engagement en-passant gegebene Ausprägung von politischem Bewusstsein oder gar nachfolgender politischer Partizipation präzisiert. Zunächst weist er – »for the purpose of clarity« (in einem Sammelband von Horst Biedermann u.a. aus dem Jahr 2007 mit dem Titel »Vom Gelingen und Scheitern Politischer Bildung«) – darauf hin, dass Community Service nur eine Methode zur Entwicklung einer aktiven Bürgergesellschaft sei. Zivilgesellschaftliches Engagement müsse – so Youniss – nicht grundsätzlich politisch-pädagogische Implikationen haben und »if a political outcome is desired, then service ought to be designed to deal explicitly with the political dimension.« Das deckt sich wiederum mit den empirisch gut abgesicherten Untersuchungen des Schweizer Politikdidaktikers Horst Biedermann. Biedermann ist der Frage nachgegangen, ob es einen direkten Zusammenhang zwischen lebensweltlichem und zivilgesellschaftlichem Engagement und der Ausprägung politischen Bewusstseins bzw. politischer Partizipation gibt. Im Ergebnis sieht er zwar Spillovereffekte im Hinblick auf Selbst- und Sozialkompetenz. Für die Entwicklung von politischem Bewusstsein und die Motivation zur politischen Partizipation seien aber weitere Anstöße unumgänglich (u.a. politisches Wissen).

Ausblick auf die Praxis

Für die Praxis einer zeitgemäßen politischen Bildung können daraus u.a. folgende Konsequenzen gezogen werden:

Die Widergewinnung des Politischen scheint mir eine zentrale und domänenspezifische Aufgabe der politischen Bildung zu sein. Der aus den 70er-Jahren bekannte und vor allem der feministischen Bewegung zugeschriebene Slogan, dass das Private politisch ist, hat heute weitgehend seine emanzipatorische Schlagkraft eingebüßt. Im Hinblick auf das po-

litische Bewusstsein gilt das auch für den erweiterten Politikbegriff, wie er von Ulrich Beck in den 90er-Jahren mit seiner Theorie der »Subpolitik« propagiert wurde. Vor allem junge Menschen sind geneigt, heute eher alles als unpolitisch zu betrachten. Aus meiner Praxis könnte ich viele Erfahrungen schildern, dass junge Erwachsene über die zahlreichen politischen Bezüge in ihrer Lebenswelt erst dann reflektieren, wenn sie ausdrücklich dazu angeregt werden. Dann aber sehen sie das Politische durchaus und finden es auch wichtig.

Die postulierte Bereitschaft vieler junger Menschen zum sozialen Engagement steht in eigentümlichem Widerspruch zu ihrem geringen politischen Engagement. Dieses Paradox ist meines Erachtens nur aufzulösen, wenn entsprechende Konzepte des Empowerments und der Begleitung politischer Partizipation entwickelt werden. Die Rahmenbedingungen für Jugendpartizipation sind in der Bundesrepublik Deutschland ausgesprochen gut, das gilt beispielsweise für Schulgesetze wie Gemeindeordnungen gleichermaßen. Die Spielräume hier auszunutzen und Partizipationsprozesse anzuregen und entsprechend zu begleiten, ist ein weites Aufgabenfeld praxisorientierter politischer Bildung. Nicht ganz zufällig ist von wissenschaftlicher Seite in Evaluationen großer Partizipationsprojekte – etwa des so genannten »Projekts P«⁶ – gefordert worden, auch die Kommunikation zwischen Gruppen, die bereits über Erfahrung in Partizipation verfügen, zu initiieren und zu begleiten.

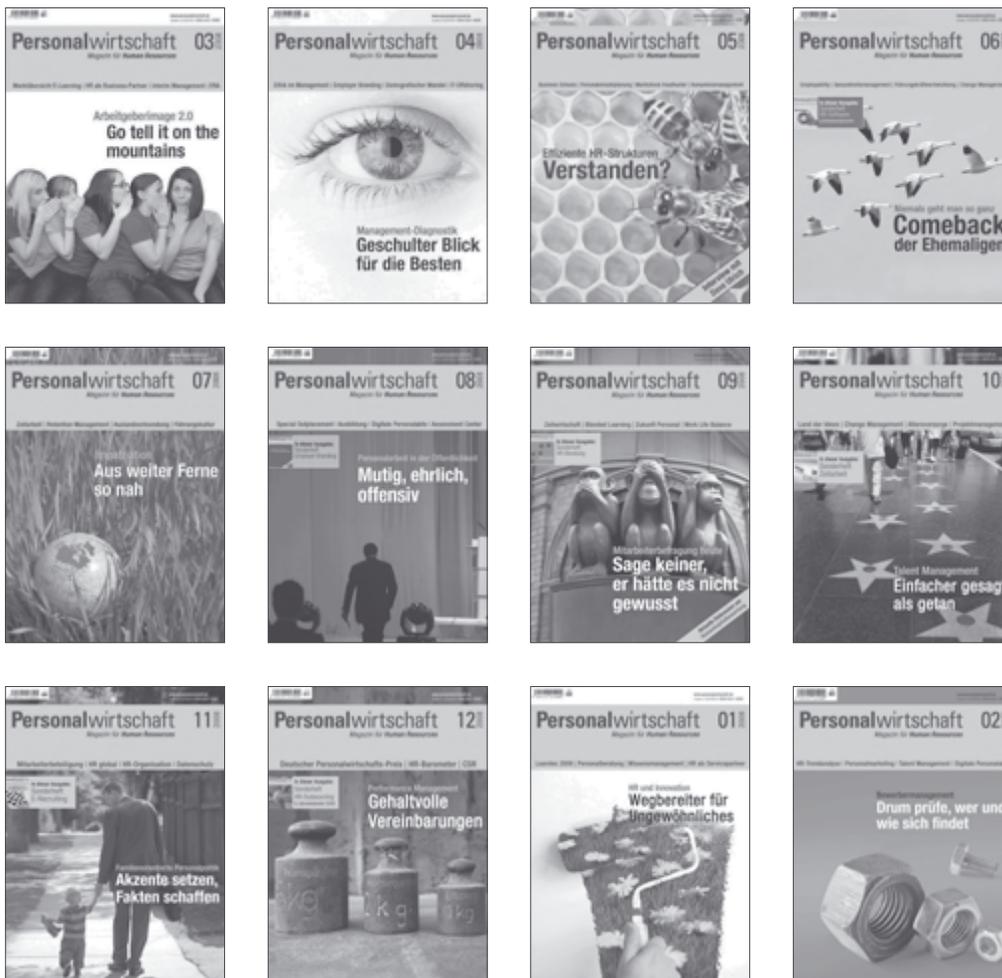
Die Bereitschaft zum sozialen Engagement sollte verstärkt genutzt werden, um das Politische, das sich schnell hinter dem Sozialen entdecken lässt, bewusster zu machen. Beispielsweise arbeitet zurzeit eine Gruppe erfahrener Praktiker und Wissenschaftler an einer politikorientierten Weiterentwicklung von Service Learning- oder Compassion-Projekten. Dabei geht es um die reflektierende Begleitung von Schüler/innen-Praktika in sozialen Einrichtungen. Bisher waren entsprechende reflexive Angebote vor allem

auf Berufsorientierung und soziale Mitverantwortung oder Mitgefühl ausgerichtet⁷. Dabei ergeben sich aus einem sozialen Praktikum viele Chancen für politisches Lernen, genannt seien etwa die Themen Zukunft der sozialen Sicherheit und der Sozialsysteme, Globalisierung, Geschlechter- und Generationengerechtigkeit, kommunale Politik, Zivilgesellschaft und Sozialverbände und vieles mehr.

ANMERKUNGEN / QUELLEN

- 1 http://www.bmbf.de/pub/studiensituation_studentische_orientierung_zehn.pdf
- 2 http://www.wzb.eu/publikation/pdf/wm124/wm_124_gesamt.pdf
- 3 http://www.comece.org/upload/pdf/pub_GG_010900_de.pdf
- 4 Vgl. dazu insbesondere auch das Gutachten von Edelstein/Fauser 2001, das den Grundstein für das BLK- Programm »Demokratie lernen und leben« legte, <http://blk-demokratie.de/fileadmin/public/dokumente/Expertise.pdf>
- 5 Kursiv – Journal für politische Bildung, Heft 3/2008.
- 6 <http://www.dji.de/bibs/BerichtEvaluationProjektP.pdf>
- 7 Vgl. etwa www.ganztaegig-lernen.org/media/Evaluationsbericht%20Service%20Learning.pdf

Es gibt mindestens **12 Gründe** für das Abo der **Personalwirtschaft**.



Lernen Sie 3 Gründe kennen und bestellen Sie Ihr kostenloses Probeabo unter:

www.personalwirtschaft.de/abo

Ihre Bestellwege: Tel.: 02631-801 22 11 · Fax: 0221-94373-7760 · E-Mail: info@wolterskluwer.de

Das führt zum Erfolg. **Personalwirtschaft**

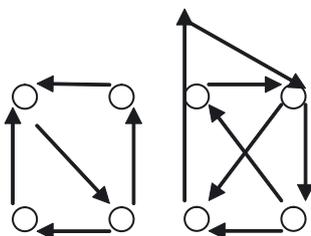
Tilly Miller

Kreatives Problemlösen mit Hilfe der Zufallsmethode

Methoden der Erwachsenenbildung in der Praxis

In Workshops, Zukunftswerkstätten und Projektgruppen geht es häufig um kreatives Problemlösen. Das klingt leichter als es ist, denn Teilnehmer/innen bleiben immer wieder in ihren gewohnten Denkstrukturen stecken und das wiederum hemmt kreatives Problemlösen. Somit tritt die Frage auf, wie es gelingen kann, die Teilnehmer/innen zu unterstützen, einen neuen Frame, sprich Denkrahmen zu eröffnen.

Einen Richtung weisenden Weg zeigt in diesem Zusammenhang beispielsweise die Vier-Punkte-Aufgabe, die fordert, alle vier Punkte mit einem Strich zu verbinden, und zwar ohne abzusetzen. Alle Punkte müssen direkt miteinander verbunden sein. Bleibt man im gewohnten Rahmen, so bleibt immer eine Verbindung offen, gleichgültig an welcher Stelle angesetzt wird (siehe Abb. links). Die Lösung liegt im Überschreiten des gewohnten Rahmens (siehe Abb. rechts). Erst wenn das Gewohnte überschritten wird, ergeben sich neue Möglichkeiten bzw. ergibt sich die gesuchte Lösung.



Selbst wenn dieses Prinzip verstanden wird, ist es hilfreich, Teilnehmer/innen im Wechsel ihres Frames aktiv zu unterstützen. Edward de Bono empfiehlt in diesem Zusammenhang die Zufallsmethode.

Beispiel: Eine Gruppe Problemlöser

soll überlegen, wie das Problem Lehrermangel in einem wirtschaftlich armen Land akut gelöst werden kann. Ziel ist es, so schnell wie möglich Lehrer einsetzen zu können. Die Problemlösergruppe erhält ein Zufallswort, z.B. aus einem Lexikon, das die Seminarleitung bereithält. Der Finger eines Teilnehmers tippt zufällig auf das Wort »Elefant«. Jetzt kann sich der Denkprozess in der Gruppe entfalten, und zwar in etwa so:

Denkaufgabe Elefant

Elefanten können sehr alt werden. Alte Elefanten sind klug und führen ihre Herde an. Elefanten haben auch etwas Gutmütiges, aber wehe sie werden provoziert und bedroht, dann können sie auch sehr aggressiv werden. Dort, wo die ganze Herde durchzieht, zertrampelt sie alles. Der Elefant ist sehr lernfähig und kontaktfreudig. Der Elefantenrüssel ist ein Sinnesorgan, über das sich der Elefant vorantastet, mit dem er Reize und Informationen aufnimmt, mit dem er kommuniziert... usf.

Eine auf dieses freie Assoziieren aufbauende Lösung in Bezug auf das gestellte Problem könnte lauten:

Für die Zeit großen Lehrermangels gilt es, kluge, erfahrene Menschen zu suchen, die unterrichten. Man sollte sie mit jüngeren Kindern zusammenbringen, um gutmütig und hilfreich sein zu können, jedoch nicht mit Pubertierenden und trotzig Jugendlichen, die das Gewalttätige in ihnen provozieren könnten. Der Rüssel braucht Kontakt und Nahrung. Die Personen müssen unterstützt werden mit Wissen und Ressourcen, um ihre

Aufgaben wahrnehmen zu können. Sie sollten im Verbund mit ausgebildeten Lehrern eingesetzt werden, der sollte ihre Herde sein. Ein räumliches Gebiet sollte ihnen somit nicht allein überlassen werden, um die professionell schulischen Absichten und Strukturen nicht zu zertrampeln.

Alle Ideen sind willkommen

De Bono hat für das oben genannte Problem ein Beispiel mit dem Begriff »Kaulquappe« aufgeführt und kommt damit zu einer anderen kreativen Lösung. Werden also verschiedene Zufallsbegriffe benutzt, ergibt sich im besten Fall ein Strauß neuer Ideen und Ansatzpunkte.

Die Methode mag im ersten Moment etwas krude erscheinen, aber sie macht Spaß, motiviert kreative Findungen und unterstützt den Gruppenprozess. Und: Sie ist nicht zeitaufwendig. Je nach Problem können 10–30 Minuten für erste Ergebnisse reichen. Alle Ideen sind willkommen, nicht alle müssen tauglich für die Realisierung sein. Wenn sie originell und verrückt sind, bringen sie die Gruppe zum Lachen und vielleicht wird eine Qualität deutlich, die wieder aufgegriffen werden kann. Entwicklung entsteht dort, wo es mehrere Möglichkeiten des Handelns gibt.

LITERATUR

de Bono, E. (2005): De Bonos neue Denkschule. Heidelberg.

Michael Sommer

Auftrag Sozialbildung

Beispiel Akademie Klausenhof

Ein zentrales Element des sozial-ethischen Gesellschaftskonzepts war und ist die Bildung. Eine hinreichende Bildung ermöglicht erst den Einstieg in ein adäquates Berufsleben, kann Armut und sozialen Abstieg vermeiden. Bildungsarmut verhindert die Entfaltung eines brachliegenden Potenzials und sorgt für hohe Kosten, etwa bei den Sozialleistungen. Mit entsprechender Bildung Beschäftigungsfähigkeit (»Employability«) zu erreichen, ist so nicht nur eine individuelle Angelegenheit, um die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, sondern grundlegende gesellschaftliche Aufgabe. Aus dieser Perspektive gesehen ist die oft gescholtene Orientierung auf die Employability nicht notwendiges Übel, sondern ein wichtiges Element katholischer Bildungsarbeit. Entsprechend der Vorgaben der katholischen Soziallehre richtet sich diese Bildungsarbeit an jene gesellschaftlichen Gruppen, die eine besondere Förderung benötigen. Katholische Träger haben in der Vergangenheit bis heute große Anstrengungen unternommen, um Menschen eine berufliche Perspektive zu geben. Ein Beispiel dafür ist die Akademie Klausenhof in Dingden (bei Wesel), die in diesem Jahr ihr 50-jähriges Jubiläum feiert. Die Einrichtung wurde 1959 als zentrale Bildungsstätte der katholischen Landjugendbewegung gegründet. Nach rund zehn Jahren wurde das Angebotsspektrum aus wirtschaftlichen Gründen um die berufliche Bildung erweitert, zumal das 1969 eingeführte Arbeitsförderungsgesetz (AFG) eine entsprechende finanzielle Förderung vorsah. Da der Klausenhof fast von Beginn an ohne finanzstarken Träger im Rücken (wie etwa ein Bistum) auskommen musste,

lassen sich an seinem Beispiel besonders gut Entwicklungen und Trends in der beruflichen Weiterbildung bis heute nachzeichnen.

Vom Rand in die Mitte

Alle diejenigen, die aufgrund ihrer persönlichen Situation eine zusätzliche Bildungsphase benötigen, waren und sind seit den 70er Jahren im Zentrum der Anstrengungen des Klausenhofs. »Marginalisierte Gruppen« nannte das Bildungshaus die »Betroffenen« damals, später änderte sich die Beschreibung in »Förderung von Randgruppen« oder »Benachteiligten«. Heute sind solche sozialen, passiven Zuschreibungen einer bedarfsorientierten Begrifflichkeit gewichen: Es geht nun darum, Menschen ein Bildungsangebot zu machen, die sich in bestimmten Übergangsphasen befinden, etwa beim Verlust des Arbeitsplatzes eine neue Stelle zu finden oder als Zugewanderter eine berufliche Perspektive aufzubauen. Diese Übergänge können zum Teil dramatische Ursachen haben, wie etwa bei den »Boat-People«, die vor 30 Jahren Jahren im Klausenhof als Flüchtlinge aus Vietnam Integrationskurse besuchten oder junge Leute aus dem ehemaligen Jugoslawien, die dem Krieg entkommen konnten und in Deutschland Fuß fassen wollten. Meistens waren und sind es bis heute die klassischen Ursachen wie Krankheit, Arbeitslosigkeit oder mangelnde Ausbildung, die eine gezielte Weiterbildung nötig machen. Eine Rolle spielen dabei die Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Zuwanderungspolitik: Mal müssen arbeitslose Lehrer umgeschult werden (heute kaum vorstellbar), mal Spät-

aussiedler aus Polen oder Russland, mal koreanische Krankenschwestern für einen Pflegeeinsatz in Deutschland vorbereitet werden.

Ein breites Arbeitsfeld tat sich mit der Entwicklung auf, als die »Gastarbeiter« wider Erwarten doch in Deutschland blieben und entsprechend intensive Schulungen (Schulabschlüsse, Sprache, berufliche Integration) benötigten. Während manche Bedarfe nur kurz aufflammten, wie etwa die Integration von jüdischen Zuwanderern aus Osteuropa, haben sich andere Aufgaben verstetigt und sind trotz vielfältiger und vielseitiger Bemühungen eine große Herausforderung geblieben. Dazu zählen Kurse für junge Migranten, deren schulische und berufliche Situation heute immer noch unbefriedigend ist, Lehrgänge für Jugendliche, die keinen oder nur einen schlechten Schulabschluss haben bzw. keine Lehrstelle finden (berufsvorbereitende Lehrgänge, außerbetriebliche Ausbildung u.Ä.), Qualifizierungen für Arbeitslose und Umschulungen im Rahmen der beruflichen Rehabilitation.

Praxis und Basics

Betrachtet man die Inhalte in diesen Kursen, sind drei Elemente durchgängig zu beobachten: Elementare Grundlagen wie Mathematik, Sprache, Sozialverhalten oder technische Grundfertigkeiten sind immer fester Bestandteil gewesen. Hier erfüllt Weiterbildung eine kompensatorische Funktion und holt das nach, was in dem bisherigen Bildungsverlauf nicht erreicht worden ist. Besonders stark ist dies etwa in den berufsvorbereitenden Lehrgängen zu sehen, bei denen Jugendliche ohne oder nur mit schlech-

tem Schulabschluss auf die Aufnahme einer Ausbildung hingeführt werden. Die Erfahrung zeigt hier, dass Jugendliche oft das erste Mal eine grundlegende und intensive Bildung erfahren – die sie in der Schule und im Elternhaus kaum erhalten haben. Spezialisiertes Wissen und technische Fertigkeiten sind das zweite Element. Es unterliegt stark den jeweiligen Bedarfen auf dem Arbeitsmarkt und dem Stand der Technik. Weiterbildungsträger müssen z.B. bei der EDV stets auf dem aktuellen Stand sein und oft kostspielige Investitionen in Kauf nehmen, wie etwa die Anschaffung großer und teurer Computeranlagen in den 80er Jahren. Schließlich geht es bei allen Kursen um eine enge Verzahnung mit der Praxis. Schon bei den ersten Umschulungskursen 1970 (Bürokaufmann/-frau) stand ein siebenmonatiges externes Praktikum auf dem Programm. In den 80er Jahren sollten »Übungsfirmen« diesem Praxisanteil gerecht werden, in denen ganze Firmen simuliert wurden. Mittlerweile gibt es Formen, bei denen der Bildungsanteil auf einen Tag reduziert ist (wie bei den sog. Arbeitsgelegenheiten – »Ein-Euro-Jobbern«). Mit der Praxisorientierung einher geht der Auftrag zur Vermittlung in eine Arbeitsstelle, der meist komplett dem Bildungsträger mit dem Nachweis einer Pflichtquote (je nach Kurstyp) auferlegt ist.

Markt und Finanzierung

In den letzten zehn bis 15 Jahren hat sich ein für alle in diesem Sektor tätigen Institutionen ein dramatischer Wechsel durch die geänderte Ausschreibungs- und Finanzierungspolitik der Bundesagentur für Arbeit und anderer »Kostenträger« ergeben. War bis in die 90er Jahre hinein eine freihändige Vergabe von Aufträgen an geeignete Weiterbildungseinrichtungen vor Ort durch die örtlichen damaligen Arbeitsämter üblich, führte die Umorientierung zu einem Ausschreibungs- und Wettbewerbsverfahren zu einer Existenz bedrohenden Situation vieler verlässlicher und bewährter Einrich-

tungen. Die Umschulung für Arbeitslose im Klausenhof ist seit der Einführung der Bildungsgutscheine fast komplett weggebrochen. Bei den Lehrgängen für Jugendliche (etwa außerbetriebliche Ausbildungen, Berufsvorbereitungen) konnten zwar immer Bieterverfahren gewonnen werden, allerdings oftmals mit wesentlich geringeren Erlösen, was sich vor allem bei der Bezahlung der pädagogischen Kräfte negativ auswirkt. »Fliegende« Firmen ohne jegliche lokale Kenntnisse und ohne eigene Strukturen unterbieten immer wieder die Angebote der etablierten Träger und ziehen im Hau-Ruck-Verfahren mit Billigstkräften in Hinterhof-Werkstätten den jeweiligen Lehrgang durch. Parallel zu dieser Entwicklung bei den Arbeitsagenturen gibt es immer wieder erhebliche Projektmittel beim Bund, dem Land oder den Grundsicherungsträgern (ARGE, Service-Punkt Arbeit). Dazu zählt etwa das Bundesprogramm »Perspektive50 plus« zur Integration von älteren Arbeitslosen, bei dem sich der Klausenhof beteiligt. Besonders erschwerend kommt hinzu, dass das Land NRW seine Zuschüsse nach dem Weiterbildungsgesetz erheblich zurückgefahren hat, sodass eine verlässliche Regelförderung, wie es sie noch vor 20 Jahren gab, einer multiplen Patchworkfinanzierung gewichen ist. Waren zum Beispiel die Schulabschlusskurse für jugendliche Migranten bis vor einigen Jahren hauptsächlich durch das Bundesarbeitsministerium bezuschusst, werden die Kurse jetzt über ein ganzes Bündel von Quellen finanziert: Landesmittel nach dem Weiterbildungsgesetz, BAföG, Teilnehmerbeiträge der Eltern, Zuschüsse des EU-Integrationsfonds, des EU-Flüchtlingsfonds, des europäischen Sozialfonds und des Bundesamtes für Migration. Mittlerweile muss für jeden Teilnehmenden ein individueller Finanzierungsplan (mit entsprechendem bürokratischem Aufwand) erstellt werden. Inhaltlich hat sich bei den Kursen aber kaum etwas geändert.

Internat statt »vor Ort«

Als eine Heimvolkshochschule mit entsprechender Ausstattung hält der Klausenhof eine Struktur bereit, die sich gerade für Menschen mit besonderem Bildungsbedarf als sehr lernfördernd erwiesen hat. Diejenigen, die im Internat des Klausenhofs leben, erfahren eine intensive Form der pädagogischen Rund-um-die-Uhr-Betreuung und können sich ganz auf ihr jeweiliges Bildungsziel konzentrieren. Besonders bei Jugendlichen aus schwierigen sozialen Verhältnissen gelingt es oft, auf diese Weise eine grundlegende und stabile Basis für eine Ausbildung und beruflichen Erfolg zu legen. Diese unbestrittenen Vorteile werden bei den Auftraggebern und Kostenträgern mittlerweile zu Gunsten des Prinzips »Lernen vor Ort« mit wohnortnahen Schulungsangeboten übergangen. Die Folge für den Klausenhof ist in den letzten zehn Jahren ein deutlicher Rückgang der Teilnehmenden im Internat, während der Anteil der Pendler und der regionalen Maßnahmen gestiegen ist.

Fakten zur Akademie Klausenhof:

- Heimvolkshochschule mit 600 Übernachtungsplätzen an zwei Standorten
- Seit 1959 rund 330.000 Teilnehmende
- 220 Mitarbeitende
- Ständig Teilnehmende aus rund 40 Ländern
- Derzeitiges Angebot: Berufliche Rehabilitation, berufliche Qualifizierung und Umschulungen (Bildungsgutschein), regionale Arbeitsmarktprojekte, außerbetriebliche Ausbildung, Berufsvorbereitung, Schulabschluss- und Integrationskurse für junge Migranten, Sprachkurse »Deutsch als Fremdsprache«, berufsbegleitende, allgemeine und politische Weiterbildung, internationale Projekte

Dr. Michael Sommer ist Referent für Öffentlichkeitsarbeit in der Akademie Klausenhof.

Werner Meyer

Gesellschaft gerecht gestalten

60 Jahre Sozialinstitut Kommende Dortmund

Im Herbst feiert die Kommende Dortmund, das Sozialinstitut des Erzbistums Paderborn ihr 60-jähriges Bestehen. Das Haus »Kommende« selbst ist viel älter. Die frühere Niederlassung des Deutschritterordens wurde urkundlich erstmals 1290 erwähnt. In den folgenden 659 Jahren erlebte das Haus eine wechselvolle Geschichte – Reformation, Säkularisation und Drittes Reich. 1944 verstarb der letzte männliche Erbe der Familie Oberstadt, die die Kommende nach der Säkularisation erworben hatte. Er vermachte, um die Kommende vor dem Zugriff der Nationalsozialisten zu schützen, das Anwesen samt Park dem Erzbischof Paderborn mit dem Wunsch eine soziale Einrichtung zu gründen. Seine Witwe vollzog 1946 den letzten Willen ihres Mannes.

Anfänge

Am Anfang der Entwicklung der heutigen Kommende standen seit dem Spätherbst 1946 Zusammenkünfte interessierter Christen beider Konfessionen, die von den Katastrophenerfahrungen des Dritten Reiches geprägt, den Neuaufbau Deutschlands diskutierten. Sie berieten und debattierten die Eigentumsfrage, eine mögliche soziale Neuordnung der Betriebe, die Sozialisierung der Grundstoffindustrien, das Mitbestimmungsrecht und die Würde menschlicher Arbeit. Am Ende dieser Diskussionen stand die Gründung des Sozialinstituts des Erzbistums Paderborn in Dortmund. Der Paderborner Erzbischof Dr. Lorenz Jaeger weihte am 9. Oktober 1949 vor 90 Gästen feierlich in der Kommende das neue »Institut für Sozialarbeit« ein. Um den besonderen

Auftrag und die Arbeit zu profilieren, erhielt die Kommende nicht den Titel »Katholische Akademie«, sondern wurde ein »Sozialinstitut«. Damit dokumentierte die Diözese ihre Verantwortung und Verpflichtung auf eine politisch-soziale Bildungsarbeit im Neuaufbau der Bundesrepublik – eine Arbeit, die vor dem II. Weltkrieg wesentlich von katholischen Sozialverbänden geleistet wurde.

Kennzeichnend für die Arbeit sind zwei Fachbereiche: Die »Gemeinsame Sozialarbeit der Konfessionen« (GSA) im Bergbau und bei dem Adam Opel Werk Bochum als Modell der arbeitsweltbezogenen Bildung sowie die Sozialen Seminare als langfristige Form politischer Bildung auf der Grundlage der Katholischen Soziallehre.

Das erste Seminar der GSA fand 1950 in der Kommende statt. In der Konzeption wurde am Anfang der Dialog mit führenden Unternehmenspersönlichkeiten mit den Kirchen über die Fragen einer neuen Sozialordnung der Betriebe gesucht. Die Einbeziehung der beiden großen Konfessionen in den Neuordnungsdialog räumte den Kirchen die Rolle einer allgemeinen moralischen Instanz für Grundfragen der Zusammenarbeit gesellschaftlicher Konfliktpartner ein. Die Kirchen sind, mit eigenen sozialetischen Beiträgen, in dieser Zusammenarbeit Moderatoren eines »verbindlichen Dialogs«, nicht die Schlichter oder Richter. Die Teilnehmenden bestimmen die Bildungsarbeit selbst, sie bringen ihre Probleme am Arbeitsplatz oder in der Ausbildung selbst zur Sprache, die eigene Kompetenz steht im Zentrum und wird gefördert.

Die »Sozialen Seminare« waren bis in die 80er Jahre ein Markenzeichen der politisch-sozialen Bildung in den deutschen Diözesen. Frauen und Männer qualifizierten sich – ausgehend von der Katholischen Soziallehre –, um ihren Glauben im (betrieblichen und politischen) Alltag fundiert zu bezeugen. »Die Soziale Frage im Wandel« oder »Politisches Handeln und politische Gemeinschaften« waren thematische Bausteine dieser sich über zwei Jahre erstreckenden Kurse. Heute lassen sich selten Menschen auf einen solch langen Prozess ein. Das »Soziale Seminar« lebt aber in anderer Form weiter. Projekte mit Hauptschulen thematisieren die Grundfragen der »Sozialen Seminare«. Die jungen Leute, die in der Gesellschaft kaum eine Stimme haben, erfahren dabei auch Würde, Anerkennung und werden zum sozialen Einsatz ermutigt.

In den 50er Jahren wuchsen die Aufgaben der Kommende. Neu hinzu kamen zahlreiche Jugendwerkwochen mit Auszubildenden, die später vor allem im Haus Bockholt, einer Außenstelle der Kommende, durchgeführt wurden. Tagungen für Krankenpflegeschülerinnen und -schüler ergänzten das Portfolio. In bester Erinnerung sind bei vielen früheren Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Primaner- und Studentenkurse. Hier fanden sie Raum, ihre gesellschaftliche und religiöse Situation zu reflektieren und Strategien zum politisch-sozialen Engagement zu entwickeln. Seit Mitte 90er Jahre ist die Nachfrage nach dieser Schüler- und Studentenarbeit stark rückläufig. Das Sozialinstitut Kommende reagierte auf diese Entwicklung und arbeitete

verstärkt mit Schulen zusammen. Eine neue Form der Arbeit sind Projekte, in denen Jugendliche alternative Strategien zur Gewalt kennenlernen: Gewaltprävention und social learning – in Musik, Sport und Spiel lernen Kinder und Jugendliche sich zu artikulieren, ihr Sozialverhalten zu ändern, werden persönlich und gesellschaftlich gestärkt. Die Kommende führt Bewerbungstrainings durch, begleitet Ausbildungspatenschaften und bestärkt Betriebe, in junge Menschen zu investieren. In diesem Ansatz verknüpft das Sozialinstitut gesellschaftliche und berufliche Integration.

Diese Arbeit kostet Geld. Um ihr Engagement gerade für benachteiligte junge Menschen finanziell zu sichern, wird die Kommende im Rahmen ihres 60-jährigen Jubiläums im November 2009 die Stiftung »BeneVolens. Jugend fördern. Zukunft gestalten. Kommende-Stiftung Dortmund« gründen. Ergänzend zur bisherigen Finanzierung soll gewährleistet werden, dass das Sozialinstitut sich auch zukünftig und verstärkt für die Belange junger Menschen in der Gesellschaft engagieren kann.

Die Erfahrungen in der arbeitsweltbezogenen Bildung führten in den 70er Jahren zu Aufbau und Weiterentwicklung des Fachbereichs »Seminare für Mitarbeitervertretungen (MAV)«. Die Kirchen gehören zu den größten Arbeitgebern Deutschlands. In diesen Betrieben und Einrichtungen sorgen »Mitarbeitervertretungen« (MAV) dafür, dass die Beschäftigten sich an der Gestaltung und Konfliktlösung im Arbeitsalltag beteiligen. Die MAVen finden in der Kommende einen idealen Ansprechpartner, um sich für die Arbeit zu qualifizieren.

Zum Programm der Kommende gehört der regelmäßige Austausch mit Gewerkschaftern, Politikern und den Leitungen der Arbeitsagenturen über aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen. Einmalig in Deutschland ist das gemeinsame Projekt »Im Mittelpunkt der Mensch«, das vom DGB-Bezirk Östliches Ruhrgebiet und Kommende getragen wird.

Ein neuer Fachbereich »Wirtschaftsethik« widmet sich dem Dialog mit Unternehmen und Unternehmern. Leitendes Interesse sind hier die Chance und Möglichkeiten wertorientierten Handelns in der Wirtschaft. Das Interesse an den neuen jährlichen Unternehmertagen wächst stetig – hier finden Verantwortungsträger in der Wirtschaft eine Plattform zum Dialog über Ethik und ökonomisches Handeln. Das neue Kommen-Forum »Wirtschaft, Gesellschaft, Politik«, das in Kooperation mit der IHK zu Dortmund und dem Bund Katholischer Unternehmer (BKU) viermal jährlich aktuelle (wirtschafts-) politische Themen im Rittersaal der Kommende präsentiert, findet ein reges Interesse.

Der Herausforderung des Einigungsprozesses in Europa nimmt sich die Kommende seit 2007 mit einer fünfwöchigen Sozialakademie »Europa eine Seele geben« für osteuropäische Seminaristen an. Ziel ist es, ein sozialetisches Netzwerk von jungen Priestern innerhalb und zwischen den osteuropäischen Ländern aufzubauen, um das politisch-soziale Engagement der Kirchen im europäischen Einigungsprozess zu stärken. Das umfangreiche Seminarprogramm umfasst neben sozialetischen Studientagen Betriebsbesichtigungen, Gespräche mit gesellschaftlichen Funktionsträgern und Exkursionen. Eine dreitägige Exkursion nach Brüssel in das Herz der europäischen Politik sowie ein fünftägiges Sozialpraktikum auf einem therapeutischen Bauernhof für drogenabhängige Jugendliche runden die Ausbildung ab. Bislang haben 80 Seminaristen die Ausbildung durchlaufen, die auch nach dem Besuch der Sozialakademie von der Kommende weiter begleitet werden.

Katholische Soziallehre

Zum Auftrag der Kommende gehört neben der Bildungsarbeit als zweite Säule die wissenschaftliche Weiterentwicklung der Christlichen Sozialethik. Seit dem Herbst 2006 gibt die

Kommende in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der deutschsprachigen Sozialethiker die internationale Fachzeitschrift für christliche Sozialethik »Amosinternational. Gesellschaft gerecht gestalten« heraus. Amosinternational versteht sich als anspruchsvolles Forum und zuverlässige Begleiterin des Dialogs; als Mittlerin zwischen Wissenschaft und Praxis; als christlicher Kompass für alle, die gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und als Brücke von der traditionellen christlichen Gesellschaftslehre zu den neuen sozialen Fragen im Kontext von Globalisierung.

Seit 1990 organisiert sie jährlich die Jahrestagung des Forums Sozialethik, eine Initiative junger Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler der christlichen Gesellschaftswissenschaften. Seit über 25 Jahren besteht der interdisziplinär besetzte »Sozialwissenschaftliche Arbeitskreis« der Kommende renommierter Wissenschaftler. Jedes Jahr berät und diskutiert der Kreis mit der Leitung des Erzbistums Paderborn aktuelle politisch-soziale Entwicklungen.

Im Herbst 2009 feiert das Sozialinstitut Kommende Dortmund ihr 60-jähriges Bestehen mit einer internationalen Konferenz zur neuen Sozialzyklika von Papst Benedikt XVI. Vor zehn Jahren, anlässlich der 50-Jahr-Feier, hatte der damalige Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz Bischof Dr. Karl Lehman im Festvortrag betont, dass »sich das Institut bemüht, ... den Beitrag zu einer menschengerechten Gestaltung der Arbeitswelt zu leisten. Die Kommende hat sich dadurch einen entscheidenden Platz verschafft im Zeugnis und in der Sorge der Kirche vor allem um den arbeitenden Menschen, sei er Arbeitnehmer oder Arbeitgeber. ... Wir brauchen die Kommende auch und gerade in Zukunft. Denn sie ist ein wichtiges Instrument der Sendung der Kirche in unsere Zeit hinein, wenn sie Stadt auf dem Berge und Licht der Welt bleiben will«.

Werner Meyer ist zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit bei der Kommende.
Infos: www.kommende-dortmund.de

Ursula Luthe-Rieken

Pop-Shop ist langweilig

Kolping bildet straffällige Jugendliche aus

Heinsberg, im Mai 2009, 6:30 Uhr. Stefan P. trifft an seinem Ausbildungsplatz als Teilezurichter ein. Der Meister, Rolf Goldsmits, spricht mit den acht Auszubildenden aus Metall 21. Teilezurichter/innen arbeiten hauptsächlich in Unternehmen der Metallbearbeitung, z.B. bei Herstellern von Metallkonstruktionen oder -behältern. Außerdem sind sie in Betrieben beschäftigt, die Rohre produzieren. Darüber hinaus bieten sich zahlreiche weitere Tätigkeitsfelder, z.B. im Maschinen- und Werkzeugbau oder bei Herstellern von Büromaschinen und Rundfunkgeräten. Die Ausbildung dauert zwei Jahre.

Stefan bedient die CNC-gesteuerte Werkzeugmaschine. Er kennt seine Arbeit. Bald ist seine Ausbildung beendet. Ein ganz normaler Ausbildungstag – auch für Stefan.

Nicht ganz so üblich ist der Ausbildungsort: die Justizvollzugsanstalt für jugendliche Straftäter in Heinsberg / Rheinland.

Die Kolping-Bildungswerk gGmbH Berufsbildungszentrum (BBZ) Heinsberg bildet in der JVA straffällig gewordene Jugendliche und junge Erwachsene aus – und das schon seit mehr als 30 Jahren. Rolf Goldsmits ist der dienstälteste Kollege. Als die JVA Heinsberg 1978 die ersten Gefangenen aufnahm, waren er und das Kolping-Bildungswerk mit den Kollegen aus der Justiz dabei. Er vermittelt auch die dreijährige Ausbildung zum Industriemechaniker. Das Kolping BBZ Heinsberg bietet noch weitere Berufsausbildungen in der JVA an: Im Baubereich werden die Häftlinge in zwei Jahren zum Hochbaufacharbei-

ter und in drei Jahren zum Maurer von seinen Kollegen ausgebildet.

Modulare Ausbildungen bietet Kolping als Schweißer, im Straßenbau, in der Vermittlung von gärtnerischen Kenntnissen, als Industriemaler und Gebäudesanierer an. Außerdem kann der Gabelstaplerschein erworben werden.

Ausbildungsort JVA

Die Kooperation zwischen dem Bildungsträger Kolping und der JVA ist geprägt von einer jahrzehntelangen guten Zusammenarbeit, auf den besonderen Ausbildungsort JVA bezogenen kontinuierlichen Absprachen und aufeinander abgestimmten Arbeitsabläufen. Jeder Kolping-Ausbilder hat aus aufsichtsrechtlichen Gründen einen Kollegen aus der Justiz zur Seite, der aber vielfach auch Fachkollege ist.

Neben der praktischen Ausbildung erhalten die jungen Männer auch Unterricht, der in Kooperation mit dem Berufskolleg Geilenkirchen im Schulzentrum der JVA durchgeführt wird. An zehn Stunden in der Woche werden die fachtheoretischen Kenntnisse vermittelt. Nach erfolgreich bestandener Prüfung erhalten die jungen Männer neben dem Facharbeiterbrief auch den Hauptschulabschluss.

So wie in allen Ausbildungen haben auch die Teilezurichter einen genau strukturierten Tag in der JVA. Außer freitags findet die Ausbildung immer von 6:30–15:30 Uhr statt. Der Freizeitbereich gibt die Möglichkeit zu sportlichen Aktivitäten, Freistunde und Umschlus mit anderen Gefan-

genen. Um 21.00 Uhr werden die Zellentüren geschlossen.

Viele der jungen Männer haben vor ihrer Gefängnis-Zeit ein sehr unstrukturiertes Leben geführt. In der JVA lernen sie – vom Jugendrichter bestimmt und teilweise das erste Mal einen geregelten Tagesablauf kennen. Dieser geregelte Tagesablauf, der vor allem auch in den gut überschaubaren Ausbildungsklassen ein konzentriertes Lernen ermöglicht, führt dazu, dass für viele der jungen Männer der Abschluss einer Ausbildung oder Qualifizierung überhaupt realistisch wird.

Die JVA Heinsberg belohnt gutes Sozialverhalten. Es gibt die Möglichkeit, sich ein Radio oder Fernseher auf die Zelle zu verdienen, die Möglichkeit, Lockerung verbunden mit Stadtausgängen oder Urlaub zu bekommen. Fällt jemand durch negatives Sozialverhalten auf, fallen diese Vergünstigungen teils ganz, teils zeitlich befristet fort. Es wird dann auch mal für ein paar Tage Pop-Shop (benannt nach einer ehemaligen Radiosendung für Jugendliche im SWF 3, die zu der Zeit stattfand, in der in der JVA Freistunde ist) erteilt: Pop-Shop bedeutet: für ein paar Tage kein Fernseher, keinen Umschlus mit anderen Gefangenen auf der Zelle. Man kann stattdessen Radio hören – nämlich so wie früher: Pop-Shop! Pop-Shop ist langweilig.

Stefan P. hatte noch nie Pop-Shop. Er sitzt wegen schwerer Körperverletzung, die er im betrunkenen Zustand begangen hat. In der Haft hat er sich im Rahmen eines Anti-Gewalttrainings mit seinen Möglichkeiten, Konflikten zu begegnen, auseinandergesetzt. Er denkt, dass er nach seiner Entlassung

weiterhin seine Konflikte ohne Anwendung körperlicher oder seelischer Gewalt lösen kann.

Bewerbungstraining

Noch während der Ausbildung nimmt Stefan P. an einem einwöchigen Bewerbungstraining teil. Er schreibt seinen Lebenslauf, stellt sich die Frage, ob er den Gefängisaufenthalt im Lebenslauf vermerken soll, übt Bewerbungsanschreiben und -gespräch und bereitet sich mit seinem Ausbilder Rolf Goldsmits und der Sozialarbeiterin Ursula Luthe-Rieken in der Entlassungsvorbereitung auf Ausgänge mit dem Ziel der Bewerbungen in seiner Heimatstadt D. vor. Ursula Luthe-Rieken ist auch Mitarbeiterin bei der Kolping-Bildungswerk gGmbH. Über das vom Justizministerium geförderte Programm MABiS.NeT (Marktorientierte Ausbildungs- und Beschäftigungsintegration für Straffällige und -entlassene) ist es ihre Aufgabe, die Jugendlichen der JVA Heinsberg für die Zeit nach ihrer Haft in Arbeit, Ausbildung, Schule oder in Kooperationen mit den Berufsberatungen der Arbeitsagenturen in Berufsvorbereitende Maßnahmen (BvB) oder in Berufsausbildungen in einer außerbetrieblichen Einrichtung

(BaE) zu vermitteln.

Noch zur Haftzeit können die jungen Männer außerhalb der JVA begleitete Bewerbungsgespräche mit Arbeitgebern, Berufsberatungen der Arbeitsagenturen oder Schulen führen.

Beim Gang durch die Fußgängerzone von D. von einem Bewerbungsgesprächstermin zum nächsten mit Ursula Luthe-Rieken hat Stefan P. gute, neue Kleidung an, die ihm seine Eltern kürzlich in die JVA gebracht haben. Wie immer ist er gepflegt. Kein Unterschied ist zu erkennen zwischen ihm und den anderen 19-Jährigen, die gerade unterwegs sind. Stefan P. sagt, er fühlt, dass ihm die anderen Leute ansehen, dass er gerade aus dem Gefängnis kommt.

Stefans Bewerbungsgespräche zeigen, dass die Teilezurichter, die neben der Arbeit an den Maschinen auch die in der JVA Heinsberg vermittelten berufsüblichen Handarbeiten wie Bohren, Feilen, Sägen, Anreißen können, bei den metallverarbeitenden Betrieben gefragt sind.

Stefans Zwischenzeugnis zeigt zudem beste Ergebnisse. Das Abschlusszeugnis soll nachgereicht werden. Die Gesprächsatmosphäre ist gelöst und freundlich. Der Satz: »Ich bin noch im Gefängnis.« führt zu einer nur leicht

wahrnehmbaren Kluft zwischen den Gesprächspartnern.

Das Risiko, nach der Haft rückfällig zu werden, ist im ersten halben Jahr nach der Entlassung am größten. Daher ist eine stabilisierende Situation nach der Haft, wie sie eine berufsbezogene oder schulische Tätigkeit bietet, so wichtig, um ein straffreies Leben führen zu können. Den meisten der jährlich 130 Gefangenen, die in die Entlassungsvorbereitung kommen, bietet sich nach der Haft eine solche Perspektive.

In der MABiS.NeT Nachsorge hat Kolping-Kollege Sebastian Erkens die Möglichkeit, sich ein halbes Jahr nach Haftentlassung um ehemalige Strafgefangene zu kümmern und sie bei der Stabilisierung ihres Lebens zu unterstützen. Sein Arbeitsgebiet umfasst das westliche Nordrhein-Westfalen von der Eifel bis nach Krefeld.

Gehen wohin man will

Das Leben nach der Haft regeln zu können, beinhaltet für die meisten Gefangenen nicht nur, eine berufliche Perspektive zu haben. Es muss vielfach u.a. außerdem die Wohnsituation geklärt, Schulden reguliert, eine Drogen- oder Gewalttherapie begonnen werden. Das Familienleben will neu gestaltet werden, die Welt außerhalb des Gefängnisses hat sich in den letzten Jahren für die jungen Männer teilweise beängstigend verändert. Es will erneut erlernt werden: einfach durch eine Tür gehen, die man selbst öffnen und schließen kann oder gehen können, wohin man will oder ... wieder/erstmalig eigenverantwortlich handeln können und müssen.

Juli 2009: Stefan und seine Kollegen erhalten nach zwei Jahren erfolgreicher Ausbildung den Facharbeiterbrief. Zwei Tage später wird Stefan entlassen.



Jugendliche Häftlinge bei der »Quadrateübung« im Bewerbungstraining der JVA Heinsberg

Ursula Luthe-Rieken ist Sozialarbeiterin und Mediatorin, seit 2006 Arbeit mit Strafgefangenen im Rahmen von MABiS.NeT bei der Kolping-Bildungswerk gGmbH Aachen

Ein ethischer Diskurs

Grundlagenwerk für die bildungsethische Debatte

„Wie weit reicht ein Recht auf Bildung?“, „Wie sieht eine menschenrechtsorientierte Bildungspolitik aus?“ – über diese und weitere Fragen wird in der gegenwärtigen Bildungsdebatte heftig gestritten.

Das bildungsethische Grundlagenwerk greift diesen ethischen Diskurs auf, benennt grundlegende Kriterien für das Verhältnis von Menschenrecht, Bildung und Politik und diskutiert Reformvorschläge. Zu Wort kommen sowohl Pädagogen und Ethiker als auch Politiker und Vertreter der Bildungspraxis.



Marianne Heimbach-Stoins,
Gerhard Kruij,
Axel Bernd Kunze (Hg.)
**Bildung, Politik
und Menschenrecht**

Ein ethischer Diskurs
Forum Bildungsethik, 6
2009, 208 S.,
29,90 € (D)/49,90 SFr
ISBN 978-3-7639-3546-8
Best.-Nr. 6001831

www.wbv.de



W. Bertelsmann Verlag

Bestellung per Telefon 0521 91101-11 per E-Mail service@wbv.de



**WOCHENSCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

Deutsche Teilung – deutsche Einheit



Heidi Behrens,
Paul Ciupke,
Norbert Reichling
(Hrsg.)

Lernfeld DDR-Geschichte

Ein Handbuch für die politische
Jugend- und Erwachsenenbildung

Mit diesem Band liegt ein Diskussionsbeitrag zum 20. Jahrestag der friedlichen Revolution und zum 60. der Gründung der Bundesrepublik vor. Er stellt Themen und Lernangebote der außerschulischen politischen Bildung vor und bietet unterschiedliche Zugänge: von wichtigen Forschungsgegenständen über didaktische Arrangements bis hin zu exemplarischen Lern- und Gedenkorten der SBZ, DDR- und der deutsch-deutschen Geschichte.

Der dokumentierte Stand der Forschung und die Einblicke in die Arbeit der außerschulischen politischen Bildung eröffnen Chancen für eine alltagsnahe und wissenschaftlich gestützte professionelle Auseinandersetzung.

978-3-89974456-9, 480 S.,
Subs.-Preis (bis 30.06.09): € 29,80, Ab 1.7.09: € 36,80

Unter Mitarbeit von: Thomas Ahbe | Nancy Aris | Arnd Bauerkämper | Joanna Barelkowska | Elena Demke | Bernd Faulenbach | Gert Geißler | Monika Gibas | Jens Gieseke | Marina Grasse | Rainer Gries | Thomas Großbölting | André Gursky | Dorothea Höck | Martin Klähn | Axel Janowitz | Christoph Kleßmann | Eckhard Kohle | Gerhild Komander | Peter Köppen | Susanne Köstering | Angrit Lorenzen-Schmidt | Simone Mergen | Stephan Neuhausen | Katrin Passens | Ulrike Poppe | Rainer Potratz | Jürgen Reifarh | Aribert Rothe | Birgit Schädlich | Hermann Strahl | Leonard Schmieding | Michael Sturm | Juliane Thieme | Heike Trappe | Elke Urban | Johanna von Münchhausen | Andreas Wagner | Eleonore Wolf | Heinrich-W. Wörmann

www.wochenschau-verlag.de

Adolf-Damaschke-Str. 10, 65 824 Schwalbach/Ts., Tel.: 06196 / 8 60 65,
Fax: 06196 / 8 60 60, e-mail: info@wochenschau-verlag.de

Tilly Miller

Ein Gang durch die Geschichte

Theater und politische Bildung. Kulturfenster

AufBrüche war ein groß angelegtes Theaterprojekt mit 15 Studierenden und Alumnis anlässlich des Jubiläums »Einhundert Jahre Ausbildung für soziale Berufe in München seit Ellen Ammann 1909–2009«, das die Katholische Stiftungshochschule München im Juni dieses Jahres feierte.

AufBrüche war ein Gang durch die deutsche Geschichte seit 1909. Ein bedrückendes *Schwarz*, ein herausforderndes *Rot*, ein hoffnungsschimmerndes *Gold* durchzogen das Theaterstück.

AufBrüche, ZusammenBrüche, UmBrüche und AbBrüche erleben Social (Sozialarbeiterin) und Paddy (Sozialpädagogin), Heinrich (Kommunist) und Katja (freiheitshungrig), Sara (Halbjüdin) und Dolfi (nationalistisch). Als Freunde symbolisieren sie zentrale Strömungen des 20. Jahrhunderts: Links- wie rechtsgerichtete Ideologien, individuelle Freiheitsbestrebungen und vor diesem Hintergrund Aspekte der Entwicklung von Sozialarbeit und Sozialpädagogik.

Alle vollziehen auf ernste und komische Weise den Spagat zwischen Freiheit und Emanzipation einerseits sowie Zwang und Gewalt andererseits. Die Figuren altern nicht, sondern erleben in ihrem Jungsein die jeweilige Epoche zwischen 1909 und 2009 als Personen der jeweiligen Zeit:

- Erster Weltkrieg und Nationalsozialismus
- Aufbau in den 50er Jahren
- 68er Jahre
- Wiedervereinigung 1989 bis hin zur Gegenwart.

Wie ein Mobile kommen die Figuren und die Themen, je nach »Bruch«,

mal mehr, mal weniger in Bewegung. Zentral ist stets die Frage, was die jeweilige Zeit für die Figuren bereithält und was diese daraus machen, inwieweit sie sich verstricken, distanzieren bzw. ihren Idealen und Ideologien folgen.

Ein politisch-historisches Theater mit einer derartigen Zeitschiene zu konzipieren ist anspruchsvoll und herausfordernd. Auf politikwissenschaftlich-historischer Ebene ging es darum, die großen Linien herauszuarbeiten, zu verdichten und zu pointieren und eine Verbindung zur sozialen Arbeit herzustellen. Auf der ästhetischen Ebene brauchte es geeignete Inszenierungsformen, die ebenfalls verschiedene historische Paradigmen der Theaterarbeit widerzuspiegeln vermochten (z.B. Formen des Brecht-Theaters oder dokumentarisches Theater). Die theaterpädagogische Sichtweise fokussierte die Spieler/innen, um für sie Findungsprozesse in Bezug auf die eigenen Rollen und Figuren und das historische Material zu unterstützen. Auf der Zuschauer-Ebene ging es darum, ein Stück zu komponieren und inszenieren, das eine gelungene Mischung zwischen Ernst, Tiefgang, Humor und Spannung darstellte.

Für mich, als Stückautorin und Regisseurin, stand zudem die Frage im Raum, was politisches Theater heute in einer medial überfrachteten Welt noch leisten kann? Welche Bedeutung kann es mit Blick auf Spieler/innen und Zuschauer haben? Überhaupt, mit welchen Intentionen und Absichten soll politisches Theater konzipiert werden? Und kann man

mit der Devise »Kunst ist zweckfrei« politisches Theater überhaupt gestalten?

Positionslinien

Politisches Theater hat eine lange Tradition und lässt sich bis in die Antike zurückverfolgen. Die politischen Intentionen der Theaterschaffenden zeigen sich bis in unsere Gegenwart hinein sehr unterschiedlich. Bekannt sind historische Stücke wie beispielsweise Wallenstein, Maria Stuart oder Don Carlos. Über Personen und deren Kontexte werden historisches Material und politische Botschaften transportiert – subtil bis offenkundig. Einen starken Einfluss auf das moderne politische Theater hatte Erwin Piscator, der das proletarische Theater als Bühne der Menschlichkeit konzipierte, gegen politische Entfremdung und ökonomische Ausbeutung¹. Piscators Theater war auch Instrument der Wahlkampfhilfe, wie er es beispielsweise 1924 mit seiner »Revue Roter Rummel« für die KPD praktizierte. Bertolt Brecht, ein Schüler Piscators, hat das »Lehr-Stücktheater« weiter perfektioniert.

Zur Geschichte des politischen Theaters gehört das Agitations- und Propagandatheater für die Massen, wie im Nationalsozialismus und Sozialismus praktiziert. Das Kabarett steht für das unterhaltende politische Theater.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich zudem das zeitgeschichtliche und dokumentarische Theater, beispielsweise durch Rolf Hochhuths Stück »Der Stellvertreter«, das die tatenlose Rolle von Papst Pius XII. wäh-

rend des Holocaust thematisiert. Kritische Sozialdramen in Anlehnung an Ödön von Horváth, Ernst Toller oder Marieluise Fleißer finden sich u.a. bei Rainer Werner Fassbinder (»Katzelmacher«) oder Franz Xaver Kroetz (»Heimarbeit«). Das sozialkritische Genre ist nach wie vor aktuell. Bekannt sind derzeit Autoren wie Moritz Rinke, Albert Ostermaier, Dea Loher, Gesine Danckwart, Roland Schimmelpfennig und John von Dörfel. Hartz IV hat für das Theater neuen Stoff gebracht.

Neben der inhaltlich-kritischen Zugangsweise des deutschsprachigen politischen Theaters steht seit den 68er Jahren der Schaffungsprozess der Theaterarbeit selbst im Mittelpunkt. Das Kunstschaffen wird als kollektiver Prozess verstanden, der sich durch demokratisches Handeln im Sinne der Teilhabe und Mitbestimmung aller an der Produktion Beteiligten und durch Bewusstseinsbildung kennzeichnet.

Politisches Theater kreist demzufolge um politisches Bewusstsein und politisches Handeln. Mit Blick auf die Katastrophen der Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat sich das ideologisch gespeiste Agitationstheater selbst desavouiert. Was kann politisches Theater in der Gegenwart leisten? Im Zuge der Pluralisierung von Lebenswelten und Lebenskonzepten und von globalisierten sozialen, politischen und ökonomischen Zusammenhängen macht es Sinn, für das politische Theater eine informierende, aufklärende und Bewusstsein bildende Zugangsweise zu reklamieren. Die großen Antworten und Lösungen gibt es nicht mehr, jedoch Werte in Bezug auf das menschliche Zusammenleben und die gesellschaftlichen Akteure wie auch in Bezug auf Strukturen.

Politisches Theater ist dort aufklärend, wo es das Publikum nicht zu einem bestimmten Denken erziehen, sondern zum Denken anregen möchte. Wie kann das gelingen? Es kann gelingen, indem politisches Theater irritiert, eingespielte Denkmuster aufbricht und Normalitäten in Frage

stellt, indem es sich dem Tabuisierten stellt und ebenso Strukturen beleuchtet, die Ausgrenzung und Gewalt beinhalten, indem es Kontroversen und Widersprüche aufzeigt und einfache Lösungen in Frage stellt, indem es politische Verführungsmöglichkeiten und Anpassungsmotive offenlegt. Insgesamt: indem es Eindeutigkeiten verwirft und stattdessen Brüche, Widersprüche und Kompliziertheiten zeigt.

Theaterpädagogik und politische Bildung

Die Theaterpädagogik kommt nicht umhin, sich am professionellen Theater zu orientieren, sei es, um ästhetische Herangehensweisen zu erkunden und zu implementieren, sei es, um sich mit spezifischen Gegenwartsdiskursen zu beschäftigen, sei es, um sich auf dem Stückemarkt zu orientieren. Die politische Dimension der theaterpädagogischen Arbeit hat vor allem Augusto Boal (1931–2009) mit seinem Theater der Unterdrückten erschlossen. Boal war selbst ein Opfer der brutalen Diktatur in Brasilien. Ihm ging es nicht nur um die Demokratisierung der Gesellschaft, sondern um eine Demokratisierung mit Hilfe des

Theaters. Die Adaption in Europa erfolgte eher fragmentarisch, indem vor allem methodische Anleihen genommen und mit demokratischem Impetus eingesetzt wurden.

Die junge Wissenschaft der Theaterpädagogik befindet sich aktuell im ästhetischen Paradigma. Schwerpunkt liegt hier stärker auf dem professionell-handwerklichen Theaterschaffen. Der so verstandenen Theaterarbeit und dem Spiel, so Ulrike Hentschel, seien bestimmte Lernprozesse immanent, ohne dass eine außerästhetisch begründete Pädagogisierung oder Didaktisierung des Gegenstandes erfolgen müsse. Was heißt das jedoch für politisches Theater? Reicht die politische Erfahrung, die mit einem ästhetischen Projekt einhergeht? Sie reicht dann, wenn im Vorfeld der Stück- und Regiekonzeption die politisch-pädagogischen Dimensionen erschlossen werden, beispielsweise dahingehend welche zentralen Themen und Konflikte bearbeitet werden (z.B. politische Visionen und Ideologien, Krieg, Zerstörung, Aufbau, Zusammenbruch, Freiheit, Zwang...),

- welche Rollen konzipiert werden sollen,
- ob die Spieler/innen die Rollen exklusiv einnehmen oder ob die



Titel des Werbeflyers

Rollen mehrfach besetzt werden und ob Spieler/innen verschiedene Rollen einnehmen sollen?

Dort, wo nicht auf fertige Stücke zurückgegriffen wird, ist der Schaffensprozess im Vorfeld nicht ein rein ästhetischer, sondern ebenso ein politischer und pädagogischer, bei dem es bei den Schaffenden darum geht, sich ihrer eigenen Positionen und Zugangsweisen, ihrer eigenen Prägungen und ihrer politischen Anliegen bewusst zu sein und darüber hinaus zu fragen, was das Werk für die Spieler und Zuschauer bedeuten könnte?

Der inhaltlich-dramaturgische Schaffensprozess kann nicht eine Aufgabe des Ensembles sein, was zeitlich, inhaltlich und konzeptionell vollkommen überfordert würde. Auch besteht bei einem solchen Vorgehen die Gefahr, die großen Linien und Scharniere eines solchen Stücks wie überhaupt dessen Konsistenz zu gefährden. Das heißt nicht, dass im Probenprozess keine Ideen und Überlegungen Platz finden. Im Gegenteil, die große Chance der Stückweiterentwicklung ist dort gegeben, wo Text und Regie in einer Hand sind, um den Spieler/innen genügend Raum für die eigene Rollenentwicklung und für ihre Ideen zu geben, was wiederum Auswirkungen auf den Text haben kann, indem beispielsweise Passagen verworfen und mit Hilfe gemeinsamer Überlegungen neu konzipiert werden.

Bei AufBrüche habe ich mich bewusst dafür entschieden, die Kernrollen mehrfach zu besetzen. *Dolfi* beispielsweise, unter anderem ein nationalsozialistischer Mitläufer, bot wenig Identifikationsmöglichkeit für die männlichen Spieler. Dadurch, dass die Rolle eingenommen und wieder verlassen werden konnte, wurde ein Einlassen und Distanzieren seitens der Spieler möglich. Die Absicht war, durch die Rollenwechsel einen Spiegel psychischen Facettenreichtums sowohl den Spieler/innen wie auch den Zuschauern zu ermöglichen, nach dem Motto: Jeder und jede birgt in sich eine Vielfalt von Aspekten und je nach Kontext entfalten sich diese oder jene.

Resümee

Was konnte AufBrüche den Spieler/innen vermitteln, was konnten sie erleben und erfahren? Die reflektierte Auseinandersetzung ergab aus der Sicht der Spieler/innen Folgendes:

Die Theaterarbeit schärfte ihr Bewusstsein, in einer Zeitspanne des Friedens und der Demokratie leben zu können. Ein Spieler sagte, er wird ab jetzt wieder zur Wahl gehen. Politik ist nicht beliebig.

Durch die Rolle, die Inszenierung samt Musik wurde ein Einfühlen in verschiedene historische Epochen möglich. Verhältnisse, ideologische Lager und konflikthafte Zusammenhänge nebst menschlichen Reaktionen und Handlungsweisen wurden nachvollziehbar.

Durch das Theater, das kein »Beherrschungstheater« war, wurden innere Prozesse der Auseinandersetzung und Positionsfindung angeregt. Das Denken und Handeln der eigenen Person gewann an Bedeutung, nach dem Motto: Was hätte ich damals gemacht?

Es motivierte zur Auseinandersetzung mit Zeitzeugen (darunter Eltern und Großeltern), Texten, Filmen und Materialien, um der Rolle und der jeweiligen Epoche näher zu kommen.

Aufschlussreich waren Erkenntnisse durch das Überschreiten herkömmlichen Tuns durch das Aufbrechen von Tabus. Die Bedeutung der NS-Fahne und des Hitlergrußes beispielsweise für eine Figur wie *Dolfi* ließ sich erst durch die Rollenübernahme schärfen.

Insgesamt wurden die gemachten Erfahrungen als sehr wertvoll und tiefgreifend empfunden, wengleich der Prozess der Erarbeitung innerhalb von zwei Semestern Höhen und Tiefen hatte, grade auch mit Blick auf die Thematik, die zuweilen schwer und bedrückend war. Hierzu ist zu sagen, dass es sich um ein Ensemble mit einem Kernteam handelte, das sich gut kannte und mit dem ich bereits andere Theaterstücke erarbeitet habe. Es war ein gegenseitiges Kennen und Vertrauen vorhanden und ein hohes

Maß an Verlässlichkeit, ohne das ich dieses, vor allem auch thematisch herausfordernde Projekt nicht gewagt hätte.

Insgesamt wurde das Theater sechsmal aufgeführt und nach jeder Aufführung gab es ein Werkstattgespräch mit dem Publikum. Jedes Publikum war anders und setzte im Dialog jeweils andere Akzente. AufBrüche beschäftigte, und vor allem beschäftigte die Frage: Was hätte ich damals gemacht? Immer wieder wurde die Verbindung zwischen Individuum und sozialen Verhältnissen thematisiert.

Politisches Theater kann nicht einfach unter das Motto »Kunst ist Selbstzweck« subsumiert werden. Es ist mehr, weil es besondere Formen von Wertorientierung, Bewusstheit und Entscheidungen verlangt. Wenn diese Entscheidungen getroffen sind, können sie dem ästhetischen Prozess übergeben werden. Dieser erzeugt dann im demokratischen Sinne einen Raum der Ermöglichung von Erlebnissen und Erfahrungen, für das Experimentieren und für Prozesse der Bewusstwerdung und des Verstehens.

Politisches Theater ist kein Ersatz für politische Bildung, die auf Wissen und Information basiert. Theater mit seinen Möglichkeiten der Inszenierung durch Aktionen, Bilder, Musik und Licht eröffnet Möglichkeiten des Einfühlens in politische und historische Vorgänge. Der emotionale Zugang ist es, der hier von großer Bedeutung ist und den Weg für eine reflektierte Auseinandersetzung mit historischen, politischen und gesellschaftlichen Themen und Prozessen ebnet. Politisches Theater in dieser Form ist nichts anderes als ganzheitliche Bildung: ein Erleben und Lernen mit allen Sinnen!

ANMERKUNGEN / LITERATUR

- 1 Piscator, E. (2003): Das Politische Theater. Reinbek.
- 2 Hentschel, U. (2003): Fragen an die Kunstpraxis als Grundlage didaktischer Entscheidungen. In: Hentschel, Ulrike / Stielow, Reimar: Fragen. Köln, S. 83.

INTERNETRECHERCHE

1 Hilfestellung gratis

Rund 13 % aller Bundesbürger und 43 % aller Arbeitslosen verdienen weniger als 780 Euro und gelten somit als arm. Als besonders schwerwiegend wird die Kinderarmut angesehen. So stellte jetzt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung fest, dass sogar jedes fünfte Kind in Deutschland unter diese Gruppe fällt. Bei einem solchen gravierenden gesellschaftlichen Problem ist es kein Wunder, dass es im Internet nur so wimmelt von Seiten, die sich mit dem Thema Armut beschäftigen.

armut.de

Fangen wir ganz einfach an: www.armut.de. Dahinter verbirgt sich ein Angebot des Deutschen Instituts für Armutsbekämpfung (DIFA) zu den Themen Armut und Entwicklungszusammenarbeit – alte Quellen, abgelaufene Links, kaum Infos: eine typische Portalseite mit einem markanten Begriff, die sich irgendwann eine Firma oder Institution gesichert hat und jetzt nicht mehr weiter pflegt. Solcherlei Netzleichen finden sich zu Hauf, leider auch bei vielen zentralen Begriffen, wie etwa www.hilfe.de, das sich wohl ein Klickpirat gesichert hat und mit sinnfreien Angeboten wie von »Möchte gerne Menschen bei Ihrem problem habe. Ich habe im Rettungsdienst und in der Beratung und Betreuung (KIT)« ein Netz der Hilfe aufbauen will. Hübsch ist auch das Angebot von www.hilfmir.com, das »Network der besonderen Art: 1 Hilfestellung gratis – jede weitere Frage kostet nur 10 EURO exclusive MWST.« Aus Personalmangel können hier derzeit nur Fragen zu den Themen Jobbewerbung, Fitness und Internet gestellt werden. www.arm.de – nächster Versuch, und auch kein Glück, denn ARM ist die Firma Advanced Resource Management

GmbH sicher nicht. www.armut-in-deutschland.de? Die Firma »Reisen und Sparen« bietet die Adresse zur Übernahme (sprich: zum Kauf) an. Dann versuchen wir es konkreter: www.hartzIV.de. Die Domäne führt auf eine Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, auf der staubtrocken Informationen zur »Grundsicherung für Arbeitsuchende (ALG II)« aufgeführt werden, so z.B. »Eingliederungsberichte der zugelassenen kommunalen Träger zur Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende« oder die in diesem Zusammenhang sehr hilfreiche Rede von Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales, anlässlich des Festakts »10 Jahre Nano-X GmbH« am 18. August 2009 in Saarbrücken-Güdingen. Da waren bestimmt viele Hartz-IV-Empfänger unter den Zuhörern. Also, richtige Hilfe sieht anders aus.

100.000 Euro Eilkredit

Hinter www.sozialleistung.info steckt wenigstens eine aktuelle, allerdings auch vollkommen designbefreite Page mit vielen Infos. Ein Blick in das Forum reicht, um einen Eindruck vom komplexen Hartz-IV-Gefüge zu bekommen (z.B. folgender Eintrag: »hy ich hätte mal eine frage also ich und mein verlobter haben einen gemeinsamen sohn der jetzt 7 monate ist und ich und unser kid ohnen in einer eigenen wohnung der vater wohnt noch zuhause bei seinen eltern weil er noch in ausbildung ist jetzt bin ich erst vor 4 monaten in eine neue wohnung gezogen die arge übernimmt meine miete jetzt möchte der vater bei mir einziehen das er mehr zeit mit seinem kind verbringen kann wen die arge zustimmt kann er gleich einziehen oder müssen wir warten bis wir den bescheid haben«. Die vielen sehr passenden

Google-Werbeanzeigen (wunderbar z.B.: »Eil-Kredit ohne Schufa Bargeld von 3.000 – 100.000 EUR auch ohne Schufa möglich!« oder »Scheidung in Essen und Umgebung ganz unkompliziert per Internet«) deuten allerdings auf ein kommerzielles Angebot hin.

Hartz-IV-Hasser

Austoben können sich Hartz-IV-Hasser auf der Seite www.gegen-hartz.de, mit einer wahren Orgie von Informationen, einschließlich Mustervorlagen für den Widerspruch (ebenfalls ein kommerzielles Angebot). Die Not ist mindestens genauso groß wie die Komplexität der gesetzlichen Bestimmungen. Ähnlich: www.erwerbslosenforum.de oder www.sozialhilfe24.de vom »Verein für soziales Leben e.V.« – wo sich übrigens auch die gleiche Google-Kredit-Anzeige wie bei www.sozialleistung.info aufdrängt.

Wirklich gut und hilfreich ist www.kontaktstelle.de der katholischen Betriebsseelsorge der Erzdiözese Bamberg, hier kann man im Gegensatz zu den kommerziellen Angeboten auch anrufen, wenn man noch weitere Fragen zu klären hat. Die Seite enthält auf die regionale Situation zugeschnittene Angebote, einschließlich aller Kontakte zu entsprechenden Hilfsangeboten. Vorbildlich!

Obwohl das Internet eine wichtige Einstiegs-Informationsquelle ist – richtige Hilfe und Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und in anderen schwierigen Situationen findet man sowieso nicht im Netz, sondern nur bei den bewährten Trägern der Wohlfahrtspflege. Von der übersichtlichen Seite www.caritas.de gelangt man z.B. schnell zu den entsprechenden Angeboten vor Ort. Garantiert werbefrei.

Michael Sommer

Bildungs- gerechtigkeit

Ursachen und Folgen mangelnder Bildungsgerechtigkeit aus sozialetischer Sicht

Der Sammelband zum Forschungsprojekt „Menschenrecht auf Bildung“ trägt zur Klärung grundlegender Fragen des Zusammenhangs von Bildung und Beteiligungsgerechtigkeit bei.

Im interdisziplinären Kontext wird diskutiert, wie das Bildungssystem gerechter ausgestaltet werden kann. Dabei werden sozialwissenschaftliche, sozialetische, pädagogische sowie bildungsökonomische Perspektiven dargelegt und diskutiert.

Die Herausgeber

Marianne Heimbach-Steins ist Direktorin des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften an der Universität Münster. Gerhard Kruijff lehrt christliche Anthropologie und Sozialetik an der Universität Mainz. Axel Bernd Kunze lehrt Schulpädagogik mit dem Schwerpunkt Bildung und Erziehung an der Universität Trier.



Marianne Heimbach-Steins,
Gerhard Kruijff,
Axel Bernd Kunze (Hg.)

Bildungsgerechtigkeit – Interdisziplinäre Perspektiven

Forum Bildungsethik, 8

2009, 227 S.,

29,90 € (D)/49,90 SFr

ISBN 978-3-7639-3548-2

Best.-Nr. 6001833

www.wbv.de

W. Bertelsmann Verlag

Bestellung per Telefon 0521 91101-11 per E-Mail service@wbv.de



Literatur zum Thema

ARBEITSMARKT 1

Arnd Küppers

Gerechtigkeit in der modernen Arbeitsgesellschaft und Tarifautonomie

Paderborn u.a. (F. Schöningh) 2008, 544 S., 78 €

Die voluminöse Studie von Arnd Küppers wurde Anfang 2007 von der Theologischen Fakultät an der Universität Freiburg als Dissertation angenommen und teilt natürlich alle Eigen- bzw. Unarten dieses akademischen Formats: Auf knapp 500 Seiten Text mit 2.500 Fußnoten und 50 Seiten Literaturangaben pflügt sie durchs Feld der wissenschaftlichen Diskussion und geistesgeschichtlichen Bestände, skizziert in einem ersten Kapitel anthropologische sowie soziologische Positionen zur Arbeit, resümiert dann die (inzwischen wieder abgeflaute) Debatte über die Zukunft oder das Ende der »Arbeitsgesellschaft«, um schließlich zu ihrem Hauptthema, der Entwicklung des Tarifvertragswesens in Deutschland, zu kommen. Der Ertrag dieses Abrisses wird in einem Schlusskapitel im Blick auf soziale

Das Sanctissimum des Privateigentums an Produktionsmitteln will auch die neuere Sozialethik nicht angreifen.

Gerechtigkeit reflektiert, wobei neben christlich-sozialen auch liberale oder sozialistische Deutungen thematisiert werden. Einleitung und Schlusswort stellen Bezüge zu den aktuellen wissenschaftlichen und politischen Diskursen her.

Küppers' weit ausholende Abhandlung hat den Vorzug, dass sie zur rechten Zeit erschienen ist, da Leistungsfähigkeit und Steuerungsbedarf der Marktwirtschaft allenthalben diskutiert werden, und dass sie sich als Einstieg mit der Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx auseinandersetzt, also mit der anspruchsvollsten Theorie, die es zu diesem Thema gibt. Küppers hat auch an der Veröffentlichung »Das Kapital« von Erzbischof Reinhard Marx mitgewirkt (vgl. EB 1/09) und er wird wohl dafür verantwortlich sein, dass die dort geleistete Auseinandersetzung mit dem Marxismus in intelligenter Weise geschieht – und nicht mit dem Holzhammer, den Norbert Blüm letzt noch zur Verteidigung des christlichen Personalismus gegen den »sozialistischen Kollektivismus« schwang (vgl. die Rezension in EB 1/07). Blüm, der durchaus vom Geist eines christlichen Antikapitalismus beseelt ist, folgte hier einer Tradition, die Marx mit Schlagworten abtut (Vergewaltigung der freien Person, Gleichmacherei...) und ihn da, wo sie sich auf seine theoretischen Arbeiten einlässt, falsch zitiert oder die Aussagen um ihren Sinn bringt.

Da Küppers festhält, dass die »christliche Sozialethik ihre eigene Sozialanalyse und -kritik von Anfang an wesentlich als

Gegenentwurf zu marxischen und marxistischen Vorstellungen entwickelt« hat (18), soll hier der Ausgangspunkt seiner Schrift genauer beleuchtet werden. Sie beginnt mit der Einsicht, die inzwischen auch die didaktische Debatte der politischen und ökonomischen Bildung beschäftigt, dass die wissenschaftliche Leistung von Marx nicht in der von den Arbeiterparteien dogmatisierten materialistischen Philosophie eines Diamat oder Histomat besteht, sondern in der Kritik des kapitalistischen Produktions-, Zirkulations- und Reproduktionsprozesses, wie sie in den drei Bänden des »Kapital« ausgeführt ist. Küppers greift aus dem ersten und dritten Band die Bestimmungen über Arbeit als »Stoffwechselprozess« zwischen Mensch und Natur auf – ein Prozess, in dem der Mensch sowohl seine Produktivkräfte als auch seine Bedürfnisstruktur entwickle – und thematisiert die von Marx angesprochene Dualität von »Reich der Notwendigkeit« und »Reich der Freiheit«, die »dialektisch« zu verstehen sei.

Küppers zeigt in einem theoriegeschichtlichen Abriss, dass es bei der Beurteilung der kapitalistischen Arbeitswelt zahlreiche Übereinstimmungen zwischen Marx und christlich-sozialer Kritik gibt, wobei auch noch die Randerscheinung eines sozialen Liberalismus gewürdigt und ein Zitate-Reigen von Adam Smith bis Jürgen Habermas sowie ein Streiflicht aufs Ende des realen Sozialismus geliefert werden. Das Ergebnis ist jedoch eine kategorische Absage an Marx. »Der Mensch ist nicht auf seine Arbeit zu reduzieren, er findet in der Arbeit nicht zur Fülle seiner Wirklichkeit« (50f), resümiert Küppers als Gegenposition christlicher Sozialethik. Ein merkwürdiges Fazit, das durch die Argumentation von Marx keineswegs gedeckt wird! Bei Marx kann von einer solchen Reduktion nicht die Rede sein. Arbeit ist für ihn nicht Erfüllung menschlichen Daseins, sondern bleibende Grundlage dafür, dass der Mensch im Reich der Freiheit seine Zwecke verwirklicht, und seine Kritik zielt darauf, dass im System der Lohnarbeit die Lebenszeit in Arbeitszeit verwandelt wird, dass es die Marktwirtschaft also zu der paradoxen Glücksverheißung »Arbeit, Arbeit, Arbeit« (wie die FDP früher im Wahlkampf plakatierte) gebracht hat. Dass der Mensch auf sein Arbeitsvermögen reduziert wird, ist gerade der Skandal für Marx und die Ausführungen zum Arbeitsbegriff im »Kapital« sind nur der Auftakt bzw. das Resümee einer Untersuchung, die das eigentümliche Schicksal der Arbeit im Kapitalismus thematisiert – mit dem Resultat, dass ihre wirkliche Zweckbestimmung nicht in der Bedürfnisbefriedigung, der Vergrößerung des »Reichs der Freiheit«, sondern in ihrer wert- bzw. mehrwertschaffenden Qualität besteht. Um diesen theoretischen Zusammenhang kümmert sich Küppers nicht, dagegen um Basis und Überbau, Geschichtsphilosophie oder Entfremdung – also um Kategorien, die im »Kapital« keine Rolle spielen.

Was im Einzelnen an Widerlegung angeführt wird, macht die Absage nicht einsichtiger. Als Erstes hat Küppers ein Problem damit, dass die Marxsche Bestimmung der Arbeit als gesellschaftliche Selbsterschaffung des Menschen kaum von christlich-sozialen Aussagen, auch konservativer Provenienz, zu unterscheiden ist – »In der Arbeit entfaltet sich der Mensch zu sich selbst«, schrieb etwa Joseph Höffner in

seiner »Christlichen Gesellschaftslehre« (1975, 123). Hier hilft der Kunstgriff, die Marxsche Position mit Zitaten aus seinen frühen philosophischen Manuskripten als materialistische »Selbsterzeugung« im Unterschied zur christlichen »Selbsterzeugung« zu fassen. Dass Marx diese Schriften wie vieles andere, das später zur Dogmatisierung seiner Lehre diente, nicht veröffentlichte, sondern der »nagenden Kritik der Mäuse« überließ, da es die Funktion der Selbstverständigung erfüllt hatte, interessiert nicht. Marx soll als Atheist überführt werden, weshalb aus seiner Religionskritik zitiert werden muss. Dass Marx materialistischer Theoretiker war, ist Küppers in der Tat zuzugestehen. Dies war aber auch schon vorher bekannt – so dass der Autor sich und dem Publikum den Blick in die Marxschen Schriften (und damit viele Seiten und Fußnoten) hätte ersparen können.

Ein anderer wichtiger Einwand kommt merkwürdigerweise als Zugeständnis, aber in Form der Distanzierung daher: Die Marxsche Erkenntnis, »dass die Notwendigkeit ein Signum menschlicher Arbeit ist«, sei »banal« (77). Im selben Duktus wird – unter Anlehnung an den wissenschaftlichen Mainstream – das Basis-Überbau-Schema als »trivial« (49, 69) verworfen. Banalität oder Trivialität sind aber als analytische Kategorien wertlos. Wer Überraschungen und exquisite Einfälle sucht, soll ins Stadttheater gehen. Hinzu kommt, dass die zusammenfassende Bemerkung über die Notwendigkeit der Arbeit gerade an der theoretischen Lebensleistung von Marx, die mit dem »Kapital« vorliegt, vorbeigeht. Hier ist ja nicht die notwendige Arbeit Thema, sondern die »Mehrarbeit«, die »Surplusarbeit«, deren Aneignung den Angelpunkt kapitalistischer Produktion bedeutet und zugleich diese Produktionsweise in systemeigene Widersprüche (tendenzieller Fall der Profitrate etc.) verwickelt. Grundlage dafür ist der »Doppelcharakter der Arbeit«, den Marx aus den Grundbestimmungen der Warenproduktion ableitet.

Küppers hält Marx zugute, dass er das »Bedingungsverhältnis« zwischen Arbeiten und Leben erkannt habe, »während es in Deutschland eine von dem modernen Sozialstaat garantierte Grundsicherung für alle Bürger« gebe, »welche droht, diesen Zusammenhang vergessen zu machen.« (20) Das ist eine erstaunliche Feststellung. Bischof Marx hat in seinem »Plädoyer für den Menschen« ausführlich die heute stattfindende Verarmung arbeitender und arbeitsloser Menschen dargelegt – und Küppers spricht von »garantierter Grundsicherung«. Diese Sicherung wird zudem, wie die Debatten um den dritten Arbeitsmarkt zeigen (s.u.), gnadenlos mit Arbeitszwang verbunden – von Vergesslichkeit in dieser Hinsicht kann also keine Rede sein. In anderer Hinsicht allerdings schon: Wer Kapital besitzt, z.B. sein Geld für sich arbeiten lässt, darf seit *Rerum novarum* mit dem Segen der Kirche das naturgegebene »Bedingungsverhältnis« getrost vergessen. Und das Sanctissimum des Privateigentums an Produktionsmitteln, das dieser Vergesslichkeit zu Grunde liegt, will auch die neuere Sozialethik, die als Zeitzeugin das Debakel marktwirtschaftlicher Effizienz erlebt, nicht angreifen.

js

ARBEITSMARKT 2

Michael Buestrich

Ein dritter Arbeitsmarkt – Wozu? Arbeitsmarkt-, armuts- und ordnungspolitische Intentionen des Förderprogrammes »Perspektiven für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen – JobPerspektive«
Münster (Lit) 2008, 86 S., 19,90 €

Erzbischof Reinhard Marx hat in seinem »Plädoyer für den Menschen« (vgl. EB 1/09) an die bereits vor einem Vierteljahrhundert ins Leben gerufene »Aktion Arbeit« des Bistums Trier erinnert und sich für eine »Neubelebung des so genannten Dritten Arbeitsmarktes« mit seiner (auch für die Bistums-Aktion maßgeblichen) Grundidee, »Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu subventionieren«, stark gemacht. Michael Buestrich, Professor an der Evangelischen Fachhochschule in Bochum, hat diesem Thema eine eigene Publikation gewidmet, die anlässlich des im Untertitel genannten, durch eine SGB-Änderung vom Juli 2007 geschaffenen Förderprogramms Wesen und Wirkung der neueren Arbeitsmarktpolitik beleuchtet. Das knapp gehaltene, gut lesbare und mit zahlreichen Nachweisen versehene Büchlein bietet einen hochinstruktiven Überblick über die sozial(politisch)en Entwicklungen seit den Hartz-Reformen und über den offiziell festgestellten Handlungsbedarf.

Zunächst bilanziert Buestrich das Resultat der rotgrünen Arbeitsmarktpolitik, nämlich den Fortschritt der Verarmung mit Niedriglohnssektor, »abgehängtem Prekariat« und weiter bestehender Massenarbeitslosigkeit. Dabei setzt sich seine Bestandsaufnahme noch mit der Aufschwung-Rhetorik auseinander, die bis Mitte 2008 im Schwange war. Seit dem Manifestwerden der Finanz- und Wirtschaftskrise ist hier ein offizieller Pessimismus eingezogen, was Buestrich als Bestätigung seiner differenzierten Analyse verbuchen könnte. Doch ihm geht es weniger – im Sinne empirischer Armutsforschung – um eine Zustandsbeschreibung, sondern um die Logik der arbeitsmarktpolitischen Instrumentarien. Diese sind ja bereits seit Längerem im Einsatz und haben den so genannten zweiten Arbeitsmarkt hervorgebracht, auf dem die öffentliche Hand die Anwendung von Arbeitskräften subventioniert oder selber organisiert (ABM, Beschäftigungsgesellschaften etc.) – wobei zu den subventionierten Firmen, wie man letzst dank der EU-Verordnung für die Landwirtschaft erfahren konnte, auch gestandene Global Player (Beispiel Haribo) gehören.

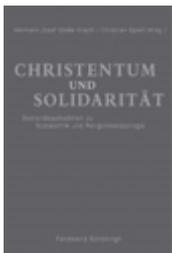
Die Forderung nach einem weiteren, dritten Arbeitsmarkt verdankt sich der politischen Unzufriedenheit mit dem erreichten Zustand. Der mit der Agenda 2010 herbeigeführte Druck auf Arbeitsuchende hat zwar die Ausweitung eines Niedriglohnssektors und die Verbilligung des Faktors Arbeit, aber keine nennenswerte Reduktion der Massenarbeitslosigkeit samt sozialem Kostenapparat bewirkt. Dies führte zur Neuauflage der Idee, die beim zweiten Arbeitsmarkt Pate stand: statt Lohnersatz einen (temporären) Ersatz für rentable Beschäftigungsverhältnisse zu leisten. Die Aufgabe soll nun zielgruppenspezifisch genauer justiert, auf schwer vermittelbare Personen begrenzt und perspektivisch als Dauerverhältnis

angelegt werden. Im Grunde ist also nicht viel neu beim dritten Arbeitsmarkt. Einzelne Fachleute sprechen daher auch lieber von einem »ehrlichen zweiten Arbeitsmarkt«, wobei die Ehrlichkeit darin bestehen soll, den Erfolgsmaßstab einer durch »Fördern und Fordern« zu erreichenden Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt zurückzustellen.

Buestrichs Analyse zeigt, dass es aber nicht um business as usual geht, sondern gravierende Veränderungen auf dem Weg sind. Zum einen werde eine »Verwaltung Ausrangierter jenseits des regulären Arbeitsmarktes« (64) betrieben, die also Unbrauchbarkeit des Humankapitals konstatiere und gleichzeitig an einer Arbeitspflicht festhalte. So werde ein auf Ordnungs- und Sicherheitsprobleme fokussierter, staatschützerischer Gesichtspunkt im Sozialen maßgeblich, was Parallelen zur Arbeitsgesetzgebung des Frühkapitalismus aufweise, allerdings auf einer ganz neuen Grundlage stattfinde. Zum andern geht Buestrich darauf ein, wie die Bestimmung des Personenkreises, der in den Genuss der neuen Förderprogramme kommen soll, vorgenommen wird. Er legt dar, dass hier eine fatale Entwicklung fortgeschrieben wird, Arbeitslose auf Grund persönlicher Defizite für ihre Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen. An dieser Stelle kommen auch Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Sprache, die sich vom Prinzip der Defizitbearbeitung leiten lassen. Bildungsarbeit ist zwar bei Buestrich nicht eigens Thema, die prekäre Situation, in der sie sich angesichts der aktuellen Anforderungen befindet, macht das Buch aber eindrucksvoll deutlich.

js

SOLIDARITÄT



Hermann-Josef Grosse-Kracht/Christian Spiess (Hg.)
Christentum und Solidarität – Bestandsaufnahme zu Sozialethik und Religionssoziologie
 Paderborn (F. Schöningh) 2008, 760 S., 98 €

Christentum und Solidarität – worauf der umfangreiche Sammelband der Sozialethiker Hermann-Josef Grosse-Kracht und Christian Spiess unter aktuellen sozialetischen wie religionssoziologischen Fragestellungen fokussiert – sind auch für die kirchliche Erwachsenenbildung zentrale Begriffe, versteht sie sich doch explizit der christlichen Tradition und deren Kernmotiv des umfassenden Heils für alle verpflichtet und gleichzeitig der ebenfalls christlich begründeten Praxis der Solidarität gerade mit den Benachteiligten. Bildung kann also niemals den Bezug zu den realen Gegebenheiten der Gesellschaft, ihren Entwicklungen und Auswirkungen insbesondere im Hinblick auf Religion und das Lernziel Solidarität ausschließen. Der anlässlich des 65. Geburtstages von Karl Gabriel vorgelegte Sammelband bietet nun einen umfassenden Überblick über die aktuellen Themen und Theoriediskurse zu Christentum und Solidarität, die zurzeit in Religionssoziologie und christlichen Sozialwissenschaften anstehen.

Aktualität gewinnt der Band dadurch, dass er der Frage nachgeht, wie es in unseren westlichen Gesellschaften um die Gegenwartsrelevanz und die Zukunftspotentiale von Christentum und Solidarität bestellt ist – eine Frage, die erneut auf die Agenda der öffentlichen Selbstverständigungsdebatten drängt. Dabei muss man nicht befürchten, eine wertfreie, rein wissenschaftliche Theoriediskussion geboten zu bekommen, sondern darf sich auf pointierte und positionierte Beiträge freuen, ganz in der Tradition desjenigen, dem der Band gewidmet ist und der sich immer auf der Schnittstelle zwischen katholischer Sozialethik, moderner Soziologie und den Diskursen der normativen philosophischen Philosophie bewegt hat und der sich der biblischen Option für die Armen, den sozialkatholischen Prinzipien von Gerechtigkeit und Solidarität und dem Leitbild einer diskursiven Demokratie verpflichtet weiß: alles Themen, die auch genuine Relevanz in der erwachsenenbildnerischen Praxis und ihrer konzeptionellen Grundlegung einnehmen. Sechs Teile gliedern den Band, aufgenommen sind biblische, systematisch- und praktisch-theologische Beiträge. Aufsätze mit dem Fokus auf Solidarität in Anknüpfung an die biblische Option für die Armen eröffnen den Band und damit interessante Perspektiven auf Altes und Neues Testament (Wacker, Ebner), auf die theologische Begründung von Solidarität (Werbick), auf die Solidarität als Kenn- und Prüfzeichen missionarischer Identität von Kirche (Collet), auf Caritas (Schmälzle), auf den Zusammenhang mit der Diakonie (Haslinger) und insbesondere auf die Frage danach, ob und wie Solidarität gelernt werden kann (Steinkamp). Wer sich für historische Entwicklungsgänge des Verhältnisses von Katholizismus und Moderne interessiert, wird im zweiten Teil fündig, und zwar in Beiträgen, die verdeutlichen, dass katholische Sozialtraditionen zumeist mitten in den historischen Konfliktfeldern um Solidarität standen und sich nicht abseits hielten. Eher theoriegeleitet erfolgen die religionssoziologischen Vergewisserungen im dritten Teil zum Thema Religion und Gesellschaft. Hans Joas setzt sich beispielsweise mit dem Thema Werte und Religion auseinander, und José Casanova belegt anhand der Komplexität der religiösen Entwicklung in der Moderne erneut seine Einwände gegen die Säkularisierungsthese und betont demgegenüber die Vereinbarkeit von Religion und Moderne. Mit der Zukunft des Islams setzt sich Otto Kallscheuer unter der Frage »Kulturelle Minderheit oder Weltreligion?« auseinander. Systematische Klärungen zum Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat aus protestantischer Perspektive (Meireis), zur neuen Gerechtigkeitssemantik in der protestantischen Sozialethik (Reuter), zur Frage, inwieweit Solidarität eine Maximalmoral darstellt (Spiess), zur Arbeitsmigration (Fisch) sowie zur sozialetischen Problematisierung von Gesundheit als Ware (Leibold) erfolgen im vierten und fünften Teil unter dem Titel »Ethik und Politik«. Persönliche Einschätzungen von Franz Kamphaus, Hans Joachim Meyer, Arno Anzenbacher und Franz-Xaver Kaufmann zur Frage nach der Zukunft von Christentum und Solidarität runden den Band ab.

Insgesamt ein Sammelband, der sich mit rund 750 Seiten sicher nicht für zügiges Durchlesen eignet, aber eine Fundgrube für alle darstellt, die an der aktuellen Debattenlage

zur Zukunftsfähigkeit des Christentums, an Diskussionen über Solidarität und an aktuellen religionssoziologischen Fragestellungen interessiert sind. Auch wenn es sich nicht um leichte Kost handelt, lohnen fast alle Beiträge die intellektuelle Anstrengung – zumal namhafte Vertreter der jeweiligen Disziplinen ihre aktuellen Forschungsergebnisse darlegen.

Judith Könemann

UMWELTETHIK

Andreas Lienkamp

Klimawandel und Gerechtigkeit – Eine Ethik der Nachhaltigkeit in christlicher Perspektive

Paderborn (F. Schöningh) 2009, 534 S., 58 €

Die Studie, die die Habilitationsschrift des Autors darstellt und die in einer gewissen Nähe zum Expertenpapier der Deutschen Bischofskonferenz über den Klimawandel von 2007 steht (vgl. EB 1/09), skizziert zuerst (Kap. 1) die gewählte Vorgehensweise. Danach (Kap. 2) wird der Klimawandel in seinen Ursachen und voraussichtlichen Folgen dargelegt, u.a. in Bezug auf Studien des Weltklimarates (IPCC). Die ethische Begründung von Handlungsnormen ist Thema des umfangreichsten Teils (Kap. 3). Hier stellt der Autor zwei Argumentationsstränge vor: zum einen ausgehend von einem biblischen Ethos, zum anderen als Begründung von Gerechtigkeitsüberlegungen, die unabhängig von christlichen Motiven möglich ist. Ziel ist dabei, Kriterien für nachhaltiges Handeln zu bestimmen und zu begründen. Politische Maßnahmen, die sich weltweit aus dem Kyoto-Protokoll ergeben, werden abschließend als gesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten thematisiert und diskutiert (Kap. 4).

Die inhaltliche These der Arbeit ist an sich nicht neu, wenn auch politisch umstritten und deswegen öfter an den Rand gedrängt: Vom Klimawandel, der in großen Teilen auf menschliches Handeln zurückgeht und in der Verantwortung der Menschen liegt, ist die gesamte Weltbevölkerung betroffen; die besondere Verantwortung des Handelns besteht aber gegenüber Menschen in den Entwicklungsländern, die von den Auswirkungen stärker betroffen sind als die Bewohner der Industrieländer. Die Maßnahmen müssen sich daran messen lassen, inwieweit sie dieser Herausforderung gerecht werden.

Das gewählte Thema ist aktuell und »angesagt«, damit aber manchen politischen Modezyklen unterworfen. In den letzten beiden Jahren genoss der Klimawandel in Deutschland mehr politische Aufmerksamkeit als zuvor; nichtsdestotrotz gab es auch schon früher politische und ethische Bestrebungen, ihn anzugehen. Aber es besteht die Gefahr, dass das Engagement in dieser Sache an Relevanz verliert, wenn das Thema nicht mehr en vogue ist. Neben der Themenfokussierung ist der gewählte Zugang bemerkenswert. Dies wird deutlicher, wenn man betrachtet, welche bekannten Topoi fehlen: Der Strang der philosophischen Umweltethik kommt etwas zu kurz; die politischen Kämpfe und Auseinandersetzungen, die den Umweltschutz so mühselig machen und für die ebenfalls ein Allmende-Dilemma (»Politikversagen«) gilt, werden nicht

thematisiert; und die Zusammenstellung der empirisch beschreibbaren Ursachen und Wirkungen geschieht nicht völlig frei von Werturteilen, sondern nimmt die Bestandsaufnahme aus einer bestimmten Perspektive vor (ohne Frage legt der Autor jedoch seine Wertannahmen offen und begründet sie im Hauptteil). Durch die Vernachlässigung dieser bekannten Sachverhalte tritt jedoch der eigene Argumentationsgang des Autors deutlicher hervor.

Ins Auge fällt sofort die Abfolge Sehen – Urteilen – Handeln, die zwar schon länger in der christlichen Sozialethik verankert ist (z.B. im Sozialwort der Kirchen), hier aber noch einmal fundiert wird. Die Begründung des Urteilens nimmt einer ethischen Arbeit entsprechend den größten Raum ein. Dabei ist interessant, dass das biblische Ethos als Grundlage und oberste Norm für christliches Handeln ausführlich dargestellt und in einer systematischen Begründungsweise mit den aktuellen Erfordernissen vorbildlich zusammengeführt wird. Weiterhin werden Gerechtigkeitsüberlegungen aufgeführt und begründet – angefangen von philosophischen Grundsatzfragen über verfassungsrechtliche Normen bis hin zu einzelnen Prinzipien. Der Charme dieses Teiles liegt vor allem in der Berücksichtigung der Argumentationen der letzten 15 Jahre, wie man den Schutz der Umwelt verbindlich zur Norm staatlichen Handelns – auf nationaler und internationaler Ebene – erklären könnte und welche Rechtsprinzipien daraus resultieren. Hier findet sich eine Fülle von Anregungen, um das Gespräch mit jenen zu führen, die ihre Verantwortung aus anderen als christlichen Motiven begründen und wahrnehmen wollen. Und hier gibt es auch viele Anregungen für die Diskussion seit der Finanz- und Wirtschaftskrise, in der immer wieder eine sozialethische Klärung des Imperativs sozialer Gerechtigkeit angefragt wird.

Bei Lienkamps Arbeit handelt es sich um eine weit ausgreifende, materialreiche Studie. Die klare, gut verständliche Sprache des Autors motiviert zum Lesen, die Gliederung ist transparent, und das Stichwort- und das Personenverzeichnis erleichtern das eigene Durcharbeiten.

Johanna Bödege-Wolf

SOZIALPORTRÄTS

Thomas Wagner

Draußen – Leben mit Hartz IV. Eine Herausforderung für die Kirche und ihre Caritas

Mit einem Vorwort von Bischof Kamphaus. Freiburg i. Br. (Lambertus) 2008, 183 S., 9,90 €

Franz Kamphaus, weit über seine Konfession hinaus als toleranter Bischof und praxiszugewandter Sozialethiker geachtet, überschreibt sein Vorwort zum vorliegenden Buch mit »Der Riss zwischen Armut und Wohlstand«. Hinwendung zu Gott und den Armen gehörten untrennbar zusammen; wir seien gerufen, den Benachteiligten und Ausgegrenzten im Namen Gottes mit Rat und Tat zur Seite zu stehen; individuelle Hilfe und Einsatz für Gerechtigkeit seien Teil der Sendung der Kirche. Im Schlussteil des Buches (»Kontaktadressen im Bistum

Limburg«: Caritas-Beschäftigungsträger, kirchliche Sozialbüros, Beratungsdienste, weitere kirchliche Anlaufstellen) wird dann das Wirken des Bischofs und seiner Mitarbeiter übersichtlich gemacht. Und die nachfolgende Literaturliste mit 62 Titeln belegt eindrucksvoll, dass man sich weit über die eigenen Grenzen hinaus orientiert.

Thomas Wagner, katholischer Theologe und Pädagoge, Mitarbeiter des Nell-Breuning-Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen, Frankfurt am Main, und im Bistum Limburg mit dem Aufbau eines »Sozialmonitorings« beauftragt, gibt seiner Einleitung den Titel »Fünf Jahre Hartz IV«. Er befasst sich darin u.a. mit kontroversen Einschätzungen aus jüngerer Zeit und fragt: »Hartz IV: Teil eines grundsätzlich anderen, neoliberalen Staates?«. Zudem hält er fest, dass der Blick ins konkrete Leben es ermöglicht, festgefügte Wahrnehmungen und politische Positionen zu überprüfen.

Im Vordergrund des Buchs steht Lebensweltorientierung. Neun Betroffene, alle in die ALG-II-Sphäre geraten, werden in ihren

Ein erheblicher Teil des Beschäftigungszuwachses resultiert demnach aus der Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Werdegängen und gegenwärtigen Befindlichkeiten – Buchteile »Porträts« (S. 24–140) und »Nachspann« im Anhang (»Wir wollen arbeiten!«, S. 166–173) – vorgestellt und befragt. Die »Porträt«-Überschriften bringen soziale Schicksale auf den Punkt: »Ein zerrissenes Leben schultern« (21-Jähriger ohne Ausbildung), »Der Sprung von Schule in Beruf ist heute nicht selten einer in den Abgrund!« (arbeitsuchender 25-Jähriger, Techniker), »Es geht wunderbar. Muss ja!« (Nuria Gonzales, alleinstehende Mutter mit vier Kindern, Leiharbeiterin, seit zehn Jahren Sozialhilfe- bzw. ALG-II-Bezug – welche Mühe bereitet es allein schon, dass die Kinder rechtzeitig in Kindergarten und Schule kommen), »Im Hamsterrad der Arbeit« (Aysche Gylüg, 44, drei Kinder, ungelernte Arbeiterin, erfolgreiche Bäckereifilialeiterin, dann Aufgeben nach verschärften Franchising-Auflagen). Oder ein anderes Beispiel: »Arbeitslose sind nicht faul oder dumm, sie sind Opfer des Systems!« (Informatiker, 63, Eigenbetrieb Sommer 2003 insolvent). Auch subjektive »Anfechtbarkeiten« kommen vor. Man gewinnt ein beeindruckend komplettes Bild. Dass manche Vorgestellte Caritas-Hilfe dankend mit benennen, ist ein weiteres Kennzeichen des bündigen Buches.

Sachtexte mit beträchtlichem Informationsgehalt stehen eingefasst zwischen den »Porträts«, so »Die neue Unterklasse«, »Jugendarbeitslosigkeit«, »Arbeitslosigkeit im Oktober 2007 fast wie 1994, aber doch ganz anders«. Ein erheblicher Teil des Beschäftigungszuwachses resultiert demnach aus der Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen, von Leiharbeit, von geringfügig entlohnter und Teilzeit-Beschäftigung, und es gab statistische Schönungen – Gefahren mit besonderer Brisanz kündigen sich für Zeiten konjunkturellen Abschwungs an. »Verlust und drohender Verlust der Wohnung«, »Fundamen-

talkritik an Arbeitsgelegenheiten«, »Hartz IV macht einsam«, »Altersarmut bedroht vor allem Frauen« ... Das Buch ist also keineswegs »überholt«!

Am Ende des Schlusskapitels »Option für die Armen – Christliche Orientierungen im Gelände der Arbeitsmarktpolitik« (Teil »Sozialethische Bewertung«, S. 141–164) geht der Autor auf die Aufgabe von Kirche und Caritas ein, »wichtige Funktionen diakonischen Handelns neu mit Leben zu füllen«. Für das Handlungsfeld »Armutsbekämpfung/Hartz IV« werden im Schlusspunkt zehn verbindliche arbeitsrechtliche Regeln für anständige und gerechte Löhne, nachhaltige Praxis und ökonomisch-solidarische Modelle in den eigenen Einrichtungen gefordert: »Als einem der ganz großen Arbeitgeber in Deutschland kommt der Kirche eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu« (S. 164).

Das Buch weist über sich hinaus: Seine lebensnahe Sozialorientierung sollte Schule machen – und weitere Reflexionen anstoßen. Haben sich einflussreiche Politiker und Parteien nicht weit vom »Volk« und seiner Lebenssituation entfernt? Bringt die Bundestagswahl vom 27. September 2009 neue Schübe für die Zukunft? Lassen sich Politiker, die in der Diözese Limburg gewählt werden, von den Inhalten des Buches anregen? Besinnen sich Verlierer? Bilden sich neue Formen der Zusammenarbeit und Bündnisse?

Dietrich Zitzlaff

ARMUTSFORSCHUNG 1

Ernst-Ulrich Huster/Jürgen Boeckh/Hildegard Mogge-Grotjahn (Hg.)

**Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung
Wiesbaden (VS) 2008, 623 S., 49,90 €**

Ein gutes Handbuch sollte seinen Gegenstand thematisch geordnet, umfassend, multiperspektivisch, theoriegeleitet, aber auch anwendungsbezogen präsentieren, möglichst über die Fachgrenzen hinaus diskutieren und sowohl zum vernetzten Denken als auch zum engagierten Handeln inspirieren. Diesem Anspruch wird das »Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung«, herausgegeben von Ernst-Ulrich Huster, Jürgen Boeckh und Hildegard Mogge-Grotjahn, in den Einzelbeiträgen ebenso wie in seinem Gesamtkonzept voll und ganz gerecht – durchaus keine Selbstverständlichkeit auf dem Feld der Armutsforschung.

Denn einhergehend mit der Aufwertung und Differenzierung der Thematik innerhalb der verschiedenen Bezugswissenschaften drohte die akademische Auseinandersetzung mit Armut und sozialer Ausgrenzung in den letzten Dekaden zunehmend in selbstreferentielle Fachdiskurse zu zerfallen. Dem wirkt das vorliegende Handbuch überzeugend entgegen, indem es die relevanten Ergebnisse der Armutsforschung zusammenfasst, neue Aspekte mit einbezieht und nicht nur sozialstaatliche und sozialpädagogische Fragestellungen, sondern darüber hinaus auch die Geschichte der Armut und das breite Feld der Geisteswissenschaften miteinander verbindet. Die selbstkritische Gratwanderung der Herausgeber, »Armut als stetes Phänomen

in Geschichte und Gegenwart anzutreffen und sie zugleich als etwas zu begreifen, das es zu überwinden gilt« (34), bewahrt das Werk sowohl vor den Untiefen empirisch-deskriptiver Bestandsaufnahmen im Dienste ordnungspolitischer Kontrolle als auch vor rein normativer Kritik des Bestehenden. Sein sozialpolitisches Engagement ist unverkennbar. Allerdings fehlt es den durchaus kontroversen Beiträgen bisweilen am nötigen Bezug aufeinander.

Trotz seines beachtlichen Umfangs bleibt der Band durch seine stringente Gliederung übersichtlich. Nach einer panoptischen Einführung (Kapitel I) in klarer Sprache werden verschiedene Theorien der Armut (Kapitel II) aus der Perspektive der jeweiligen Fachdisziplinen auf jeweils ca. 20 Seiten präsentiert – u.a. Soziologie (Mogge-Grotjahn), Volkswirtschaftslehre (Hauser), Politologie (Huster), Recht (Hinrichs) – und dabei als konstitutives Element der betreffenden Gesellschaft gekennzeichnet. Die Geschichte der Armut und der Umgang mit ihr (Kapitel III) sind Gegenstand des folgenden Kapitels. Vor dem Hintergrund divergierender gesellschaftlicher Interessen spannen die Beiträge einen weiten (ideen-)geschichtlichen Bogen von der kommunalen Armenfürsorge bis zum aktuellen Sozialstaatsdiskurs (Huster) und fordern gerade über den Nachweis historischer Bedingtheit von sozialer Ausgrenzung zum gesellschaftspolitischen Handeln in der Gegenwart heraus. Kapitel IV (Gesellschaftliche Prozesse und Lebenslagen) betrachtet Erwerbsarbeit, Einkommen, Bildung, Gesundheit und Wohnen als Dimensionen und interdependente Faktoren (besonders in den Beiträgen von Kuhlmann und Häußermann) sozialer Ausschließung vor dem Hintergrund von Gender, Migration, Familie und Behinderung als zentralen Determinanten. Dabei werden die Zusammenhänge zwischen Migration, Armut und sozialräumlicher Segregation durch selektive Mobilität klar herausgearbeitet.

Schließlich thematisieren elf Beiträge unterschiedliche Bewältigungsstrategien (Kapitel V). Die vorgestellten Ansätze reichen von der individual- bzw. gruppenpsychologischen Stärkung von Resilienzfaktoren (Balz) über psychomotorische und künstlerische Konzepte, der verbesserten Teilhabe benachteiligter Menschen an den Kommunikations- und Entscheidungsprozessen auf dem Feld der neuen Medien (Henke/Mogge-Grotjahn/Huster) bis hin zum institutionellen Umgang mit der Thematik im Rahmen der deutschen und europäischen Sozialpolitik, in der massenmedialen Öffentlichkeit und im globalen Kontext. Ein Schlagwortverzeichnis mit Begriffen von A (wie Akkumulation, kapitalistische oder Altes Testament) bis Z (wie Zukunftsgerechtigkeit und Zwang zur Arbeit) rundet das Handbuch ab und lädt zum Querlesen ein.

Für Theoretiker und Praktiker der Sozialen Arbeit dürfte das Handbuch daher zum unverzichtbaren Standardwerk werden – hilfreich sowohl als Lehrbuch und Materialgrundlage für die politische Erwachsenenbildung als auch zur eigenen Orientierung auf einem weiten und interdisziplinären Feld, das allzu schnell einem zertrampelten Acker gleicht. Die Herausgeber und Autoren lehren und forschen an verschiedenen Bildungsstandorten mit deutlichem Schwerpunkt an der Evangelischen Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe in Bochum.

Arian Schiffer-Nasserie

ARMUTSFORSCHUNG 2

Christoph Butterwegge

Armut in einem reichen Land – Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird

Frankfurt am Main/New York (Campus) 2009, 378 S., 24,90 €

Politik-Professor Christoph Butterwegge, renommierter Armutsforscher an der Universität Köln (vgl. die Vorstellung seiner Kritik des Neoliberalismus in EB 4/07 und 2/08), vertritt in seiner neuen Publikation, gestützt auf reichhaltiges Material aus politischer und fachlicher Öffentlichkeit, »die Position, dass Armut in (West-)Deutschland selten oder vielleicht sogar nie den Aufmerksamkeitsgrad gefunden hat, der ihr eigentlich gebührt.« (96) Und dies sei kein Zufall, so Butterwegge: »Armut wurde mit dem Ziel eskamotiert, kaschiert und ideologisch verbrämt, die sich immer stärker ausprägende soziale Ungleichheit zu legitimieren. Pointiert formuliert: Zu keinem Zeitpunkt hat sich die Gesellschaft ernsthaft mit dem Problem der sozialen Ungleichheit auseinandergesetzt und nach Möglichkeiten zu dessen Lösung gesucht, sondern die Armut meistens bewusst ignoriert, negiert oder relativiert, um ihm ausweichen zu können.« (96f)

Ausgangspunkt der Studie ist jedoch die Tatsache, dass sich mittlerweile das allgemeine Problembewusstsein gewandelt hat und Armut in den Medien teilweise von einem Tabu- zu einem Topthema aufgestiegen ist. Die neue Situation ist Gegenstand des ersten Teils: Die pauschale Verdrängung der sozialen Frage sei heutzutage zwar nicht mehr an der Tagesordnung, doch würden damit, wie sich etwa an der von Rotgrün ins Leben gerufenen Armuts- und Reichtumsberichterstattung belegen lässt, Relativierung und Verharmlosung nicht beendet. Der zweite, umfangreichste Teil, der unter dem Titel »(Zerr-)Bilder der Armut« steht, bringt einen sozialgeschichtlichen Abriss einschlägiger Verdrängungs- und Verharmlosungsleistungen von den Anfängen der Bundesrepublik bis zu den jüngsten Entwicklungen seit der Finanzkrise. Der dritte Teil befasst sich mit den politischen Strategien, die heute die öffentliche Bühne beherrschen oder als alternative Konzepte (bedingungsloses Grundeinkommen, Bürgerversicherung etc.) in die Diskussion gebracht werden.

Die empirische Forschung, einer der bisherigen Schwerpunkte von Butterwegges Arbeiten, wird in dem neuen Buch nicht fortgeführt. Sie wird vielmehr mit ihren allgemeinen Resultaten und wissenschaftlichen Konzepten auf den Prüfstand gestellt, wobei sich die Veröffentlichung insgesamt »als Beitrag zu einer Sozial- und Diskursgeschichte der Armut« (10) versteht. Und in diesem Sinne, als ein Reader, der die fachlichen, medialen und politischen Debatten – von Ludwig Erhards »Wohlstand für alle« über die Entdeckung der »neuen sozialen Frage« durch die CDU bis zur »Unterschicht-Debatte« der großen Koalition, von wissenschaftlichen Definitions- und Klassifizierungsversuchen bis zu parteipolitischen Programmen – mit ihren zentralen Punkten zusammenstellt, kann »Armut in einem reichen Land« als Handreichung für die Bildungsarbeit eine nützliche Funktion erfüllen.

Für die Weiterbildung dürften vor allem der Abschnitt über den »missverständlichen Begriff ›Bildungsarmut‹ und die Pädagogisierung des Armutproblems« (188ff) oder die abschließenden Bemerkungen zur politischen Bildung von Interesse sein. Für die sozialetische Diskussion sind besonders die Ausführungen über das Verhältnis von Verteilungs- und Teilhabegerechtigkeit (199ff) aufschlussreich. Erzbischof Marx oder der christliche Sozialwissenschaftler Küppers haben ja gerade in jüngster Zeit Nachdruck darauf gelegt (s.o.), dass der Gerechtigkeitsbegriff in Richtung »Beteiligungsgerechtigkeit« weiter zu entwickeln sei, ja dass diese heutzutage die adäquate Fassung der christlichen »Option für die Armen« darstelle. Butterwegge macht den »neoliberalen« Kontext deutlich, in dem der sozialetische Richtungswechsel steht, wobei er sich vor allem auf die EKD-Denkschrift »Gerechte Teilhabe« (2006) bezieht.

Seine Analyse bringt den Widerspruch des neuen Konzepts von Teilhabe- oder Beteiligungsgerechtigkeit, das die veraltete Vorstellung von Verteilungsgerechtigkeit ablösen soll, auf den Punkt: Einerseits kann nicht davon die Rede sein, dass die klassische Umverteilungsaufgabe ausgeschöpft oder an ihre Grenzen gestoßen sei, denn die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter, während sich am unteren Ende der sozialen Skala massivste Formen der Verelendung und Pauperisierung ausbreiten, wie sie eigentlich der sozialstaatlichen Ära wesensfremd sein sollen; andererseits ist es gerade die »neoliberale« Politik der Privatisierung und Deregulierung, die rücksichtslos die Ware-Geld-Beziehung geltend macht und sie in allen gesellschaftlichen Bereichen durchsetzen will, die sich aber bei der Gerechtigkeitsfrage auf einmal zu dem immateriellen Prinzip der Teilhabe bekennt – als ob der schnöde Mammon dann, wenn es nicht um milliardenschwere Renditen, sondern um die Lebensbedürfnisse der Massen geht, die Menschenwürde verletze. Zu Recht weist Butterwegge darauf hin, dass ohne eine hinlängliche materielle Ausstattung das Postulat der Beteiligung eine Schimäre bleibt, denn wo finanzielle Mittel fehlen, steht z.B. für Erwerbslose die »Chance, an Weiterbildungskursen teilzunehmen und ihre persönlichen Arbeitsmarktchancen zu verbessern, nur auf dem Papier« (203).

js

Aktuelle Fachliteratur

ETHIK

Detlef Horster

Ethik – Grundwissen Philosophie

Stuttgart (Reclam) 2009, 145 S., 9,90 €

Braucht die politische Erwachsenenbildung noch eine Orientierung an Werten, an Moral oder Ethik? Hat die Profession nicht andere Maßstäbe und Voraussetzungen, denen sie sich verpflichtet fühlen muss, wenn sie noch ernst genommen werden will? Mit solchen Überlegungen haben sich viele im Fach von moralischen Leitkategorien verabschiedet. In entgrenzt postmodernen oder neoliberal ökonomisierten Zeiten wirken

Bezugnahmen politisch-bildnerischen Handelns auf Moral und Ethik eigenartig verschroben und hoffnungslos antiquiert. Viele Vertreterinnen und Vertreter des Faches – vor allem wenn sie sich wissenschaftlich betätigen – haben anderes im Sinn, sie wenden sich Kompetenzen und Standards zu, evaluieren, taxieren, quantifizieren und messen die Outputs der Veranstaltungen von Praktikerinnen und Praktikern. Deren Mehrzahl ist verstrickt in Alltagspragmatismus und sieht sich wachsenden Legitimationsforderungen gegenüber, den Erfolg und die Wirkung ihres Tuns belegen zu müssen.

Aber was sind Verpflichtungen auf Demokratie anders als moralisch-ethische Grundprinzipien und wie sonst begründet man die Abwehr von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit? Wie plädiert man – wenn überhaupt noch – für Gerechtigkeit, wenn man nicht solche Maßstäbe zugrunde legt? Doch was sind eigentlich Werte, Moral und Ethik? Klarheit in diesem vielfach missverstandenen Konzept philosophischer Grundbegriffe bietet die kleine, aber äußerst ergiebige Schrift von Detlef Horster. Der Autor, renommierter und mittlerweile emeritierter Sozialphilosoph an der Leibniz-Universität Hannover, versteht es, bündig und plausibel Begriffe zu definieren und Unterschiede der Denkrichtungen und Schulen zu verdeutlichen.

Das Buch beginnt mit der begrifflichen Klärung von Moral und Ethik. Danach werden verschiedene, auch gegensätzliche philosophische Positionen und ihre Vertreter dargestellt. In zwei folgenden Kapiteln werden alltägliche Grundfragen abgehandelt, Gut und Böse sowie Beispiele angewandter Ethik diskutiert. Schließlich wendet sich Horster der Frage zu, ob »Werte und Normen objektiv und universell (sind)« (101). Als Anhang bietet der Band noch eine kommentierte Bibliografie (130–135), einen Katalog, der die wesentlichen Schlüsselbegriffe enthält (136–141), und eine Zeittafel, die die »historisch wichtigen Stationen der Ethikdiskussion markiert« (142–144). Schon allein dieser Serviceteil ist von großem praktischen Nutzen. Und trotz der schwierigen Materie ist das Buch leicht zu lesen, man wird knapp, kurzweilig und bestens über die relevanten Aspekte informiert.

Was aber ist Ethik, was Moral? In Anlehnung an Kant bietet Horster folgende Definition: »›Ethik‹ ist ... auf das Individuum bezogen. Mit ›Moral‹ hingegen bezeichnet man die Regeln, die zwischen zwei Personen gelten« (7). Dem Autor geht es im vorliegenden Band um eine weitere Begriffsverwendung, nämlich Ethik als »akademische Moralphilosophie« (7). Diesen Anspruch verfolgt er zunächst in einer ausgiebigen Darstellung der Deontologie bzw. Pflichtenethik (13–39). Leser und Leserin erhalten einen profunden Einblick in die Philosophie Kants, des Hauptvertreters dieser Richtung. Horster würzt und veranschaulicht seine Explikation mit alltäglich auftretenden Dilemmasituationen und den damit verbundenen Entscheidungszwängen. Leiten sich nach Kant moralische Pflichten nur aus einem Prinzip, dem kategorischen Imperativ, ab, so gibt es dagegen auch die Sichtweise einer »pluralistischen Deontologie«, deren Exponent, William D. Ross, eine ganze Reihe von »Prima-facie-Pflichten« (35) nennt. Die »klassische Gegenposition zur kantischen Deontologie« (40) ist der Utilitarismus: »Im Gegensatz zu einem Deontologen, der die unbedingte

Erfüllung von Pflichten fordert, hat der Utilitarist die Wirkung der Handlung im Blick und verwahrt sich gegen einen »Prinzipienrigorismus« (40). Jeremy Bentham und John Stuart Mill sind die bekanntesten Utilitaristen, Horster nennt auch neuere Vertreter mit ihren erweiterten Ansätzen (40–50).

Anderer Fragestellungen verfolgen die Vertreter des Kontraktualismus (51–59) und Funktionalismus (60–63). Bei den Erstgenannten geht es darum, wie moralische Regeln zustande kommen und wie deren Nicht-Verfolgung sanktioniert wird. Die Funktionalisten – allen voran Niklas Luhmann (zu dessen Verständnis Horster wesentliche Bücher geschrieben hat) – bewerten die funktionale Bedeutung von Moral, z.B. so: »Mit ihrer Hilfe darf man erwarten, was man erwartet« (63). Schließlich widmet sich Horster noch dem Sensualismus als einer weiteren Position in der philosophischen Begründung von Ethik (64–72). Die bekanntesten Vertreter sind Shaftesbury, Hutcheson, Hume und Smith, weswegen diese Position auch als »schottische Moralphilosophie« bezeichnet wird (64–72). Diese Schule geht davon aus, dass es »ein moralisches Gefühl oder einen moralischen Sinn« (65) gibt, der entsprechende Handlungen mit sich führt. Bei unterschiedlicher Bewertung, woher dieser »Moral Sense« kommt, sind sich die Sensualisten einig in der »Ablehnung von objektiven Werten und Normen« (71).

Die Darstellung in den ersten 70 Seiten des Buches fordert heraus, Stellung zu nehmen. Für Erwachsenenbildner und -bildnerinnen ergeben sich anregende Fragen und die Notwendigkeit, die eigenen normativen Positionen – die jeder hat, auch diejenigen, die das ablehnen – sowie die Kriterien für die Auswahl der Themen und die Frage nach den Zielen der Veranstaltungen zu überdenken. Im weiteren Text, der sich Beispielen der angewandten Ethik zuwendet, entfaltet Horster dann zunehmend seine eigene Sicht. Das ist richtig, denn wenn es um hautnahe Fragen wie Genpatentierung, Sterbehilfe, Hunger und Armut in der Welt geht, kann das nicht »sachlich-nüchtern« und distanziert abgehandelt werden. Das sind ja auch Themen der Bildungsarbeit, und wer sie formuliert, kommt nicht umhin, eine moralische Entscheidung zu treffen, seine ethischen Maximen zu überprüfen und offen zu legen. Nach diesem Exkurs in die alltäglichen Handlungsfelder kehrt Horster zurück zur Metaethik. Spannend wird es zum Schluss, wenn der Autor fragt, ob es nicht doch objektive Normen und Werte gibt. In seiner Antwort setzt er sich beispielsweise von Habermas ab (über den er ebenfalls viel publiziert hat). Im Gegensatz zu ihm ist Horster der Meinung, dass es »objektive Werte gibt, die für unser menschliches Zusammenleben notwendig sind und nicht erst im Diskurs generiert werden müssen« (115). Diese Werte und Normen sind universell gültig und dürfen nicht verletzt werden. Mit dieser dezidierten Aussage hat Horster einen intellektuell brillanten Gegenpunkt gesetzt zur Preisgabe moralischer Kategorien in Politik und Bildung. Man darf gespannt sein, wer das widerlegen will.

Klaus-Peter Hufer

ANTIRASSISMUS

Stephan Bundschuh/Birgit Jagusch/Hanna Mai (Hg.)

Holzwege, Umwege, Auswege – Perspektiven auf Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit

Hg. von IDA e.V., Düsseldorf 2008, 80 S., Bestellung gegen Portogebühr bei IDA, Volmerswerther Str. 20, 40221 Düsseldorf, E-Mail: info@IDAev.de, Netz: www.idaev.de

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung (IDA), das vor allem in der und für die Jugendarbeit tätig ist, hat einen informativen Reader für Multiplikatoren der Jugend- und Bildungsarbeit vorgelegt. Er bringt einen Querschnitt der Probleme, die die pädagogische Arbeit aktuell beschäftigen (vgl. »Antirassismus – Bildungsarbeit ist gefordert« in EB 4/08): Wie ist Rassismus zu erklären, was sind seine gesellschaftlichen Grundlagen? Handelt es sich bei seinen unterschiedlichen Ausformungen und Traditionen, etwa bei Antisemitismus oder Antiislamismus, um Diskriminierungen, die getrennt voneinander zu betrachten und zu thematisieren sind? Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es? Was bedeutet dies für pädagogische Konzepte und Projekte?

Solchen Fragen geht der Reader nach, wobei er zu durchaus kontroversen Positionen kommt. Er basiert auf Fachtagungen zur antirassistischen Bildungsarbeit, die IDA 2008 durchgeführt hat, und ist mit Unterstützung von Bundesjugendministerium und Bundeszentrale für politische Bildung zustande gekommen. Der erste Teil betrachtet Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit aus gesellschaftstheoretischer Perspektive. Die Autoren schildern Ausprägungen der drei Phänomene und loten die Konsequenzen für die Bildungsarbeit aus. Im zweiten Teil werden pädagogische Konzepte und Projekte vorgestellt, wobei die Reflexion der Praxis sowie der zu Grunde liegenden Ansätze im Mittelpunkt steht. Um Multiplikatoren Anregungen für die praktische Arbeit und zur weiteren Beschäftigung mit dem Thema zu geben, bringt der dritte Teil kommentierte Hinweise zu pädagogischen Materialien und Literatur, zu Filmen und Trainingsprogrammen. Auch wird das IDA-Projekt »Vielfalt-Mediathek« vorgestellt, in dessen Rahmen das Zentrum einen Flyer u.a. zum Einsatz in der Bildungsarbeit erstellt hat. Zu den Autoren und Autorinnen gehören Anne Broden oder Stephan Bundschuh von IDA sowie eine Reihe von Theoretikern und Praktikern der Bildungsarbeit, etwa die Erziehungswissenschaftler Doron Kiesel, Paul Mecheril oder Astrid Messerschmidt. Messerschmidt legt, wie sie auch in ihrer letzten Publikation über »Weltbilder und Selbstbilder« herausgestellt hat (vgl. die Vorstellung in EB 2/09), Nachdruck auf die pädagogische Selbstreflexion – also auf »die Bereitschaft anzuerkennen, dass es Rassismus in dieser Gesellschaft gibt und die an der Bildungsarbeit Beteiligten ein Teil davon sind«. Der Rassismustheoretiker Mecheril ist mit einem kurzen Auszug aus seiner »Einführung in die Migrationspädagogik« (2004) vertreten. Kiesel, der aus der Erwachsenenbildung kommt und jetzt an der Fachhochschule Erfurt lehrt, stellt einen begegnungspädagogischen Ansatz aus dem Civitas-Projekt der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland vor.

js

EVALUATION

Marc Ant/Andreas Hammer/Oded Löwenbein (Hg.)

Nachhaltiger Mehrwert von Evaluation

Bielefeld (wbv) 2008, 271 S., 34,90 €

Die Herausgeber wollen mit dem Sammelband die Diskussion über den »Mehrwert von Evaluation« und deren Beitrag zur Nachhaltigkeit anregen. Die 16 Autoren und Autorinnen haben bei zwei »Rheinbacher Forschungskolloquien zur Evaluation« an der Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg ihre Untersuchungsergebnisse vorgetragen. Das erste Kolloquium fand im September 2006, das zweite im Oktober 2007 statt. Mit den daraus hervorgegangenen vielfältigen Beiträgen möchten die Herausgeber des Sammelbandes der Leserschaft »das bunte Feld der Evaluation politischer Programme und Projekte näher bringen, um die Professionalisierung und Transparenz voranzutreiben«. Das Thema besitzt Aktualität für Politik, Wirtschaft und Pädagogik gleichermaßen.

Das Buch beginnt mit Berichten aus dem Arbeitsministerium (BMAS) über aktuelle Erfahrungen mit der Evaluation der Arbeitsmarktprogramme EQUAL, der Initiativen zur Arbeitsförderung für Ältere und des Projekts Perspektive 50plus. Im Rahmen von EQUAL werden europaweit innovative Wege, Konzepte und Methoden gegen Diskriminierung jeglicher Art am Arbeitsmarkt erprobt. Die Federführung liegt in Deutschland beim BMAS. Bei der Arbeitsförderung für Ältere und der Perspektive 50plus geht es im Kern um den demographischen Wandel und die Implikationen für den Arbeitsmarkt. Demzufolge müssen vermehrt Anstrengungen der Renten- und Arbeitsmarktpolitik und zur Erwerbsbeteiligung Älterer unternommen werden. Der zuständige BMAS-Mitarbeiter stellt in seinem Grundsatzbeitrag fest: »Wir müssen einen Mentalitätswandel in Deutschland erzeugen. Kein Gegeneinander, sondern ein Miteinander der Generationen – eine Versöhnung der Generationen«. Daher besteht die Perspektive 50plus aus einem Gesetzgebungsverfahren und aus der Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA). Der aktuelle Stand der Projektentwicklung wird ausführlich erläutert, wobei aus Sicht des BMAS festgehalten werden kann, dass sich der Mentalitätswandel in Deutschland zumindest anbahnt.

Schlüsselbegriffe der nachfolgenden Beiträge zu Theorie und Empirie sind: Evaluationsstandards, Qualitätssicherung und -förderung, Evaluation in Entwicklungspartnerschaften, wirkungsvolle Wege zur Nutzung der Evaluation, Evaluation und Politik bzw. Nachhaltigkeit. Danach folgen interessante Berichte über Projekterfahrungen auf regionaler und kommunaler Ebene. Pforzheim und Gelsenkirchen berichten exemplarisch über die Bedeutung der Netzwerkbildung bei den genannten Projekten. Besondere Akzentsetzungen erfolgen zum Qualitätsmanagement und zur Nachhaltigkeit. Letztere benennt das Problem der langfristigen Effekte bei Förderprogrammen. Die damit – auch im internationalen Kontext – »verbundene Grundidee ist die Überzeugung, dass ein System dann nachhaltig ist, wenn es überlebt bzw. langfristig Bestand hat«. Nach diesem Verständnis, das aus der ökologischen Diskussion stammt, wirtschaftet eine Gesellschaft nur dann nachhaltig, wenn der »Naturverbrauch« die regenerative Kapazität der Umwelt, d.h. ihre Fähigkeit zur Bereitstellung von Ressourcen und Dienstleistungen, nicht überschreitet. Das Nachhaltigkeitsprinzip wird also dann verletzt, wenn in einer Periode mehr natürliche Ressourcen für menschliche Aktivitäten verbraucht werden als nachwachsen.

Bezogen auf die Arbeitsmarktprogramme steht bei der Diskussion über Nachhaltigkeit folgende Frage im Vordergrund: Wie können die erzielten Erfolge so installiert werden, dass mit ihnen eine Langzeitwirkung herbeigeführt wird? Es geht also um die gesellschaftliche Verstetigung der erzielten Projektergebnisse. Durch ein kluges Netzwerkmanagement, so kann man die Antwort zusammenfassen, sollen die Erfolge der Projekte vor Ort im Blick darauf verankert werden, dass eine nachhaltige positive Wirkung entsteht. Ohne ein solches Netzwerk können die Resultate eines Projektes schnell wieder verpuffen. Der kanadische Bildungs- und Schulforscher Michael Fullan spricht angesichts der Kurzlebigkeit vieler Initiativen zur Schulentwicklung und -qualitätsverbesserung vom »Glühwürmcheneffekt«. Das heißt, die Projekte erzielen kurzfristig erfreuliche Wirkungen, können aber nicht langfristig verankert werden. Zu diesem Grundsatzproblem der Projektförderung bietet der Sammelband eine instruktive Lektüre.

Gottfried Kleinschmidt

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Andreas Fisch, Breddeweg 5a, 44309 Dortmund; **Ursula Luthe-Rieken**, Berufsbildungszentrum Heinsberg, Wicherstraße 5, 52525 Heinsberg; **Prof. Dr. rer. nat. habil. Jürgen Maes**, Universität der Bundeswehr München, Werner-Heisenberg-Weg 39, 85577 Neubiberg; **Werner Meyer**, Kommende Dortmund, Brackeler Hellweg 144, 44309 Dortmund; **Prof. Dr. Tilly Miller**, Katholische Stiftungsfachhochschule München, Preysingstraße 83; **Johannes Schillo**, Postfach 240 162, 53154 Bonn; **Dr. Michael Sommer**, Akademie Klausenhof, Klausenhofstr. 100, 46499 Hamminkeln; **Benedikt Widmaier**, Haus am Maiberg, Akademie für politische und soziale Bildung der Diözese Mainz, Ernst-Ludwig-Straße 19, 64646 Heppenheim